Bourgeoisie macht Reklame für "BDKD" - GRF bejubelt konterrevolutionäres Manifest Seite 3

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 2 vom 13. Januar 1978 | 11. Jahrgang | 50 Pfennig

Personalratswahl in Westberlin

Erfolg für 'oppositionelle Liste'

In diesem Frühjahr stehen überall in der Bundesrepublik und Westberlin die Betriebsratswahlen an, für die Arbeiter und kleinen Angestellten ein wichtiger Abschnitt im Kampf gegen die Angriffe der Kapitalisten. Unsere Partei tritt für die Bildung revolutionärer Listen ein, die in Opposition zum Gewerkschaftsapparat als wirkliche Interessenvertreter der Kollegen für Positionen im Betriebsrat kämpfen. Einen solchen erfolgreichen Kampf führten die Kollegen und die „Oppositionelle Liste" im vergangenen Dezember am Krankenhaus Neukölln in Westberlin.

Dort wurde der Personalrat gewählt, was dem Betriebsrat in der Industrie entspricht. Im Angestelltenbereich standen sechs Listen zur Wahl. Eine davon, die „Oppositionelle Liste", vertritt ein Kampfprogramm, das konsequent für die Forderungen der werktätigen Beschäftigten und Patienten am Krankenhaus Stellung nimmt und sich klar für den selbständigen Kampf und Zusammenschluß der Kollegen zur Durchsetzung ihrer Forderungen ausspricht. Diese Liste erhielt 16 Prozent der abgegebenen Stimmen und konnte damit zwei von elf Personalratssitzen erobern. Das ist als großer Erfolg im Kampf für die Interessen der Werktätigen am Krankenhaus Neukölln zu werten.

Seit langem schon wuchs die Unzufriedenheit am Krankenhaus. Kaum eine Station, die voll besetzt ist. Überall fehlen Küchenfrauen und Reinigungspersonal. Die Arbeitshetze wird durch die verkürzten Liegezeiten immer größer. Obwohl Neukölln der größte Westberliner Arbeiterbezirk ist, gibt es hier prozentual zur Bevölkerung die wenigsten Krankenhausbetten und auch diese werden noch weiter zusammengestrichen.

Der Personalrat am Haus war bei vielen Kollegen schon lange unten durch. Er stimmte Entlassungen zu, hielt Informationen zurück, kümmerte sich einen Dreck um die Kollegen und funktionierte so richtig als verlängerter Arm der Verwaltung. Die Unzufriedenheit darüber wurde immer größer. Mehrfach kam es schon zu gemeinsamen kämpferischen Aktivitäten vieler Kollegen, die sich gegen den Verrat an ihren Interessen zur Wehr setzten. So z. B. anläßlich einer Personalversammlung im letzten Februar, als eine überwältigende Mehrheit der Anwesenden beschloß, die vorgegebene Tagesordnung zu ändern und über die verhaßten „Sparmaßnahmen" am Krankenhaus zu diskutieren.

Im Sommer fand sich eine Gruppe Kollegen zur Vorbereitung der Personalratswahl zusammen. Auch Genossen der KPD/ML und der Roten Garde arbeiten darin mit. Man beschloß, eine oppositionelle Liste aufzustellen. Als Ziel der Arbeit wurde festgelegt, eine eigenständig arbeitende und kämpfende Gruppe von Kollegen am Haus aufzubauen. Die Personalratswahl wurde nicht als Selbstzweck, sondern als wichtiger Schritt beim Aufbau dieser Gruppe eingeordnet.

Im Programm der so gegründeten oppositionellen Liste heißt es: „Wir brauchen ein ordentliches Krankenhaus, genügend Personal, gesicherte Hygiene und ausreichend Krankenbetten, um nur einige Punkte zu nennen. Wir wollen die Neuköllner Bevölkerung gut medizinisch versorgen." Konkret fordert das Programm unter anderem: „Es dürfen keine weiteren Betten gestrichen werden. Mit dem Personalabbau und der immer noch geltenden halbjährlichen Stellensperrung muß Schluß gemacht werden. Alle Planstellen müssen sofort besetzt werden und der Stellenbesetzungsplan muß offengelegt werden, damit einmal klar wird, wieviele Stellen überhaupt vorhanden sind, wieviele wirklich offen sind."

Das Programm der „Oppositionellen Liste" zeigte anhand des reaktionären Personalvertretungsgesetzes auf, daß der Personalrat im Grunde eine Einrichtung ist, die den Kampf der Werktätigen für ihre Interessen behindern soll. Und das Programm zog einen klaren Trennungsstrich zum ÖTV-Apparat und zur SEW. Ferner stellte es klar, wie die Kollegen tatsächlich etwas erreichen können: „Wenn wir in unserem Haus etwas verändern wollen, dann dürfen wir uns nicht auf den Personalrat, die ÖTV oder gar die SEW verlassen, wir müssen uns selbst zusammenschließen."

Fortsetzung auf Seite 5

Zwei Wochen Gast der illegalen KP Spaniens/ML

Für Spaniens Freiheit!



Zwei Wochen reiste eine Genossin der KPD/ML durch Spanien, eingeladen von der KP Spaniens/ML. Den ersten Teil der Reportage über das heutige Spanien können Sie auf Seite 9 lesen.

Konflikt Vietnam-Kambodscha

Die SVR Albanien und die PAA fordern zur Beendigung der bewaffneten Auseinandersetzungen auf

Am 5. 1. 78 sendete Radio Tirana einen Artikel aus dem Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens, „Zëri i Popullit", der vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus zum gegenwärtigen Konflikt zwischen dem Demokratischen Kambodscha und der Sozialistischen Republik Vietnam Stellung nimmt. Wir geben im folgenden den Artikel im von Radio Tirana gesendeten Wortlaut wieder.

Wie bekannt wurde, schreibt die Zeitung „Zëri i Popullit", kam es dieser Tage an der Grenze zwischen den beiden Staaten, dem Demokratischen Kambodscha und der Sozialistischen Republik Vietnam, zu bewaffneten Zusammenstößen, in die eine große Zahl von Militäreinheiten verwickelt war. Meldungen zufolge gab es auf beiden Seiten eine Anzahl von Opfern. In den jeweiligen Regierungserklärungen beider Länder werden entgegengesetzte Standpunkte geäußert, was die Ursachen des Konflikts anbelangt.

Diese Nachrichten, die aus Kambodscha und Vietnam, von zwei Nachbarländern und zwei Brudervölkern eingehen, bereiten uns große Sorgen. Wir stellen mit Bedauern

Fortsetzung auf Seite 10

Carters Weltreise

USA-Imperialismus - Todfeind der Völker

Seine erste Weltreise als Chef des Weißen Hauses hat der US-Präsident Carter abgeschlossen. Diese Reise, die ihn durch mehrere Hauptstädte Europas, Asiens und des Nahen Ostens führte, diente der Sicherung der amerikanischen Einflußsphären und der Vorbereitung neuer Aggressionen Washingtons gegen die Völker der Welt. Es ist kein Zufall, daß Carter seine Tour mit einem Besuch in Warschau begann. Polen, dessen besondere Beziehungen zu Washington er lobte, ist schon seit längerem ein Einfallstor für amerikanisches Kapital in die Länder des russischen Blocks.

Fortsetzung auf Seite 10

Kampftag gegen Reaktion und Faschismus



30. Januar

KPD/ML

AUS DEM INHALT

US-General Haig fordert: „NATO-Einsatz in der dritten Welt" 2
Bundesbahnbetriebswerk Minden: Für die Übernahme aller Lehrlinge 4
Rückkehr in die Konzertierte Aktion: Eine Schmierenkomödie Vetters 4
Metalltarifrunde: Kollegen stellen eigene Forderungen 5
Revolutionäre Betriebsräte berichten . 5
Drei Türken in Haft: Weg mit den reaktionären Ausländergesetzen 6
Protest beim „Stern": ...und morgen die gleichgeschaltete Presse 6
Rekruteneinziehung: Wehrt euch gegen Drill und Schikane 8
„Volksabstimmung" in Chile: Eine durchsichtige Farce 11
„Nuova Unita" über die gemeinsame Erklärung: Auf dieser Grundlage den Kampf weiterführen! 11

Schmückle — eine Karriere

Mit dem Generalleutnant Gerd Schmückle ist zum Jahresbeginn erstmals ein Bonner Militär auf den Posten eines stellvertretenden NATO-Oberbefehlshabers aufgerückt. Schmückle war früher Sprecher des ehemaligen Kriegsministers Strauß und galt als dessen Vertrauter. Als sein Chef wegen der „Spiegel“-Affäre und der zahllosen Bestechungsskandale, in die er verwickelt war, seinen Hut nehmen mußte, war auch Schmückle gezwungen, seinen Abschied aus dem Bonner Kriegsministerium zu nehmen. Seiner militärischen Karriere tat das allerdings keinen Abbruch. Unter seinem neuen Chef, dem Ex-Gewerkschaftsführer Leber, brachte es Schmückle, das erste ÖTV-Mitglied im Generalsrang, bis zum Direktor des Militärausschusses der NATO.

Seine Ernennung zum Stellvertreter des US-Generals Haig ist, so kommentierte es die Bonner Hofpresse, „nicht als Abschluß, sondern eher als Ouvertüre für eine neue Entwicklung anzusehen. An entsprechend ausgebildeten Offizieren ist kein Mangel.“

Das bedeutet: Noch mehr westdeutsche Militärs werden auf führende Posten des westlichen Kriegspakts aufrücken. Diese Entwicklung macht die Bedeutung Bonns als Juniorpartner der amerikanischen Supermacht, als deren wichtigste Stütze innerhalb der NATO und als stärkste Militärmacht Westeuropas deutlich.

Schmückles erste Erklärungen als Stellvertreter Haigs waren denn auch deutlich auf den Ton abgestimmt, den der US-General vor dem Carter-Besuch im NATO-Hauptquartier angestimmt hatte: Wie Haig, so malte auch sein neuer Stellvertreter das Schreckensbild eines „Übergewichts des Warschauer Pakts“ an die Wand und schrie nach einer stärkeren Aufrüstung der NATO.

Zu Gast bei seinesgleichen

Eugen Loderer, Chef des arbeiterfeindlichen IG-Metall-Apparats und derzeitiger Präsident des gelben Internationalen Metallarbeitergewerkschaftsbundes, ist für zwei Wochen nach Südafrika gereist. Aber nicht etwa, um den Kampf der afrikanischen Arbeiter gegen das unmenschliche rassistische Regime des Faschisten Vorster zu unterstützen. Loderer kam im Gegenteil als Gast der Rassisten, als Abgesandter der westdeutschen Monopole. Er kam als Feind der südafrikanischen Arbeiterklasse, die einen heldenhaften Kampf gegen ihre rassistischen Ausbeuter und Unterdrücker führt.

Mit diesem Kampf sind die Arbeiter der ganzen Welt solidarisch. Sie haben sich längst für den totalen Boykott des rassistischen Regimes ausgesprochen, um ihre Klassenbrüder zu unterstützen. Eugen Loderer dagegen ist in Südafrika offen und zynisch gegen den Boykott aufgetreten und hat ihn sogar verurteilt. Kein Wunder, daß sich die Rassisten die Hände rieben und seinem Besuch „große Bedeutung“ beigemessen haben.

Aber was soll man auch von einem Verräter wie Eugen Loderer erwarten, der zudem noch als Aufsichtsratsmitglied des VW-Konzerns an der Ausplünderung der afrikanischen Arbeiter in Südafrika beteiligt ist? Nicht umsonst steht auf seinem Programm der Besuch der Zweigwerke von VW, Siemens und Daimler-Benz. Offensichtlich will er sich dort mit eigenen Augen davon überzeugen, wie die afrikanischen Arbeiter für seinen Profit und den seiner kapitalistischen Kumpane schuften.

Loderer in Südafrika, das heißt nichts anderes als der Besuch eines ausgemachten Reaktionärs bei seinesgleichen — den Rassisten und Faschisten, die den afrikanischen Arbeitern im Nacken sitzen und sie bis aufs Blut ausbeuten.

Sozialplan für Poullain

Der Sumpf um Poullain breitet sich aus. Offensichtlich haben fünf Minister aus NRW als Mitglieder des Verwaltungsrates von den „Nebeneinnahmen“ ihres Bankiers gewußt. Eine Million Mark für die „Beratung“ eines Kreditmaklers, der mit Krediten von und an die Westdeutsche Landesbank handelte. Auf dem Umweg über einen Anteil an dem Schmiergeld dieses Kreditmaklers hat Poullain sich also gesundgestoßen. Für die Herren Minister nichts „Ehrenrühriges“! Warum auch. Sie kennen ja selbst das Spiel mit Aufsichtsratsposten, mit Beraterhonoraren, mit Vermittlungsprovisionen, um ihr „dürftiges“ Ministergehalt aufzubessern. Herr Poullain hat, so schreibt der „Spiegel“, darunter gelitten, daß er nicht „standesgemäß“ verdiene. Soviel wie Friderichs als Vorstand der Dresdner Bank, nämlich 700.000 im Jahr. Oder Herr Rockefeller. Oder Herr Abs. Erst Anfang 77 sollen sich die Landesminister im Aufsichtsrat erbarmt haben und „im Rahmen der allgemeinen Tarifanpassung“ sein Gehalt von dürftigen 400.000 auf übliche 700.000 angehoben haben. Jeder Werktätige wird verstehen, da muß man schon ein Auge zudrücken, wenn Herr Poullain unter diesen Umständen „schwarz gearbeitet“ hat. Allerdings kann Herr Poullain sich nicht über den „Sozialplan“ der Herren Minister beklagen: Am 2. Dezember genehmigten die Aufsichtsratsmitglieder noch schnell einen neuen 5-Jahres-Vertrag für diesen Herrn. Obwohl ihnen damals schon die „peinliche Angelegenheit“ bekannt war! So erhält Herr Poullain als Abfindung 2,1 Millionen Mark und später eine Pension aus der Staatskasse, insgesamt ca. 4,5 Millionen! Da soll noch einmal jemand behaupten, dieser Staat würde nicht für die ihm „Anvertrauten“ sorgen! Wir leben doch schließlich in einem Sozialstaat!

US-General Haig fordert:
"NATO-Einsatz in der dritten Welt"

Rechtzeitig vor Carters Besuch im Brüsseler NATO-Hauptquartier — der letzten Station der Weltreise des US-Präsidenten — hat sich jetzt der amerikanische General Haig zu Wort gemeldet, der NATO-Kommandierende in Europa. In einem Interview mit der Zeitschrift „Newsweek“ forderte er die Bildung von regionalen NATO-Einheiten, die eingesetzt werden sollen, um „die Eskalation von Krisen in der Dritten Welt zu verhindern.“

Das ist eine unverhüllte Kriegsdrohung gegen die Völker der Welt. Was meint denn der Chef des westlichen Militärblocks mit solchen „Krisen“? Das sind einmal die gerechten bewaffneten Kämpfe der Völker für ihre Befreiung, Kämpfe, wie sie etwa von den Völkern Palästinas oder im südlichen Afrika geführt werden. Das sind zum anderen — von Haig ausdrücklich angesprochen — solche militärischen Auseinandersetzungen, wie sie sich zwischen Somalia und Äthiopien entwickelt haben.

Und überall dort soll nach dem Willen der amerikanischen Imperialisten die NATO mit ihren Truppen eingreifen. Zynisch erklärt Haig jetzt, das alles solle nur dem Frieden dienen, denn ein massiver Einsatz des westlichen Kriegsblocks könnte verhindern, daß sich aus solchen regionalen Kriegen ein Weltkrieg entwikkelt. Die amerikanischen Imperialisten als Friedensstifter? Welch ein Hohn!

Sie selbst sind es, die überall auf der Welt als Kriegsbrandstifter auftreten, die von Korea bis Chile ungezählte Aggressionen gegen die Völker unternommen haben. Sie sind es auch, die genauso wie die russische Supermacht regionale Kriege in Afrika, Asien und Lateinamerika schüren, um die betreffenden Länder zu spalten, zu schwächen, sie von ihren Waffenlieferungen abhängig zu machen, um sie schließlich unter ihre Kontrolle zu bringen. Genau das geschieht heute auch in Somalia und Äthiopien. Es ist deutlich, daß diese imperialistische Kriegspolitik nicht nur das Leben von Hunderttausenden Menschen kostet, nicht nur ganze Länder verwüstet, sondern durch das Aufeinanderprallen der beiden Supermächte und ihrer Blöcke in allen Teilen der Welt auch die Gefahr eines Weltkrieges ständig verstärkt.

Und eine weitere Erhöhung der Kriegsgefahr bedeutet es, wenn die amerikanischen Militärs jetzt nach der Entsendung von regulären NATO-Verbänden schreien. Es ist nicht von ungefähr, daß Haig im Zusammenhang mit seinen Kriegsdrohungen die Bundeswehr über den grünen Klee lobte, sich „außerordentlich beeindruckt“ von ihrer Einsatzbereitschaft, von ihren militärischen Fähigkeiten zeigte. Von Bonn, ihrem treuesten Bündnispartner, erhoffen sich die amerikanischen Imperialisten die größte Unterstützung für ihre Pläne. Hat doch Schmidt gerade erst in Kairo die Bereitschaft der Bundesregierung erklärt, als Garantiemacht für die von Washington betriebene „friedliche Lösung“ des Nahost-Konflikts aufzutreten.

Darauf läuft es hinaus: Deutsche Soldaten sollen als Teilnehmer solcher „regionalen NATO-Einheiten“ das Kanonenfutter für die Wallstreet-Imperialisten sein, sollen mit ihren Bajonetten die Herrschaft der amerikanischen Supermacht über weite Teile der Welt sichern. Dazu darf es nicht kommen! Die Pläne Haigs zeigen erneut und deutlich den verbrecherischen Charakter der NATO als Kriegsblock der amerikanischen Imperialisten. Sie zeigen auch die Notwendigkeit, den revolutionären Kampf gegen diesen Block aufzunehmen und zu verstärken.

Haig hat in seinen Erklärungen auch deutlich gemacht, daß die amerikanischen Imperialisten nach wie vor gewillt sind, die Neutronenbombe in Westeuropa, vor allem in der Bundesrepblik, zu stationieren. Auch dafür haben sie die uneingeschränkte Unterstützung Bonns. Und diese Mordwaffe wird von dem Ami-General dreist umgefälscht in ein Friedensinstrument, weil sie angeblich einen Atomkrieg zwischen den Supermächten unwahrscheinlicher macht.

Aber wie sieht es denn tatsächlich aus? Zum Neuen Jahr hat Breschnew, der Chef der russischen Sozialimperialisten, in einem Interview erklärt: „Doch wenn diese Bombe im Westen entwickelt wird..., dann muß man sich dort darüber völlig im klaren sein, daß die UdSSR kein passiver Beobachter bleibt. Wir werden vor die Notwendigkeit gestellt, auf diese Herausforderung zu antworten.“ Das ist die unverhohlene Ankündigung Moskaus, die Neutronenbombe ebenfalls zu bauen. Und gleichzeitig setzen die revisionistischen Heuchler, wie bei uns auch die DKP, ihre Kampagne gegen die Neutronenbombe fort. Für diese Reaktionäre ist eben eine Mordwaffe nur dann eine Mordwaffe, wenn sie in den Händen der westlichen Militärs liegt. Strecken aber die Sozialimperialisten ihre Klauen danach aus, verwandelt sie sich unversehens in ein Friedensinstrument. So sprechen die westlichen wie die östlichen Imperialisten und ihre Handlanger die gleiche Sprache, beschwören sie die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung eines „Gleichgewichts der Kräfte“, um ihre Aufrüstung zu rechtfertigen. Die Völker der Welt müssen sich gegen das Wettrüsten, die Aggressionen und Kriegsvorbereitungen der Supermächte und ihrer Blöcke noch enger zusammenschließen.

Kurz berichtet

WESTBERLIN

Die erste Nummer des „Durchbruchs“, der Betriebszeitung der KPD/ML für Solex in Westberlin, ist im Dezember erschienen. In der Zeitung werden die Partei und ihre Ziele vorgestellt, es wird die Notwendigkeit des Aufbaus einer Revolutionären Gewerkschaftsopposition



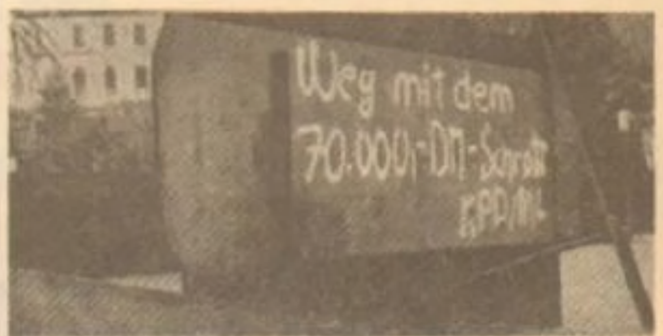
erläutert. Weitere Artikel gehen auf Entlassungen und Rationalisierung bei Solex ein und rufen zum Kampf gegen die Angriffe der Kapitalisten auf. Besonders gut ist bei den Kollegen — wie die Genossen schreiben — ein Artikel angekommen, in dem ein reaktionärer Werkmeister angegriffen wird, der die Kollegen schindet und gleichzeitig Mitglied des Betriebsrats ist.

FLENSBURG

In Flensburg fand schon am 27. Dezember die Veranstaltung zum 9. Jahrestag der KPD/ML statt. 46 Freunde und Genossen waren anwesend. Neben einer Rede der Partei stieß auch ein Dia-Vortrag über die SVR Albanien auf großes Interesse. Eine Tombola und eine Spendensammlung ergaben zusammen 166 Mark.

BIELEFELD

Dieses Bild stammt aus einer Bielefelder Zeitung, wo es mit einem Hetz-Kommentar gegen die „Intoleranz der Chaoten“ versehen war. Ein Bielefelder Genosse, der uns das Bild schickte, schreibt



dazu: „Vor der hiesigen Kunsthalle, die nach dem Oetker-Verwandten und Mitglied im Freundeskreis Himmlers, Richard Kasselowsky, benannt ist, steht sei einiger Zeit ein ‚Kunstwerk‘. Vorerst zwar als Leihgabe, aber es wird wohl von der Stadt gekauft werden. Genossen der RG haben ihren Kommentar dazu ‚veröffentlicht‘.“

RÜSSELSHEIM WIESBADEN

60 Freunde und Genossen feierten gemeinsam den Ausklang des alten Jahres und den 9. Jahrestag der KPD/ML. Mit großer Begeisterung wurde die Grußadresse des Zentralkomitees der Partei aufgenommen. Es wurden revolutionäre Gedichte, zum Beispiel von Erich Weinert, vorgetragen und viel getanzt. Mit dem Gesang der Internationale begrüßten die Genossen das neue Jahr.

Das Ergebnis von Tombola und Spendensammlung ergab 535 Mark.

BERICHTIGUNG

In der Rote-Garde-Zeitung 1/78, die dem RM 1/78 beigelegt war, ist eine Korrespondenz unter dem Titel „Über den Mord an meinem Schulkameraden“ abgedruckt. Wie uns mitgeteilt wurde, hat die Korrespondentin den Namen des Kaufhauses, in dem der junge Mann den Tod fand, versehentlich mit Wertkauf angegeben. Es handelt sich jedoch um das Kaufhaus Woolworth.

Offen gesagt ...
Katastrophenopfer betrogen

Im Sommer 1976: Ein „Jahrhundertbauwerk“ wird eingeweiht. Es ist der Elbe-Seiten-Kanal, der Hamburg mit dem Industrierevier von Salzgitter verbindet. Wenig später kommt es in Erbsdorf bei Lüneburg zur Katastrophe: Der Kanaldamm bricht, in einer riesigen Woge ergießen sich die Wassermassen in den Ort, schwemmen ganze Häuser weg und verwüsten ein Gebiet von 15 Quadratkilometern.

Die Schuldfrage wird aufgeworfen, eine „Sachverständigenkommission“ gebildet, ein Verfahren eingeleitet. Damals hieß es in einem Flugblatt der Partei: „Das Ergebnis steht jetzt schon fest. Wenn man es nicht auf die Hitze schieben kann, wird nach bewährter Art irgendein „menschliches Versagen“ herhalten müsssen.“ Jetzt, 18 Monate nach der Katastrophe, wird das Verfahren einfach eingestellt. Sie wagen es nicht einmal, den Prozeß zu eröffnen. Zu offensichtlich waren die Schlampereien beim Bau und Betrieb des Kanals geworden, die nach dem Deichbruch ans Tageslicht kamen.

So verlegte sich die Staatsanwaltschaft mit ihrer Begründung der Einstellung auch gar nicht erst darauf, diese offensichtlichen Tatsachen zu leugnen. Man versuchte es eben anders herum: Da sei zwar „eine stattliche Liste von Fehlern gewesen“, aber — so der Lüneburger Staatsanwalt Reifenberg —: „Niemand kann bestraft werden, weil keinem die alleinige Schuld nachgewiesen werden kann.“ Was heißt denn diese unglaubliche Begründung? Doch nur das: Je mehr bei der Errichtung eines solchen Bauwerks gepfuscht wird, je mehr sich die Beteiligten, in diesem Fall der Staat als Bauherr und die mit dem Bau betrauten Firmen, je mehr sie sich auf Kosten des Materials und damit der Sicherheit gesundstoßen, desto eher haben sie die Aussicht, von der Klassenjustiz den Freibrief zu bekommen. Denn es waren ja so viele, die da beteiligt waren, die bedenkenlos Menschenleben aufs Spiel gesetzt haben, um ihren Profit zu erhöhen.

Wenn aber gegen uns, gegen die Werktätigen ermittelt wird, dann sieht das Ergebnis allerdings anders aus. Wie war es denn zum Beispiel, als im letzten Jahr die Teilnehmer eines Anti-Atom-Dorfes bei Brokdorf festgenommen wurden? Da hieß es nicht: Es waren so viele. Da wurde jeder einzelne dazu verurteilt, für die Kosten des Polizeieinsatzes aufzukommen.

Für die Menschen in Erbstorf am Elbe-Seiten-Kanal ist die unverschämte Entscheidung der Lüneburger Staatsanwaltschaft ein schwerer Schlag. Denn nicht nur, daß diejenigen, die für die Katastrophe verantwortlich sind, für ihre Verbrechen nicht bestraft werden. Mit der Frage der Schuld ist auch die Frage der Entschädigung für das zerstörte Eigentum der Erbstorfer verbunden. Schon nach dem Deichbruch hatte der Bundesvorstand deutscher Versicherungsanstalten erklärt: „Geschädigte haben nur Hoffnung auf Entschädigung, wenn dem Staat als Bauherren ein Verschulden vorzuwerfen ist.“ Also: kein Schuldiger — keine Entschädigung. Und wer hat wohl die „Sachverständigenkommission“ gebildet, mit deren Bericht jetzt die Staatsanwaltschaft die Einstellung des Verfahrens begründete? Niemand anderes als der Bauherr — der Staat.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten
Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231 / 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde“. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Bourgeoisie macht Reklame für "BDKD"

GRF(KPD) bejubelt konterrevolutionäres Manifest

Mit großem Tamtam wurde den Werktätigen zur Jahreswende die Gründung eines „Bundes Demokratischer Kommunisten Deutschlands" (BDKD) präsentiert. Der „Spiegel" warb mit ganzseitigen Anzeigen in allen größeren Tageszeitungen (Kostenpunkt pro Seite immerhin an die 30.000 DM) für ein Manifest von „mittleren und höheren SED-Funktionären"; die Bundesregierung bedauerte, diesen anonym gebliebenen Menschen nicht helfen zu können; die CDU frohlockte, dies sei erst die „Spitze des Eisbergs". Kurz: Die Freude war allgemein und unverhohlen. Man scheute weder Mühe noch Kosten, um die Reklametrommel für diese „erste organisierte Opposition in der DDR" („Spiegel") zu rühren.

Allerdings blieb die Freude nicht lange ungetrübt. Die Sache war wohl doch zu plump. Nicht nur, daß die DDR das Pamphlet sofort als BND-Fälschung bezeichnete — das war zu erwarten. Aber sofort nach Erscheinen des Manifests im „Spiegel" distanzierten sich auch Harich, auf den sich das Manifest beruft, und der Dissident Klug und bezeichneten das Manifest als völlig unglaubwürdig; bereits nach wenigen Tagen meldeten auch westliche Journalisten Zweifel über die Echtheit der ganzen Sache an, mokierten sich entweder über die „westliche" Sprache oder mutmaßten, das Ganze sei ein Werk des Stasi. Bereits am 4. Januar sah sich dann auch der „Spiegel" zum ersten Rückzug gezwungen: Die „mittleren und höheren SED-Funktionäre" wurden vorsichtshalber zu ehrenamtlichen Funktionären zurückgestuft.

Die einzigen, die sich durch all dies nicht verdrießen ließen, waren die Führer der Gruppe Rote Fahne (GRF). Sie, die vor zwei Jahren die Gründung der Sektion DDR der KPD/ML als „Schreibtisch-Gründung" diffamiert hatten, stehen jetzt voller Andacht vor diesem (von der Bourgeoisie produzierten) Ereignis, das „für die politische Entwicklung in unserem Land von großer Bedeutung ist". Sie, die noch nicht einmal zur Solidarität mit den in tiefer Illegalität kämpfenden Genossen der KPD/ML bereit sind, bekunden jetzt diesem mit dem „Spiegel" als Geburtshelfer auftauchenden Mißgebilde ihre „unverbrüchliche Solidarität" „über politische Differenzen hinweg" und „umso mehr angesichts der Tatsache, daß diese Kräfte ihren Kampf in der Illegalität führen."

Warum — im Gegensatz zur Sektion DDR der KPD/ML — für die GRF-Führer die Existenz des BDKD über jeden Zweifel erhaben ist und die Solidarität ein Gebot der Stunde? Weil ihnen diesmal die politische Richtung paßt! „Die Hauptstoßrichtung des Manifests wird von unserer Partei ausdrücklich unterstützt", schreibt die „Rote Fahne".

Der einzige Nutznießer ist die Bourgeoisie

Wir wollen hier nicht darüber streiten, ob der BDKD samt seinem Manifest der Phantasie eines westlichen oder eines östlichen Geheimdienstes entsprungen ist. Egal, wer es verfaßt hat. Klar ist, das zeigt bereits die große Freude im Westen, daß das Ganze aus den Giftküchen der Bourgeoisie stammt. Sie ist auch der einzige Nutznießer. Und zwar nicht nur die Bourgeoisie im Westen, die dadurch ihren ideologischen Einfluß in der DDR ausdehnen will. Auch die Bourgeoisie im Osten, der dieses Pamphlet mit seiner Hetze gegen die Diktatur des Proletariats, gegen Stalin, mit seinen dummdreisten Sprüchen über Marx, Engels und Lenin, mit seiner unverhohlenen revanchistischen Propaganda wie gerufen kommt, um den wachsenden Widerstand der Werktätigen der DDR gegen die sozialfaschistische Diktatur und den Kampf für die nationale Einheit des deutschen Volkes zu verleumden und lächerlich zu machen bzw. in für sie ungefährliche Bahnen zu lenken.

In den letzten Jahren hat sich in allen revisionistischen Ländern die Ausbeutung und Unterdrückung verschärft. Wachsender Widerstand, zunehmende Kämpfe der Werktätigen, die sich keineswegs nur auf den wirtschaftlichen Rahmen beschränkten (denken wir an die revolutionären Aufstände der polnischen Arbeiter 1970 und 1976) waren die Folge. Auch vor der DDR, dem „Schaufenster nach dem Westen", macht diese Entwicklung nicht halt. Vor allem in der letzten Zeit bekam die Honecker-Clique die wachsende Unruhe unter den Werktätigen zu spüren. Die Proteste gegen die Erhöhung der Kaffeepreise vor einiger Zeit, spontane Demonstrationen gegen die russischen Besatzer wie kürzlich am Alexanderplatz in Berlin, Streiks in den Betrieben wie bei Autotrans in Berlin, in einer Schuhfabrik in Karl-Marx-Stadt und in anderen Städten signalisieren unüberhörbar den Beginn verschärfter Klassenkämpfe gegen das Honecker-Regime und seine Moskauer Oberherren.

In dieser Situation gilt der besondere Haß der neuen Bourgeoisie in der DDR der KPD/ML Sektion DDR. Denn mit der Gründung der KPD/ML in der DDR zur Jahreswende 1975/76 schuf sich das Proletariat nach langen Jahren wieder seine kommunistische Partei. Ihr Programm, der Kampf für den Sturz der sozialfaschistischen Diktatur in der gewaltsamen proletarischen Revolution, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland, entspricht den grundlegenden Interessen des Proletariats und der anderen Werktätigen in der DDR. Vergeblich hat der Stasi versucht, diese junge Partei zu zerschlagen. Sie hat in den vergangenen zwei Jahren dem Terror des sozialfaschistischen Regimes zum Trotz ihre Reihen verstärkt und so weit es in ihren Kräften stand, den Kampf der Werktätigen unterstützt. Daß sie die Werktätigen in der DDR im Kampf für ihr Programm zusammenschließt, ist — verständlicherweise — die größte Sorge der Bourgeoisie.

Deshalb ist es zweifellos auch eine Aufgabe dieses Pamphlets, die klaren und den Interessen der Werktätigen entsprechenden Losungen der KPD/ML in der DDR zu diffamieren, unter den Arbeitern Verwirrung zu stiften und so den revolutionären Kampf gegen das Honecker-Regime zu sabotieren. Es ist bezeichnend, daß die Verfasser des Manifests versuchen, gerade die Losungen unserer Partei, für die auch heute schon breitere Teile der Werktätigen der DDR eintreten, zu verleumden bzw. ihnen eine falsche Stoßrichtung zu verleihen, indem sie sie als Lockmittel benutzen für ein konterrevolutionäres Programm, das den Werktätigen der DDR als Alternative zum Sozialfaschismus der Breschnew- und der Honecker-Clique den „goldenen Westen", den Kapitalismus westlicher Prägung, andrehen will.

So nimmt die Kritik an den Regimen in Moskau und Berlin einen breiten Raum im ersten Teil des Manifests ein. Nicht ohne Grund. Die russischen Sozialimperialisten, die die ehemals sozialistische Sowjetunion in ein faschistisches Völkergefängnis verwandelt haben und gemeinsam mit dem US-Imperialismus die größten Feinde der Freiheit, der Revolution und des Sozialismus sind, werden von der Arbeiterklasse der DDR als Ausbeuter und Besatzer gehaßt. Und unsere Partei hat in ihrem Programm eindeutig festgestellt: „Der russische Sozialimperialismus ist der Hauptfeind der sozialistischen Revolution in der DDR, aber auch die neue ostdeutsche Bourgeoisie muß durch den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen gestürzt werden."

Wie sieht es aber mit dem Kampf gegen den russischen Sozialimperialismus in dem Manifest aus, mit der „Hauptstoßrichtung" also, die die GRF „ausdrücklich unterstützt"? Sicher, an scheinradikalem Geschwätz ist kein Mangel. Sieht man sich aber die „eindeutigen Aussagen" (Rote Fahne) über die Sowjetunion an, dann sieht die Sache schon ander aus. Da wird die Breschnew-Clique zwar als „parasitäre Bürokratenkaste" bezeichnet, gleichzeitig wird ihr aber zugutegehalten: „Richtig ist, daß die Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion beseitigt wurde." (!) Da wird der Chruschtschow-Breschnew-Clique zugestanden: „Erst seit 1956 gibt es eine allgemeine Sozialversicherung für Arbeiter und Angestellte, erst seit 1966 bezieht der faktisch leibeigene ... Bauer eine schmale Rente."

Wie man sieht, kritisieren die Verfasser des Manifests das sozialfaschistische Regime in Moskau keineswegs, weil es die Herrschaft einer kapitalistischen Ausbeuterklasse über die Werktätigen ist. Sie haben nichts dagegen einzuwenden, daß diese neue Bourgeoisie die Macht an sich riß und die sozialistische Sowjetunion Lenins und Stalins in einen kapitalistischen Staat verwandelte. Im Gegenteil. Das wird von ihnen sogar wohlwollend gewürdigt. Die schweren Lasten für die Werktätigen, die das Ergebnis der Wiederherstellung des Kapitalismus in der Sowjetunion sind, wie etwa die Massenarbeitslosigkeit, werden von ihnen genauso verschwiegen wie von der SED. Was kann deutlicher zeigen, daß die Verfasser des Manifests keinen Kampf gegen den russischen Sozialimperialismus führen, der von den Interessen des Proletariats und der anderen Werktätigen ausgeht? Im übrigen lassen diese Herren auch in ihrem Manifest selbst keinen Zweifel daran, daß ihr *Klassenhaß* sich nicht gegen die Breschnew und Co., gegen die heutige kapitalistische Sowjetunion richtet, sondern gegen die sozialistische Sowjetunion Lenins und Stalins.

Mit diesem ihrem abgrundtiefen, unbändigen Haß gegen Stalin, den sie als Faschisten, schlimmer als Hitler, begeifern, zeigen die Verfasser des Manifests am deutlichsten, wo sie stehen. In den Reihen der Imperialisten und Revisionisten, die über Stalin schon immer, zu seinen Lebzeiten und nach seinem Tod, Kübel von Schmutz ausgegossen haben, weil er die sozialistische Sowjetunion, den ersten Staat der Diktatur des Proletariats, gegen alle inneren und äußeren Feinde verteidigte, weil unter seiner Führung die Imperialisten im zweiten Weltkrieg eine vernichtende Niederlage erlitten, weil sein Name für das Weltproletariat und für alle fortschrittlichen und wahrhaft marxistisch-leninistischen Kräfte immer für den unerschrockenen, prinzipienfesten Kampf für den Sieg der proletarischen Weltrevolution stehen wird. Die Verfasser dieses Manifests machen — im Gegensatz zu anderen, sich kommunistisch nennenden Feinden der Revolution und des Sozialismus — auch gar keinen Hehl daraus, worum es ihnen geht. **Offen verkünden sie, daß sie die Diktatur des Proletariats, den Marxismus-Leninismus und die marxistisch-leninistischen Parteien bekämpfen wollen. Denn das und nichts anderes, ist die wirkliche Hauptstoßrichtung ihres Pamphlets.** (Insofern kann man der „Roten Fahne" sicherlich recht geben, wenn sie schreibt: „Am klarsten und weitgehendsten innerhalb dieser (der „demokratischen" — RM) Opposition haben sich jetzt die Verfasser des ‚Bundes der Demokratischen Kommunisten' artikuliert.")

Diese durch und durch antimarxistische und konterrevolutionäre Zielsetzung aber kann so entschlossene Vertreter der „Drei-Welten-Theorie" wie die GRF-Führer nicht beeindrucken. Für sie überwiegt die „klare politische Hauptstoßrichtung" „eindeutig gegenüber einzelnen ebenfalls im Manifest enthaltenen illusionären und zum Teil utopisch-reformistischen Forderungen" („Rote Fahne"). Ob sie nun die ausdrückliche Kampfansage an die Diktatur des Proletariats für „illusionistisch" halten oder so dummdreiste antikommunistische Albernheiten wie „Wir glauben nicht an Gottvater Marx, Jesus Engels oder gar den Heiligen Geist Lenins" für utopisch-reformistisch, erfahren wir leider nicht. Denn über solche „Kleinigkeiten" gehen die GRF-Führer ohne irgendein Wort des Kommentars hinweg.

Geprägt vom Geist des Revanchismus

Besonders beeindruckt zeigte sich der Vorsitzende der GRF, Christian Semler, auf einer Pressekonferenz von dem „historisch glänzenden Aufwerfen der nationalen Frage" in dem Manifest. Die Herren in Bonn und Washington können sich über dieses Kompliment freuen. Denn was die Verfasser des Manifests hier als ihre „Deutschlandpolitik" präsentieren, ist nichts anderes als das mittlerweile 29 Jahre alte Programm der Wiedervereinigung Deutschlands unter der Vorherrschaft Washingtons und Bonns. Zwar gibt es auch hier einige richtige Forderungen. Da wird beispielsweise der Abzug aller fremden Truppen gefordert. (Aber sie sollen nicht etwa von den Werktätigen vertrieben werden. Gott bewahre. „Abzug aller fremden Truppen im Gefolge der Entspannung" (!) wollen die „demokratischen Kommunisten".) Da wird auch der Austritt aus den Militärpakten gefordert — aber im gleichen Atemzug die Assoziierung des wiedervereinigten Deutschland an EG und RGW! Da wird sogar die Enteignung der Polit-Bürokratie und der DDR-Millionäre gefordert, die ihr Geld nicht durch ehrliche Arbeit, sondern durch Ausbeutung und Spekulation erworben haben — aber was ist mit den Dollar- und DM-Millionären, mit den Kapitalisten im Westen? Sie haben nach Ansicht der Verfasser des Manifests ihre Millionen offenbar durch ehrliche Arbeit und nicht durch die Ausbeutung der Werktätigen erworben, denn von ihrer Enteignung hört man nichts. Im Gegenteil. Durch eine Reihe von Schritten, die die DDR dem westlichen Kapital weit öffnen sollen, soll ihr Reichtum noch anwachsen. „Die BRD-Wirtschaft", so preist das Manifest seine „Übergangsregelungen" an, „könnte für die nächsten zehn Jahre mit der Aufpäppelung des herabgewirtschafteten Entwicklungslandes DDR auf Hochkonjunktur laufen."

Zu diesem wirtschaftlichen paßt das politische Programm. Da polemisieren die Verfasser des Manifests gegen das „unmenschliche Gesicht" der DDR mit Mauer, KZ-Tötungsanlagen und Minenfeldern. Aber warum? Um die Einführung eines bürgerlich-parlamentarischen Systems zu fordern, wo „Sozialdemokraten, Sozialisten und demokratische Kommunisten ein Übergewicht gegen die konservativen Kräfte bilden." Jeder klassenkämpferische Arbeiter im Osten wie im Westen wird eine solche „Demokratie" dankend ablehnen. Schließlich kennen wir dieses Paradies der „demokratischen Kommunisten bereits. Die westlichen kapitalistischen Länder Italien, Spanien, Frankreich haben es so gut wie verwirklicht. Und auch in der Bundesrepublik haben wir mit der SPD/FDP-Regierung immerhin ein „Übergewicht" von Sozialdemokraten und Sozialisten. Und was das für die Arbeiterklasse, für die Werktätigen Westdeutschlands bedeutet, ist bekannt. Zwar ist die Bundesrepublik noch keine faschistische Diktatur wie die DDR, aber sie ist auf dem besten Weg dahin. Neben Spanien ist die Bundesrepublik bereits heute der reaktionärste Staat in Westeuropa. Wahrhaft, ein „historisch glänzendes Aufwerfen der nationalen Frage." Für das westliche Finanzkapital!

Das deutsche Proletariat und die anderen Werktätigen dagegen haben diese revanchistischen Pläne immer bekämpft, genauso wie es auf der anderen Seite den nationalen Verrat der Honecker-Clique bzw. ein Deutschland unter sowjetischer Vorherrschaft ablehnt. Unsere Partei, die seit ihrer Gründung vor neun Jahren für die nationale Einheit des deutschen Volkes kämpft, hat in ihrem Programm klar gesagt:

„Das deutsche Volk wünscht die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands. Es wünscht ein vereintes, unabhängiges, friedliebendes Deutschland, in dem keine russischen und amerikanischen Panzer rasseln, in dem keine sowjetischen ‚Kooperationsverträge' und amerikanischen Konzerne die Arbeiter zusätzlich ausbeuten, es wünscht ein Deutschland, in dem es für die breiten Massen echte Demokratie gibt. Ein solches Deutschland kann nur ein sozialistisches Deutschland sein. Das deutsche Volk will weder ein Deutschland unter der Diktatur des westdeutschen Finanzkapitals, des westdeutschen Imperialismus, noch ein Deutschland ostdeutscher, sozialfaschistischer Prägung. Ein solches Deutschland wäre nicht unabhängig, weil es unter der Vorherrschaft des USA-Imperialismus oder des russischen Sozialimperialismus stehen würde. Ein solches imperialistisches Deutschland wäre kein friedliebender Staat, sondern eine Bedrohung für die Völker Europas, die sich mit einem vereinigten imperialistischen Deutschland niemals abfinden könnten und würden. Ein solches Deutschland würde den werktätigen Menschen keine Demokratie, sondern erneut die Diktatur der Ausbeuter bringen. Eine Wiedervereinigung Deutschlands, die den Interessen der deutschen Arbeiterklasse und des gesamten werktätigen Volkes entspricht, kann deshalb nur in einem unabhängigen, sozialistischen Deutschland erfolgen."

Das ist der einzige Weg zur nationalen Einheit des deutschen Volkes, der im Interesse des deutschen Proletariats und der Völker der Welt ist. Mag die GRF über das konterrevolutionäre Manifest jubeln, das von der Bourgeoisie mit so viel unverhüllter Freude lanciert wurde. Über eines muß man sich allerdings im klaren sein. Wer den Weg geht, den die Verfasser dieses Manifests vorschlagen, den Weg der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, gegen die Revolution, die Diktatur des Proletariats und den Marxismus-Leninismus, der wird auch da landen, wo die Bourgeoisie eines Tages landen wird, auf dem Misthaufen der Geschichte.

Aus der Arbeit der Sektion DDR der KPD/ML

WEG MIT DER MAUER ! LESEN UND WEITERGEBEN !

Am diesjährigen 13. August ist es 16 Jahre her, daß die Bonzenclique um Ulbricht in Berlin die Mauer bauen ließ und die Grenze zwischen der DDR und Westdeutschland dicht machte. Tausend Familien wurden damals getrennt; jahrelang konnten viele Menschen aus dem Ostteil der Stadt Berlin ihre nächsten Angehörigen, die in Westberlin lebten, nicht sehen. Die Werktätigen der DDR konnten und können seitdem nicht mehr in den Westen Deutschland reisen. An der Mauer und der Grenze nach Westdeutschland wird seit dem August 61 auf jeden Werktätigen geschossen, der diesem Staat den Rücken k...

LESEN UND WEITERGEBEN!

INTENSIVIERUNG - was bedeutet das für uns Werktätige?

Das bedeutet: steigende Arbeitshetze, höhere Normen, Antreiberlohnsysteme, mangelnder Arbeitsschutz!
Das bedeutet: die Profite der Betriebe und des Staates wachsen viel schneller als die Löhne!
Das bedeutet: die Losung "Arbeite mit! Plane mit! Regiere mit!" steht nur auf dem Papier! Während wir immer mehr schindern müssen, sind Leitung, Planung und Regierung Privileg der Bonzen, Bürokraten und Manager!
Das bedeutet: daß diese Herrschaften nach dem Motto leben: Ihr arbeitet um die Wette - wir regieren und kassieren!!

Wo bleiben denn die Gewinne, die wir erarbeiten? Nachdem der große "Bruder" seinen Teil genommen hat, kommt die Finanzierung der Allüren unserer Herren, der Bonzen und Manager-großenwahnsinnige Autos aus Schweden, Villen usw. Ein großer Teil wird z.B. für Prunkbauten vergeudet. Wo bleiben unsere Wohnungen?
Es ist auch nicht gerade billig, die Werktätigen im Zaum zu halten, d.h. die Stasi und die Polizei zu finanzieren. Der Rest wird wieder in die Produktion investiert, um uns noch stärker auszubeuten, um noch größere Profite zu erzielen.
Man sieht: Während für die neuen Kapitalisten die Intensivierung ein Bombengeschäft ist, bedeutet sie für uns nur noch mehr Schinderei (und bestenfalls ein paar magere Krümel vom großen Kuchen)!

Nicht länger mit uns!

Bei Autotrans in Berlin fuhr nach Einführung der neuen Grundlöhne kein Wagen vom Hof. Der alte Zustand mußte vorerst wiederhergestellt werden. In einer Schuhfabrik im Bezirk K.M.-Stadt verließen die Arbeiter die Arbeitsplätze und hinterließen ihre Forderungen schriftlich. So konnte die Stasi die Organisatoren nicht herausfinden. Der Streik war erfolgreich. Bravo Kollegen! Laßt euch Normerhöhungen, verschärfte Kontrollsysteme wie Stempeluhren, sogenannte "Initiativschichten" und andere Ausbeutermaßnahmen nicht bieten!
Vorwärts im Kampf für ein vereintes, unabhängiges sozialistisches Deutschland!

KPD/Marxisten-Leninisten
Sektion DDR

Lesen — weitergeben — lesen

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

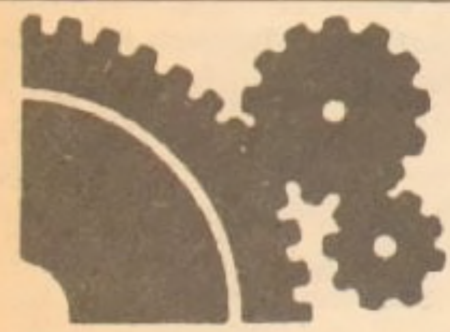
Es lebe der Rote Oktober

Nieder mit den neuen Kremlzaren!

Einführung der neuen Grundlöhne — verschärfte Arbeitshetze und Ausbeutung

In der letzten Zeit sind von den Genossen unserer Sektion DDR der KPD/ML immer mehr Flugblätter zu aktuellen Anlässen illegal hergestellt und verbreitet worden. Das Flugblatt gegen die Intensivierung, das in Berlin unter anderem in Hausbriefkästen in Wohnblocks gesteckt wurde, ist mit Durchschlagpapier auf der Schreibmaschine hergestellt worden. Auch nach dem brutalen Bullenüberfall am 8. Oktober auf dem Alex auf Jugendliche haben Genossen sofort reagiert und ein Flugblatt verbreitet. Auch der „Rote Morgen" wird in einer Ausgabe DDR in immer höherer Auflage von den Genossen unserer Partei in der DDR illegal verbreitet.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Hamburg:

Krankenhauskollegen kämpfen gegen Rationalisierungsprogramm

Liebe Genossen,

seit Jahren besteht in Hamburg ein gewerkschaftlicher Arbeitskreis Gesundheitswesen der ÖTV (AKG). Hier trafen sich am ersten Montag im Monat regelmäßig Auszubildende aus dem Bereich „Krankenhäuser". Diskutiert wurde über die Probleme in der Ausbildung, über das Krankenhauswesen, über die Sparmaßnahmen des Hamburger Senats und vieles anderes mehr. Gerade in letzter Zeit kamen immer mehr Auszubildende zu den Sitzungen. Das ist kein Wunder, denn die Rationalisierung in den Hamburger Krankenhäusern soll mit Hilfe einer neuen Krankenhausbetriebsordnung noch mehr verschärft werden. Alle Krankenhäuser sollen zu einem Landesbetrieb umfunktioniert werden. Ein „Projektmanagement", das bereits vom Hamburger Senat gebildet wurde, soll diese Umfunktionierung in die Hand nehmen. Im AK St. Georg hat es sich bereits breitgemacht.

Grundlage für dieses Rationalisierungsprogramm ist die sogenannte „Knight-Wegenstein-Studie". Was heißt das nun im einzelnen? Dazu ein Beispiel: Jede Station erhält für ein Jahr ein bestimmtes Budget (Geldmenge). Damit muß sie auskommen. In der Praxis sieht das dann so aus: Geben wir der alten Patientin diese teure Infusion oder nicht? Tun wir es, ist das Budget verbraucht, und wir können einem vielleicht jüngeren Patienten nicht mehr helfen.

Mit solchen Überlegungsmustern sollen wir zum „Kosten-Nutzen-Denken" (so wörtlich) erzogen werden. Klar ist, daß so viele Tausende von Schwerstkranken und Rentnern um die Ecke gebracht werden sollen. Die können ja keinen Profit mehr für die Kapitalisten erwirtschaften. Besonders zynisch ist, daß das Krankenhauspersonal zu Mittätern gemacht werden soll. Wir Schwestern, Pfleger und Ärzte sind es ja, die die oben beschriebenen Überlegungen anstellen sollen.

Das hatten die Auszubildenden des AKGs erkannt, und wollten sich berechtigter Weise zur Wehr setzen. Immer schärfer wurden die Forderungen nach Information über dieses Mordprogramm und nach Diskussion über die Knight-Wegenstein-Studie, um Kampfmaßnahmen zu diskutieren. Der ÖTV-Führung in Hamburg wurde allmählich der Boden unter den Füßen zu heiß, denn es war an der Zeit, Farbe zu bekennen. Die Knight-Wegenstein-Studie existiert immerhin schon seit Dezember 1976. Die ÖTV-Führung hielt es nicht für nötig, auch nur ein Wort darüber zu verlieren. Gemeinsam mit den Kapitalisten wollte sie dieses Mordprogramm vor den Werktätigen verheimlichen.

Am ersten Montag im November standen die Mitglieder des AKGs plötzlich vor verschlossenen Türen. Der AKG fand diesmal nicht statt. Aber die Empörung der Auszubildenden war groß. Jetzt waren sie schon einmal bereit, etwas zu unternehmen, und von wem werden die Aktivitäten systematisch abgewürgt? Vom Gewerkschaftsapparat. Im Laufe des Monats November erhielten die Teilnehmer des AKG einen Brief von der Jugendsekretärin Marianne Hoppe. Sie teilte kurz und bündig mit, daß der AKG in Zukunft nicht mehr tagen würde, weil die Beteiligung zu gering und zu wenig kontinuierlich sei.

Trotz des Briefes kamen am ersten Montag im Dezember ca. 12 Auszubildende zur AKG-Sitzung. Alle waren sehr wütend auf Marianne Hoppe und den ganzen Klüngel um sie herum. Einige berichteten von ähnlichen Erfahrungen, die sie in gewerkschaftlichen Arbeitsgruppen gemacht hatten. Dann wurde besprochen, wie man die Schließung des AKG verhindern könnte. Wir konnten dort auch zwei RGO-Broschüren verkaufen.

Rot Front! Eine Genossin aus Hamburg

Meldungen aus den Betrieben

ÖTV: Kluncker bereitet neuen Tarif-Verrat vor

Mit dem üblichen wortradikalen Auftreten hat der ÖTV-Boss Kluncker mit 7,5 Prozent die Richtlinie für die innergewerkschaftliche „Diskussion" über die Gehaltsforderungen im öffentlichen Dienst gegeben. Damit wird den Arbeitern und Angestellten in diesem Tarifbereich praktisch von vornherein die Möglichkeit genommen, ihre eigenen Forderungen aufzustellen. Mit dem Argument des reaktionären Deutschen Lehrerverbandes „Zurückhaltung beim Lohn schafft Arbeitsplätze" und mit dem Hinweis auf den Zusammenhang von Lohnforderungen und Wachstum der Wirtschaft sollen die Kollegen unter Druck gesetzt werden. Im letzten Jahr hatte der ÖTV-Apparat seinen Tarif-Einstieg von 8 Prozent mit dem 5,3-Prozent-Verrat abgeschlossen.

3.500 Arbeitsplätze gefährdet

Drei Hochöfen, ein Stahlwerk sowie Block- und Knüppelstraße sollen auf Beschluß des Vorstandes der Burbacher Hütte für zwei Jahre stillgesetzt werden. Diese Maßnahme betrifft die Arbeitsplätze von 3.000 Arbeitern und 500 Angestellten. 1.100 Kollegen sollen vorzeitig in den Ruhestand geschickt werden. Die übrigen werden entweder in anderen Werksteilen beschäftigt oder entlassen! 400 türkische Kollegen sollen „weitervermittelt" werden. Für die 500 Angestellten gibt es keine neuen Arbeitsplätze! Schon Anfang 1977 wurden 1.300 Arbeitsplätze vernichtet. Das ist das brutale Gesicht der „Anpassungsprogramme" in der Stahlindustrie!

Protest-Demonstration bei Thyssen-Niederrhein

Mit einer mehrstündigen Protestdemonstration antworteten die Arbeiter der Drahtstraße 3 der Thyssen-Niederrhein AG in Duisburg-Hochfeld auf die Absicht der Konzernleitung, mit einem für Februar auf drei Monate geplanten Stillstand der Drahtstraße die endgültige Stillegung dieses Betriebes und damit Vernichtung von mehreren hundert Arbeitsplätzen einzuleiten. Die Kollegen, die bereits Anfang November spontane Streikaktionen durchgeführt hatten, sind entschlossen, um ihre Arbeitsplätze zu kämpfen. Thyssen will die Drahtstraße stillegen, weil das Tochterwerk im faschistischen Brasilien aufgrund der besseren Bedingungen für die Ausbeutung der brasilianischen Arbeiter seine Drahtproduktion ausweitet. Die Kollegen kündigten weitere Kampfmaßnahmen an.

Bundesbahnbetriebswerk Minden

Für die Übernahme aller Lehrlinge

Viele Lehrlinge, die gerade noch einen Ausbildungsplatz bekommen haben, werden nach der Beendigung ihrer Lehre von den Kapitalisten auf die Straße gesetzt. Deswegen findet die Forderung „Für die Übernahme aller Lehrlinge nach Abschluß der Lehre!" unter ihnen immer mehr Unterstützung. In Minden/Westfalen hat die Rote Garde die Maschinenschlosserlehrlinge des Bahnbetriebswerkes aufgerufen, für ihre Übernahme zu kämpfen. In der Zeitung „Jugend voran", die an der Kreisberufsschule Minden erscheint, schreiben die Genossen:

„Jetzt im Dezember/Januar steht die Facharbeiterprüfung für die Lehrlinge des 4. Lehrjahres bei der Bahn an. Und schon jetzt steht fest, daß so gut wie keiner übernommen wird. Für die Maschinenschlosserlehrlinge des Bahnbetriebswerkes Minden bedeutet das, daß sie nach der Lehre arbeitslos sind. Nur der geringste Teil der Lehrlinge findet vielleicht bei auswärtigen Dienststellen einen Job als Hilfsarbeiter. Gegen die bevorstehende Nichtübernahme, gegen diesen Angriff der Bundesbahn leitung müssen sich die Lehrlinge zusammenschließen und für die Übernahme aller Lehrlinge kämpfen."

Dieser Kampf muß auch gegen den arbeiterfeindlichen Apparat der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) geführt werden. „Jugend voran" enthüllt die schändliche Rolle der Gewerkschaftsbonzen: „So erklärte der Bezirksjugendleiter der GdED kürzlich: ‚Zieht man die marktwirtschaftliche Situation in Betracht, so ist es ersichtlich, daß wir in dieser Situation **nicht** die Forderung nach genereller Übernahme aller Lehrlinge aufstellen können.'

‚Zieht man die marktwirtschaftliche Situation in Betracht...' — was heißt denn das anderes, als auf die Kapitalisten Rücksicht zu nehmen. Das heißt doch, von den Interessen der Kapitalisten ausgehen und nicht von denen der Arbeiterklasse! ... Und mit noch einem üblen Betrugsmanöver versuchte dieser freigestellte Gewerkschaftsbonze, vom Kampf gegen die anstehenden Nichtübernahmen abzulenken. Die GdED, so sagte er, sähe es momentan als wichtigere Aufgabe an, für neue Arbeitsplätze im nächsten Jahr zu sorgen. Und diese Aufgabe müßte erst einmal beendet sein. Dann könnte man mal über die Frage der Übernahme einiger Lehrlinge diskutieren.

Auf deutsch gesagt: Die Frage der Übernahme wird auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben bzw. ganz unter den Tisch fallen gelassen. Außerdem ist die Phrase von der Beschaffung neuer Ausbildungsplätze doch nur ein Vorwand, um das Verhalten der Gewerkschaft zu rechtfertigen. Denn schließlich ist es ja kein Widerspruch, für die Übernahme aller Lehrlinge und gleichzeitig für neue Ausbildungsplätze zu kämpfen." Von dem Rationalisierungsterror bei der Bundesbahn sind nicht nur die Lehrlinge, sondern auch die älteren Kollegen betroffen. Das ist auch in Minden so:

„So stehen auch im Bahnbetriebswerk Minden Entlassungen an. Ein großer Teil der älteren Kollegen soll auf die Straße geworfen werden. Diese Angriffe dürfen nicht kampflos hingenommen werden. ‚Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will!' — Das ist eine wichtige Erfahrung aus dem Kampf der Arbeiterklasse. Die Lehrlinge und die Betriebsarbeiter müssen sich im Vertrauen auf die eigene Kraft zusammenschließen und ohne und gegen die Gewerkschaftsführung den Kampf für folgende Forderungen führen:

Für die Übernahme aller Lehrlinge nach Abschluß der Lehre!

Für die kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze!

Keiner einzigen Entlassung darf zugestimmt werden!

Kampf dem Rationalisierungsterror bei der Bahn!

Rückkehr in die Konzertierte Aktion

Eine Schmierenkomödie Vetters

Vor einiger Zeit hat der DGB-Bundesvorstand beschlossen, die Konzertierte Aktion solange zu boykottieren, bis die Klage der Kapitalistenverbände gegen das neue Mitbestimmungsgesetz „vom Tisch ist". Nun, wie wir wissen, ist diese Klage bis jetzt nicht „vom Tisch". Vergessen sind aber offenbar in den Vorstandsetagen des DGB-Palastes in Düsseldorf die radikalen Parolen von gestern: „Vetter bittet um Vermittlung", er will in die Konzertierte Aktion zurück, so konnte man in der vergangenen Woche lesen.

Ja, er will zurück in die Konzertierte Aktion. Denn von vornherein war der „Boykott" der Konzertierten Aktion durch den DGB-Apparat nichts anderes als ein ausgemachtes Betrugsmanöver. Die Forderung nach dem Austritt aus der Konzertierten Aktion hat bei den Gewerkschaftsmitgliedern immer breitere Unterstützung gefunden. Sie zu unterlaufen, war die Absicht des DGB-Apparats. Die klassenbewußten und revolutionären Gewerkschafter waren schon immer gegen die Konzertierte Aktion, weil sie für die Kapitalisten, die Regierung und den DGB-Apparat ein Hebel ist, um den unversöhnlichen revolutionären Kampf der Arbeiter und kleinen Angestellten zu sabotieren. In der Konzertierten Aktion werden zahlreiche Angriffe gegen die Werktätigen beschlossen. Man braucht nur an die „Lohnleitlinien" oder, besser gesagt, an die Lohnraubleitlinien zu denken, die hier jedes Jahr festgelegt werden. Die Forderung „Raus aus der Konzertierten Aktion!" findet deshalb unter den Arbeitern und kleinen Angestellten, unter den Millionen Mitgliedern der DGB-Gewerkschaften immer weitere Verbreitung.

Auch wenn sich durch den Austritt nichts am arbeiterfeindlichen Charakter des DGB-Apparates, an seiner Politik des Arbeiterverrats und der Klassenzusammenarbeit ändert, ist diese Forderung vollkommen berechtigt. Der Austritt aus der Konzertierten Aktion erschwert es dem DGB-Apparat, seine arbeiterfeindliche Politik durchzuführen und verbessert die Kampfbedingungen der Arbeiter und kleinen Angestellten.

Aber die Vetter und Co. dachten gar nicht daran, wirklich aus der Konzertierten Aktion auszutreten. Mehr noch. Sie versuchten außerdem, die Schmierenkomödie des Boykotts auszunutzen, um Stimmung für das Mitbestimmungsgesetz der Bundesregierung, das sich gegen die Arbeiter richtet, zu machen. Die Kapitalisten konnten sich die größten Provokationen gegen die Arbeiter und kleinen Angestellten leisten, sie konnten mit der Aussperrung drohen und sie auch durchsetzen, sie konnten unverfroren einen Lohnstopp verlangen, sie konnten die Polizei gegen streikende Arbeiter aufmarschieren lassen wie in der Drucktarifrunde 1976 — die DGB-Bonzen sind weder aus der Konzertierten Aktion ausgetreten noch haben sie sie boykottiert.

Aber als die Kapitalisten gegen das Mitbestimmungsgesetz beim Bundesverfassungsgericht klagten, da griffen sie zum „Boykott". Dabei ist dieses Mitbestimmungsgesetz wie die ganze Mitbestimmung überhaupt durch und durch arbeiterfeindlich. Die Mitbestimmung soll die Arbeiter unter das Joch der Kapitalisten zwingen und ihnen gleichzeitig vorgaukeln, sie seien zu gleichberechtigten Partnern ihrer Ausbeuter geworden. Offensichtlich hofften die DGB-Bonzen, mit dem Boykott zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: den Kampf für die Forderung „Raus aus der Konzertierten Aktion!" zu unterlaufen und Stimmung für das Mitbestimmungsgesetz zu machen.

Nachdem darüber nun einige Monate vergangen sind, hat Vetter wie in einer Schmierenkomödie die Rückkehr in die Konzertierte Aktion eingeleitet: Er ließ sich im Fernsehen interviewen und bittet Helmut Schmidt um „Vermittlung". Und wie auf Bestellung taucht in der gleichen Sendung Otto Woff von Amerongen, der Chef des Kapitalistenverbandes „Deutscher Industrie- und Handelstag" auf und „begrüßt" den Vorschlag Vetters. Um das Bild abzurunden, läßt Helmut Schmidt einen Tag später durch seinen Pressesprecher erklären, Vetters Vorschlag käme genau zur richtigen Zeit, er hätte selbst schon an so etwas gedacht. Ein abgekartetes Spiel also, das ist offensichtlich.

Wir sind sicher, daß die Vetter und Co. die Quittung bekommen, die sie verdienen. Jeder klassenbewußte Arbeiter wird die betrügerischen Manöver, die diese Herren machen, um die Arbeiter und kleinen Angestellten zu täuschen, voller Abscheu verurteilen.

Dokumentation der Betriebszelle der KPD/ML bei Heidenreich & Harbeck über den Kampf gegen die Stillegung



Die Broschüre über den Kampf der Kollegen und der Betriebszelle der KPD/ML gegen die Stillegung von Heidenreich & Harbeck in Hamburg kostet 2,10 DM. Sie kann über alle Parteibüros und die Buchläden „Roter Morgen" sowie über die GEWISO, Postfach 500568, 2000 Hamburg 50 bezogen werden.

Metalltarifrunde

Kollegen stellen eigene Forderungen!

Die Bundesregierung läßt ihre „Fünf Weisen" auftreten, um den gewünschten Lohnverzicht „wissenschaftlich" zu begründen. Der Präsident der Maschinenbau-Kapitalisten verlangt eine Lohnpause als „Gebot der Stunde". Die deutschen Banken drohen: „Arbeitsplätze nur durch Verzicht auf Reallohnzuwachs." Das ist der Höhepunkt einer Welle von Demagogie, Einschüchterungen und Drohungen, mit der gegen die Lohnforderungen der Metall-Arbeiter zu Felde gezogen wird. Doch unbeeindruckt von diesem Geschrei erheben die Metall-Arbeiter ihre Forderungen.

Wenn der reaktionäre IGM-Apparat eine Lohnforderung von 8 Prozent aufgestellt hat, so ist diese Forderung, die nicht im geringsten den Erwartungen der Kollegen entspricht, gegen den entschiedenen Widerstand in den Metall-Betrieben durchgesetzt worden. So hatten z. B. die Vertrauensleute der Produktentwicklung und Konstruktion bei Opel-Rüsselsheim einheitlich 250 DM mehr für alle gefordert, was auf der Vertrauensleute-Vollversammlung dann von fast 80 Vertrauensleuten unterstützt worden war. Und auch die auf dieser Versammlung angenommene Forderung von 120 DM plus 5 Prozent oder ersatzweise 10,5 Prozent stieß auf den erbitterten Widerstand des Betriebsrats-Vorsitzenden, der auf 9 Prozent herunterhandeln wollte.

Die Metall-Arbeiter wollen kämpfen, und sie machen dabei die Erfahrung, daß sich dieser Kampf nicht nur gegen das Ausbeuter-Pack richten muß, sondern gleichzeitig gegen den Gewerkschaftsapparat, der jeden Kampf von Anfang an im Keim ersticken will. Nicht anders erging es den Kollegen bei Still, Gabelstapler-Betrieb in Hamburg. Auf einem Gewerkschaftsseminar im November 77 hatten Lehrlinge von Still und einem anderen Metallbetrieb über die Tarifrunde diskutiert und einstimmig die Forderung aufgestellt: 200 DM mehr für Arbeiter, Angestellte und Lehrlinge und außerdem Existenzlohn für Lehrlinge. Diese Forderung fand lebhafte Unterstützung im Betrieb. Eine Unterschriftensammlung wurde initiiert, und mehr als 180 Kollegen gaben ihre Unterschrift. Sobald die VK-Leitung davon erfuhr, hat sie die Unterstützung dieser Aktion praktisch verboten. Das löste große Empörung unter den Kollegen aus, und viele haben dann aus Protest extra ihre Unterstützung gegeben.

Die VK-Leitung selbst stellte eine eigene Forderung von 9,5 Prozent, mindestens 128 DM auf und setzte sie im Vertrauensleutekörper durch, indem jede Diskussion über die 200-Mark-Forderung abgeblockt wurde. Sie konnten aber nicht verhindern, daß auf der Betriebsversammlung Anfang Dezember mehrere Kollegen aufstanden und die Unterschriftensammlung unterstützten. Ganz besonders betroffen fühlten sich die auf der Versammlung anwesenden IG-Metall-Bonzen davon, daß auch mehrere Vertrauensleute und Jugendvertreter sich für die 200-Mark-Forderung aussprachen. Der Kampf der Still-Kollegen hat den ganzen IGM-Apparat in helle Aufregung versetzt. Sowohl auf der VK-Ausschuß-Sitzung als auch auf der großen Funktionärs-Konferenz wurde gegen diesen Kampf gehetzt. IGM-Sekretär Engelmann behauptete, gewerkschaftsfeindliche Kräfte hätten diesen Kampf initiiert, und der VK-Vorsitzende von HDW sprach von „Leuten, die Forderungen stellen, um gegen die Gewerkschaft Stimmung zu machen"!!

Die Bonzen müssen also mit Erschrecken feststellen, daß sich Kollegen zum Widerstand gegen ihre Politik des Klassenverrats zusammenschließen. Sie gießen Kübel von Diffamierungen und Hetze über diese Kollegen aus in der Hoffnung, das Anwachsen der Opposition zu ersticken. Das gelingt ihnen aber immer weniger. Auch bei HDW forderte eine Abteilung eine Mark mehr für alle, und 60 Kollegen bei AEG in Schenefeld schlossen sich dieser Forderung an, was die wütende Hetze des reaktionären VK-Vorsitzenden von HDW hervorrief. Das Vorgehen der Bonzen zeigt nur, daß der Gewerkschaftsapparat nicht nur darauf verzichtet, den Lohnkampf im Interesse der Arbeiterklasse zu führen, sondern daß er mit allen Mitteln der Unterdrückung gegen die Arbeiter vorgeht. Sie führen große Worte im Munde, daß sie sich auf die Meinung der Kollegen in den Betrieben stützen. In Wirklichkeit ist es so, daß sie ihr Lohndiktat von vornherein mit den Kapitalisten und der Regierung ausmauscheln und daß man seine Meinung nur dann sagen darf, wenn sie im Rahmen der Taktik bleibt, die die Bonzen selber festlegen und die letztenendes zur Anerkennung dieses Lohndiktats hinführt.

Die Betriebszellen unserer Partei wie z. B. bei Still und HDW unterstützen den Kampf der Kollegen von Still, weil er ein richtiger Schritt auf dem Wege zur revolutionären Einheit der Arbeiterklasse und zum Aufbau der Revolutionären Gewerkschafts-opposition (RGO) ist. Die RGO führt nicht nur den Kampf gegen die undemokratischen Praktiken der IGM-Bonzen, sondern auch den Kampf der Metall- und Stahl-Arbeiter für ihre berechtigten Lohnforderungen. Sie sagt, daß man diesen Kampf im Bewußtsein der Unversöhnlichkeit der Klasseninteressen von Arbeitern und Kapitalisten führen muß und daß man ihn so führen muß, daß durch ihn der Kapitalismus geschwächt und die revolutionäre Einheit und Kampfkraft der Arbeiterklasse gestärkt wird. Alle Kollegen, die sich durch das Klassenversöhnungsgeschwätz des Gewerkschaftsapparats nicht länger vom Kampf abhalten lassen wollen, müssen sich um das Aktionsprogramm der RGO scharen, das u. a. die Forderungen enthält:

Kampf dem Abbau der Reallöhne! Konsequenter Kampf für Lohnerhöhungen!
Forderungen in Mark und Pfennig statt Prozentforderungen!
Existenzlohn für Lehrlinge!
Gegen die Diktatur des Apparats über die Mitglieder, gegen den weiteren Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie! Für mehr Mitgliederrechte!

Revolutionäre Betriebsräte berichten...



Revolutionärer Betriebsrat Gerd Coldewey

Im Frühjahr 1975 wurde ich beim Elektrokonzern Felten & Guillaume im Werk Nordenham (1.150 Beschäftigte) mit 28% der abgegebenen Stimmen zum revolutionären Betriebsrat gewählt. Ich war Vertrauensmann und auch im Ortsjugendausschuß der IGM. Bei den Betriebsratswahlen kandidierte ich zunächst auf der IGM-Liste, wurde aber gestrichen und aus der IGM ohne Untersuchungsverfahren ausgeschlossen. Ich sollte ausgetrickst werden, weil viele mich im Betrieb als Kommunisten kannten und ich der einzige Kandidat auf der Gewerkschaftsliste war, der direkt von seinen Kollegen vorgeschlagen wurde.

Drei Tage hatte ich nur noch Zeit, um die erforderlichen Unterschriften für meine eigene Liste zu sammeln. Fast alle Kollegen meiner Halle gaben mir ihre Unterschrift, und in zwei weiteren Hallen sammelten Kollegen für mich, denn ich hatte ein Verbot für diese Hallen. Eine Verwarnung wegen der Unterschriftensammlung bekam ich trotzdem.

Zähneknirschend mußte der Wahlvorstand bei Abgabetermin der Unterschriften die revolutionäre Liste bestätigen. Eine zweite Verwarnung bekam ich für das Verteilen meines Wahlprogramms, in dem neben vielen betrieblichen Forderungen der notwendige Aufbau der RGO propagiert wurde, weil nur die Kampfentschlossenheit der Kollegen wirkliche Veränderungen vollbringen kann.

Die IGM verteilte im Betrieb drei Hetzflugblätter, in denen ich und die Partei als Arbeiterverräter, als faschistisch und ich als terroristisch beschimpft wurden, die „nur unser Land mit seiner stabilen Wirtschaftsordnung in ein Chaos stürzen wollen". Für ihre niederträchtigen Ziele versuchten die reaktionären Betriebsräte auch die Kollegen zu mißbrauchen. So forderte in einer Halle ein Betriebsrat die Kollegen nach dem Frühstück auf, noch etwas sitzen zu bleiben, um über die Wahlen zu reden. Am nächsten Morgen konnten die Kollegen im IGM-Flugblatt lesen, sie seien angeblich gegen „die Lügen und Beleidigungen des G. Coldewey" in einen Warnstreik getreten. Die Quittung bekamen die Reaktionäre durch die Wahl: Vier Betriebsräte hätte die revolutionäre Liste stellen können!

Ein wichtiger Erfolg in meiner Arbeit als Betriebsrat war das frühzeitige Aufdecken anstehender Massenentlassungen im F&G-Konzern. Schon 18 Monate vorher informierte ich die Kollegen auf Betriebsversammlungen darüber und setzte mich für den Widerstand dagegen ein. Wütend wurde ich von den Kapitalisten und reaktionären Betriebsräten als Lügner angegriffen. Am 1. März 1977 nun mußte der Vorstand des Konzerns die Entlassung von 2.200 Kollegen zugeben, am 3. März wurde ich fristlos entlassen, Polizei und Werkschutz schleppten mich aus dem Werk. Geschäftsleitung und reaktionäre Betriebsräte hatten vor den Kollegen völlig ihr Gesicht verloren, sie standen als Lügner da. Mit meiner Entlassung wollten sie „noch Schlimmeres" verhindern.

Meine Entlassung konnte von den Kollegen zwar nicht verhindert werden, doch haben die Ereignisse ihren Blick und auch ihre Kampfbereitschaft geschärft. Bei den kommenden Kämpfen, so jetzt auch um revolutionäre Betriebsräte, werden sie dies in die Waagschale werfen können. Mit Sicherheit werden sie immer besser ihre revolutionären Betriebsräte vor dem Terror der Kapitalisten und ihrer Handlanger schützen.

Einstweilige Verfügung abgelehnt

Das Landesarbeitsgericht Niedersachsen lehnte den Erlaß einer einstweiligen Verfügung ab, mit der der Betriebsrat Gerd Coldewey wieder Zutritt zum Werk Felten & Guilleaume in Nordenham haben sollte. Gerd war als betriebsstörend entlassen worden, weil er angeblich Informationen an die Betriebszeitung der KPD/ML bei F & G gab. Diese unverfrorene Begründung hält nicht einmal vor dem reaktionären Betriebsverfassungsgesetz stand, Gerd gewann die erste Instanz schon aus formalen Gründen. Die einstweilige Verfügung lehnten die Richter wohl besonders im Hinblick auf die kommenden Betriebsratswahlen ab. Erst müsse das Bundesarbeitsgericht diese „Einmaligkeit" des Falles behandeln. Verhandlungstermin: Mitte 1980.

Erfolg für "oppositionelle Liste"

Fortsetzung von Seite 1

Klar, daß Kommunisten noch weitergehende Ziele haben, daß die für den Sturz des Kapitalismus und die sozialistische Revolution eintreten. Diese Ziele vertreten eine Reihe von Kollegen der Gruppe „Contra" nicht. Aber einig ist man sich in der Notwendigkeit, konsequent für Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der medizinischen Versorgung am Krankenhaus zu kämpfen und sich dabei auch gegen diejenigen zusammenzuschließen, die angeblich die Interessen der Werktätigen vertreten, aber in Wahrheit den Kampf sabotieren. So bildet das Programm eine feste Grundlage für den Kampf am Betrieb, es schloß die oppositionelle Gruppe zusammen.

Mit Hilfe des Programms wurde die Unterschriftensammlung für die „Oppositionelle Liste" lange vor dem offiziellen Termin begonnen. Nach Eröffnung der Wahl erschien die erste Nummer der Krankenhauszeitung „Contra", die von der oppositionellen Gruppe herausgegeben wird. Mit der Zeitung und dem Programm gingen die Kandidaten über die meisten Stationen, stellten sich den Kollegen vor, diskutierten mit ihnen. Für die Kollegen wurden „Contra" und die „Oppositionelle Liste" ein fester Begriff. Für die Personalratsbonzen wurde sie zum Schreckgespenst.

Trotz der schmutzigen Hetze, die der ÖTV-Apparat und die Personalratsbonzen gegen die „Oppositionelle Liste" entfachten und obwohl insgesamt sechs Listen kandidierten, erreichte die „Oppositionelle Liste" mit 120 Stimmen nach der ÖTV und der DAG die dritthöchste Stimmenzahl. Das ist wirklich ein guter Erfolg. Übrigens drohte noch vor der Wahl die ÖTV-Bezirksverwaltung den Kandidaten der „Oppositionellen Liste" schriftlich den Gewerkschaftsausschluß an.

Es gab unter den fünf anderen Listen eine, die sich ebenfalls als oppositionell und fortschrittlich präsentierte, die „Liste Alternative". Die Gruppe Rote Fahne (KPD) hatte sie initiiert. Warum kam es mit ihr nicht zu einer gemeinsamen Liste? Die Sprecher der „Alternative" hatten zwar viel von Einheit getönt, aber sie beharrten zunächst auf einem Programm, das unannehmbar war. Nicht der Kampf für eine Verbesserung der Verhältnisse am Krankenhaus und der Zusammenschluß der Kollegen in diesem Sinn stand im Mittelpunkt ihres Programms, sondern „der Kampf gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte", gegen die politische Unterdrückung in der DDR und dergleichen. Nicht die Ausbeuter und Unterdrücker, die Reaktionäre, die uns hier im Nacken sitzen, sollen wir demgemäß hauptsächlich bekämpfen, sondern den sowjetischen Sozialimperialismus. Dieses Programm trug den Stempel der revisionistischen „Drei-Welten-Theorie", deren Zweck es ist, den revolutionären Klassenkampf gegen die Bourgeoisie abzuwürgen.

Auf dieser Grundlage konnte von einer gemeinsamen Liste keine Rede sein. Als die oppositionelle Gruppe mit der Unterschriftenaktion begann, brachte die „Alternative" eine Zeitung heraus, die gegen die „Oppositionelle Liste" hetzte und sogar Kollegen der Liste namentlich bekanntgab, bevor die Krankenhausverwaltung etwas erfahren hatte. Zu diesem Zeitpunkt galt auch der minimale Kündigungsschutz für Kandidaten noch nicht. Kurz vor der Wahl änderte die „Alternative" urplötzlich ihr Programm und glich es in großen Teilen dem Programm der „Oppositionellen Liste" an. Offenbar hatten sie gemerkt, daß sie mit ihrem „Drei-Welten-Programm" baden zu gehen drohten.

Noch einmal kam es zu einer Diskussion, ob nicht doch eine gemeinsame Liste möglich ist. Dabei zeigte es sich jedoch, daß die „Alternative"-Leute nicht bereit waren, konsequent den selbständigen Kampf der Kollegen zu fördern und dabei mutig gegen den reaktionären ÖTV-Apparat Front zu machen. Sie beschimpften dieses Konzept, den Aufbau einer eigenständig kämpfenden, von der ÖTV unabhängigen Gruppe am Haus als „sektiererisch". Die „Contra"-Kollegen beschlossen daher mehrheitlich, mit der „Alternative" keine gemeinsame Liste zu bilden. Und das Wahlergebnis zeigt, daß die „sektiererische" Linie der „Oppositionellen Liste" bei weitem mehr Unterstützung in der Belegschaft fand, als die opportunistische Linie der „Alternative". Mit 63 Stimmen erhielt „Alternative" etwa halb soviel Stimmen wie die „Oppositionelle". Die Kollegen der oppositionellen Gruppe wurden dadurch angespornt, ihren Weg konsequent weiterzugehen und eine starke Front der Werktätigen am Krankenhaus zu schmieden zur Erkämpfung besserer Verhältnisse am Krankenhaus.

Zu den rechtlichen Bestimmungen für die Betriebsratswahl (Teil 2)

Gemeinsame Wahl oder Gruppenwahl?

Im Betriebsverfassungsgesetz Paragraph 14 Absatz 2 heißt es: „Besteht der Betriebsrat aus mehr als einer Person, so wählen die Arbeiter und Angestellten ihre Vertreter in getrennten Wahlgängen, es sei denn, daß die wahlberechtigten Angehörigen beider Gruppen vor der Neuwahl in getrennten, geheimen Abstimmungen die gemeinsame Wahl beschließen."

Das bedeutet also, daß die Gruppenwahl als Regelfall vorgesehen ist, während eine gemeinsame Wahl nur durch eine besondere Vorwahl herbeigeführt werden kann. Wir treten jedoch in der Regel für eine gemeinsame Wahl ein. Schon aus dem prinzipiellen Grund, um die Einheit zwischen Arbeitern und kleinen und mittleren Angestellten zu festigen.

Wer kann die Initiative für eine Vorwahl ergreifen?

Die Initiative für die Durchführung einer Abstimmung darüber, ob gemeinsame Wahl oder Gruppenwahl durchgeführt werden soll, kann von jedem Wahlberechtigten oder vom Wahlvorstand oder vom amtierenden Betriebsrat oder von einer Gewerkschaft ausgehen.

Zeitpunkt der Vorwahl

Die Vorwahl kann bereits vor der Bestellung des Wahlvorstands und vor dem Erlaß des Wahlausschreibens erfolgen. Die Vorwahl muß jedoch spätestens zwei Wochen nach Erlaß des Wahlausschreibens stattfinden.

Wenn nach Erlaß des Wahlausschreibens noch eine gemeinsame Wahl beschlossen wird und wenn inzwischen bereits Vorschlagslisten beim Wahlvorstand für die Gruppenwahl eingereicht worden sind, so verlieren diese ihre Gültigkeit. Für eine gemeinsame Wahl müssen nun die Vorschlagslisten neu eingereicht werden. In diesem Fall muß aber auch die Frist für die Einreichung der Wahlvorschläge verlängert werden.

Wie wird die gemeinsame Wahl beschlossen?

Wie aus dem zitierten Paragraphen hervorgeht, muß die Vorwahl in getrennten, geheimen Abstimmungen erfolgen. Die gemeinsame Wahl gilt nur dann als beschlossen, wenn sich sowohl die Arbeiter als auch die Angestellten jeweils mit Mehrheit dafür ausgesprochen haben. Spricht sich jedoch eine der beiden Gruppen mehrheitlich gegen die gemeinsame Wahl aus, so gilt diese bereits als abgelehnt, selbst wenn sich, die Stimmen beider Gruppe zusammengenommen, insgesamt eine Mehrheit für gemeinsame Wahl ausgesprochen hat.

Drei Türken in Haft

Weg mit den reaktionären Ausländergesetzen!

Seit Anfang Dezember werden im berüchtigten Stuttgarter Gefängnis Stammheim drei fortschrittliche türkische Kollegen festgehalten. Ihnen droht Verurteilung wegen „versuchten Totschlags" und Abschiebung in die türkischen Kerker. Die Anklage ist willkürlich zusammengezimmert. Das Ergebnis eines Zusammenspiels der türkischen Faschisten-Bande „Graue Wölfe" mit der westdeutschen Polizei. Diese Provokation zeigt deutlich die völlig rechtlose Lage unserer ausländischen Kollegen, die brutale politische Unterdrückung, die der westdeutsche Staat über sie ausübt.

Am 26. November verteilte eine Gruppe fortschrittlicher Türken in Stuttgart Flugblätter gegen den Freispruch des Polizisten Lothar Weiß, der den türkischen Arbeiter Vanit Önler im Dezember 1975 kaltblütig erschossen hatte. In der Nähe des Hauptbahnhofs wurden sie von einer 200 Mann starken Faschistenbande überfallen. Mit Knüppeln, Messern, Schlagringen und Ketten bewaffnet schlugen die Faschisten auf die fortschrittlichen Kollegen ein. Zehn Menschen wurden verletzt.

Anwohner riefen sofort die Polizei. Die aber übersah, wie üblich, die bewaffneten Angreifer. Sie überhörte die Zeugenaussagen, auch von deutschen Beobachtern. Im Zusammenspiel mit einem Faschisten, der den Angriff organisiert hatte, nahm sie stattdessen die Überfallenen fest. So kam Mehmet Güler nach Stammheim. Die beiden anderen türkischen Kollegen wurden sogar erst Tage später in ihren Wohnungen festgenommen. Baki Dalkiran soll einen Faschisten verletzt haben, obwohl der angeblich Verletzte zur Tatzeit laut Zeugenaussagen im Wohnheim und der Beschuldigte mit seiner Frau einkaufen war. Die Firma Bosch hat die Haft inzwischen zum Vorwand genommen, um Dalkiran einen Tag vor Weihnachten fristlos zu entlassen. Alle drei werden zusätzlich beschuldigt, den Faschisten Murut Altun mit dem Messer verletzt zu haben. Die Adressen der festgenommenen Kollegen sind der Stuttgarter Polizei durch Denunziation der „Grauen Wölfe" zugespielt worden. Die Polizei terrorisierte mit Razzien zahlreiche Wohnungen.

Diese Verbrecher, die in der Türkei schon Hunderte von Arbeitern und fortschrittlichen Studenten niedergemetzelt haben, werden von den westdeutschen Behörden unterstützt und gedeckt. Ja, sie demonstrieren sogar offen ihre Zusammenarbeit. So beim Mord an Neset Danis 1974 in Hamburg. Der Mörder konnte mit Hilfe der Polizei ins Konsulat entkommen und wurde anschließend ausgeflogen. Der Generalsekretär der Auslandsorganisation dieser MHP-Faschistenorganisation, Enver Altayli in Köln, rühmt sich „glänzender Beziehungen" zu Behörden und Polizei in der Bundesrepublik. Er kann, laut Presseberichten, sogar Unterlagen des Verfassungsschutzes vorlegen, die mit „VS-vertraulich, dienstlich geheim" versehen sind. Offenbar stammen diese Dokumente aus dem Ministerium des stellvertretenden Ministerpräsidenten in der Türkei, Turkesh, zugleich Vorsitzender der faschistischen MHP. Diese Zusammenarbeit der westdeutschen Imperialisten mit der türkischen Faschisten-Clique zeigt die schmutzige Rolle, die dieser Staat bei der politischen Unterdrückung unserer ausländischen Kollegen spielt. Mit diesem Terror will er den Klassenkampf unserer ausländischen Freunde brutal niederhalten.

Die faschistischen Provokationen sind allerdings nur der offenste Ausdruck der politischen Unterdrükkung. Die reaktionären Ausländergesetze sind ein ständiger Knebel für alle ausländischen Arbeiter. Diese Gesetze verbieten jede revolutionäre und fortschrittliche politische Betätigung. Das Verbot von GUPS und GUPA, den Organisationen der Palästinenser, im Jahre 1972, die ständigen Versuche, die Vereinigung der fortschrittlichen iranischen Studenten, CISNU, zu verbieten, beweisen den faschistischen Charakter dieser Gesetze. Die meisten Bestimmungen der Ausländergesetze enthalten „Kann"- und „Darf"-Formulierungen. Die Behörden können also nach mehr oder minder eigenem Ermessen Aufenthaltserlaubnis, Einschränkung und Verbot politischer Betätigung, Ausweisung oder Abschiebung verfügen.



Stuttgart, 4. 12. '77. Über 2.000 Demonstranten forderten die sofortige Freilassung der inhaftierten Türken.

So sind die ausländischen Kollegen bei der Aufenthaltserlaubnis völlig der Willkür der Ausländerbehörden ausgeliefert. In Witten wurde eine türkische Kollegin abgeschoben, weil sie an Tuberkulose erkrankt war. Begründung: Sie „beeinträchtige die Belange der Bundesrepublik". In Westberlin schoben die Behörden im letzten Februar einen türkischen Arbeiter ab, weil er fünf Monate Sozialhilfe bezogen hatte und zusätzlich an Bronchitis erkrankte. Begründung: Er habe keinen Anspruch darauf, „sich hier aufzuhalten, um seine Rente zu verzehren". Und ebenfalls in Westberlin wies man einen ausländischen Kollegen aus, weil er wegen Trunkenheit am Steuer zu 1.300 DM Geldstrafe verurteilt worden war. Begründung: Die Ausweisung sei ein „geeignetes Mittel der Abschreckkung". Diese Beispiele verdeutlichen den willkürlichen und versklavenden Charakter der Aufenthaltsbestimmungen. Ausweisung und Abschiebung werden als ständige Drohung, als Peitsche eingesetzt, um unsere ausländischen Kollegen unterdrückt zu halten. Damit die Kapitalisten sie brutal ausbeuten und wie Sklaven abschieben können, wenn ihre Arbeitskraft nicht mehr benötigt wird.

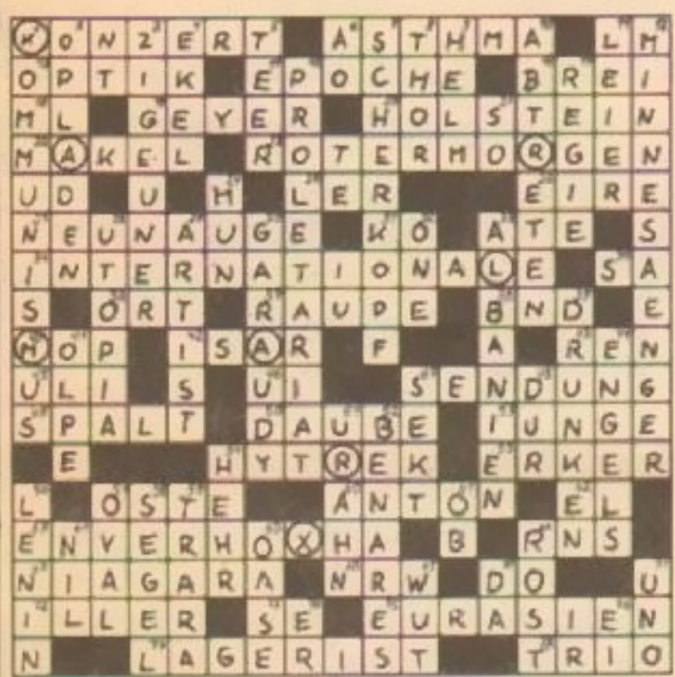
Vor allem aber wird die Abschiebung eingesetzt, wenn die ausländischen Arbeiter sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung zur Wehr setzen. Manche werden sich an den Streik türkischer Kollegen bei Dynamit-Nobel in Nürnberg gegen die Entlassung von 19 Arbeitern erinnern. Damals wurden 28 der streikenden ausländischen Arbeiter verhaftet und abgeschoben. Und erst recht wird die Ausweisung gegen Revolutionäre und Kommunisten eingesetzt. Denken wir an Sascha, an den Genossen Paul Pittam oder jetzt an Genossen François. Da zählt es nicht, ob jemand in Deutschland aufgewachsen ist, ob er wie François schon zehn Jahre hier lebt und arbeitet. „Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung" — dieser Paragraph gibt den Staatsbehörden freie Hand, jeden Revolutionär, jeden Kommunisten auszuliefern. Auch in Länder, in denen Kommunisten Kerker und Todesstrafe erwarten können.

In diesem Zusammenhang ist auch das Recht auf politisches Asyl beschränkt worden. So können seit letztem Jahr Ausländer auch ausgewiesen werden, wenn sie Asyl beantragt haben, falls „die Anerkennung als Asylberechtigter offensichtlich rechtsmißbräuchlich" begehrt wird. Und „Rechtsmißbrauch" liegt vor, wenn das Asyl „erst im Zusammenhang mit ausländerrechtlichen Maßnahmen begehrt" wird. Zusätzlich braucht nach den neuen Bestimmungen die Ablehnung des Aslyantrags auch nicht mehr abgewartet zu werden, wenn ein Ausländer „aus schwerwiegenden Gründen als eine Gefahr für die Sicherheit anzusehen" ist. Diese Maßnahme richtet sich eindeutig gegen revolutionäre ausländische Kollegen. Hier zeigt der westdeutsche Imperialismus sein faschistisches Gesicht, seine mörderische Zusammenarbeit mit den reaktionärsten ausländischen Regimen.

Doch die ausländischen Kollegen setzen sich zunehmend gegen ihre politische Entrechtung und Unterdrückung zur Wehr. Sie kämpfen für gleiche Rechte wie ihre deutschen Kollegen, gegen die versklavenden Ausländergesetze. In Stuttgart forderten am 4. Dezember über 2.000 Demonstranten die Freilassung der inhaftierten Türken. Trotz der Provokationen der Polizei war diese Demonstration ein eindrucksvoller Beweis für die kämpferische Solidarität zwischen deutschen und ausländischen Werktätigen. Die Partei unterstützt den Kampf gegen die Unterdrückung der ausländischen Kollegen:

Für das Recht der ausländischen Kollegen auf sofortige Einbürgerung mit allen politischen Rechten, ohne Verpflichtung, die bisherige Staatsangehörigkeit aufgeben zu müssen!

Wir rufen alle ausländischen Kollegen auf, am 30. Januar mit uns gegen die Faschisierung und gegen die reaktionären Ausländergesetze zu demonstrieren.



Kreuzworträtselauflösung:

Hier die Auflösung des Kreuzworträtsels im RM 51/52 vom letzten Jahr. Das Lösungswort lautete „Karl Marx". Wir danken allen Lesern, die uns ihre Antworten eingesandt haben. Als Gewinner bei der Verlosung wurden ermittelt: Pit Routhier, Stefan Ermisch und Klaus Stahl. Sie erhalten einen gebundenen RM-Jahrgang von 1977. Herzlichen Glückwunsch!

Spenden

Im Dezember 1977 gingen auf das Spendenkonto des „Roten Morgen" (Verlag Schneider) folgende Spendenbeträge ein:

6.12. Gen. aus Oberhausen	120,00
6.12. Gruppe Buchholz/i.d.N.	80,00
9. 12. L. R., Reysa	10,00
15. 12. F. O., Ebenhausen	40,00
19. 12. F. u. G., Bochum	10,00
29. 12. U. B., Willingen	30,00
29.12. Arbeiter aus Stolberg	30,00
gesamt	**320,00**

Nachtrag zu den Spendenlisten von Januar bis November 1977:

5.1. W. H., München	70,00
6.1. J. B., Essen	30,00
18.1. unbek., Dortmund	11,50
24.1. H. M., Dortmund	20,00
1.2. J. Th., Roth	20,00
1.2. N. J., Westberlin	20,00
3.2. M. A., Hamburg, Polterabend	60,00
3.2. H. G., Krombach	100,00
3.2. W. M., Büttel	100,00
4.3., München	70,00
21.3. W. H., Stuttgart	5,00
4.3. W. H., Müchen	70,00
25.4. unbek., Herne	30,00
4.5. W. H., München	70,00
31.5. V. K., München	10,00
2.6. R. T., Kassel	10,00
3.6. W. H., München	70,00
5.7. W. H., München	70,00
3.8. W. H., München	70,00
23. 8. Kunden des Buchladens „Roter Morgen" Westberlin	531,00
5.9. W. H., München	70,00
11.10. C. S., Heilbronn	40,00
10.11. R./S., Düsseldorf	50,00
gesamt	**1.597,50**

Insgesamt wurden 1977 26.167,74 DM für den „Roten Morgen" gespendet. Wir danken allen Freunden und Genossen.

Protest beim "Stern"

. . . und morgen die gleichgeschaltete Presse!

Der „Stern" macht Schlagzeilen: Chefredakteur Nannen hat seinen Stellvertreter Bissinger beurlaubt. Die Redakteursversammlung hat gegen diesen Schritt protestiert. Sie läßt jetzt „gerichtlich prüfen", ob die Entlassung gegen das Redaktionsstatut verstößt. Vor allem aber fürchten die Journalisten, daß die Gleichschaltung in dieser Zeitschrift immer mehr vorangetrieben wird.

Der „Stein des Anstoßes" ist ein Artikel über den Kapitalexport deutscher Unternehmer... „Und morgen die ganze Welt?". Eine Aufzählung von Investitionen deutscher Kapitalisten im Ausland, bemerkenswert wegen der vielen Zahlen. Aber nicht antiimperialistisch, keine Kritik an der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung, die mit dem Kapitalexport verbunden ist. Das ist in einem kapitalistischen Blatt auch nicht anders zu erwarten.

Die wütende Reaktion der „Stern"-Besitzer und des Chefredakteurs zeigt allerdings, wie weit die Einschränkung der Meinungsfreiheit bei uns schon geht. Da werden einige üble Praktiken bekannt gemacht, da werden die Milliarden genannt, über die die Kapitalisten verfügen — und schon führen die Eigentümer des Blattes den Journalisten mit aller Schärfe vor, was Pressefreiheit in den kapitalistischen Massenmedien heißt. Nämlich „die Freiheit von 200 reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten", wie es einer, der es wissen muß, Paul Sethe von der „Frankfurter Allgemeinen", vor Jahren formulierte.

Bertelsmann-Chef Reinhard Mohn, Presse-Monopolist und Besitzer vom „Stern", hat sich direkt eingeschaltet. Der Chefredakteur Nannen schäumte: „Der Artikel erweckt den Eindruck, die Unternehmer sind Schweine, gehen ins Ausland, produzieren dort auf Kosten von Billiglöhnen, und was dabei an Geld herauskommt stecken sie in die Schweiz." Es wäre gut, wenn er so deutlich gewesen wäre. Er ist es nicht. Nein, was die Leitung der Illustrierten hier verbieten und unterdrücken will, ist schon das reine Nennen und Beschreiben von Tatsachen im Kapitalismus.

Die Beurlaubung Bissingers ist eine Drohung für die gesamte Mannschaft der Redakteure und „Stern"-Mitarbeiter. Sie soll im Zuge der Gleichschaltung, wie sie in allen Medien zu beobachten ist, schärfer kontrolliert und diszipliniert werden. Darum haben fast alle Journalisten auf der Redaktionsversammlung am 5. Januar diese Maßnahme als Angriff auf ihre journalistische Tätigkeit begriffen. Und viele „Stern"-Leser haben protestiert. Die angebliche „journalistische Unabhängigkeit", die den Redakteuren durch ein Redaktionsstatut gesichert sein soll, ist nichts als eine Farce. Nannens offener Bruch der Regelung, daß Entlassungen nur mit Zustimmung von zwei Dritteln des Redaktionsbeirates vorgenommen werden dürfen, zeigt deutlich, wie die Machtverhältnisse tatsächlich sind. Und keine Berufung auf das Statut wird etwas daran ändern. Erst recht kein Gericht.

Der „Stern" ist keine fortschrittliche Zeitschrift. Die „Terroristen"-Hetze in diesem Blatt war nicht weniger übel als in „Bild". Allerdings ist es wichtig, jede Maßnahme der Faschisierung, der Gleichschaltung in den kapitalistischen Massenmedien zu entlarven und zu bekämpfen. Damit nicht noch mehr Lügen verbreitet werden, damit der „Stürmer"-Jargon nicht noch mehr durchschlägt. Darum: Kampf der fortschreitenden Gleichschaltung von Presse, Funk und Fernsehen! Für Presse- und Meinungsfreiheit!

30. Januar - Kampftag gegen Reaktion und Faschismus

"Nie wieder Faschismus!"

Am 30. Januar jährt sich zum 45. Mal der Tag, an dem mit der Machtergreifung Hitlers die blutige, offen terroristische Diktatur des Finanzkapitals über das deutsche Volk begann. Die KPD/ML ruft dazu auf: Macht diesen Tag zu einem Kampftag gegen Reaktion und Faschismus, demonstriert Eure Entschlossenheit, Reaktion und Faschismus niederzuschlagen, ein neues 33 zu verhindern!

Ein neues 33? Die zunehmenden Provokationen faschistischer Banden wie der NPD, wachsender Polizeiterror auf den Straßen, zunehmende Unterdrückung im Betrieb usw. führen dazu, daß es immer häufiger heißt: „Das ist ja wie bei Hitler." Wenn die Minister in Bonn verkünden, daß die Bundesrepublik der freiheitlichste Staat sei, den es je auf deutschem Boden gab, dann empfinden das immer mehr Werktätige als nackten Hohn. Und trotzdem. Ein neues 33?



Voller Interesse lasen viele Passanten diese Wandzeitungen im Parteibüro Bremen.

Bonn nimmt Kurs auf den Faschismus. Das beweist die Flut faschistischer Maßnahmen, die in den letzten Jahren zur Unterdrückung der Werktätigen beschlossen wurden. Notstandsgesetze, Betriebsverfassungsgesetz, Aufrüstung der Polizei, Bildung von Sondereinheiten wie der MEKs (im Volksmund Mordeinsatzkommandos genannt), politische Entlassungen in den Betrieben, Gewerkschaftsausschlüsse von kommunistischen und klassenkämpferischen Kollegen usw. usf. Aber wer diesen faschistischen Terror etwa in einem Flugblatt beim Namen nennt, muß mit einer Geld- oder gar Gefängnisstrafe rechnen. Denn die Herren in Bonn, die Kapitalisten und ihre Handlanger wissen sehr gut, wie tief das deutsche Volk den Faschismus haßt, und deshalb versuchen sie mit allen Mitteln, mit Terror und Demagogie, zu verhindern, daß die Werktätigen erkennen, daß sie erneut die Errichtung einer faschistischen Diktatur vorbereiten.

Mit Büchern, Filmen, Fernsehsendungen und sogenannten „wissenschaftlichen" Werken versuchen sie ihnen einzuhämmern:

Faschismus, das ist Hitler. Faschismus, das ist die Allmacht einer faschistischen Massenpartei — also, ohne Hitler, ohne NSDAP auch keine faschistische Gefahr. Aber das sind Lügen. Der Faschismus hat viele Gesichter. In Deutschland war es Hitler und die NSDAP, mit denen das Finanzkapital seine faschistische Terrorherrschaft über das Volk ausübte. In Lateinamerika bedient sich der Imperialismus faschistischer Militärdiktaturen. In Spanien ist heute ein König das Haupt einer faschistischen Diktatur. Und die faschistischen Regime in Osteuropa und in der DDR tragen sogar das Etikett „sozialistisch". Die Drahtzieher, die wirklichen Herrscher der faschistischen Staaten aber sind immer die gleichen: die Imperialisten, die zu diesem letzten Mittel greifen, um ihre Macht gegen den revolutionären Ansturm des Proletariats und der anderen Werktätigen zu verteidigen. Im Programm der KPD/ML heißt es dazu:

„Der Faschismus ist eine Form der Herrschaft des Finanzkapitals, die sich im imperialistischen Stadium des Kapitalismus entwickelt. Er ist die offen terroristische Diktatur des Finanzkapitals. Hauptaufgabe des Faschismus ist die Vernichtung der revolutionären Vorhut des Proletariats, der kommunistischen Partei, und der revolutionärsten Schichten des Proletariats, um die Herrschaft des Finanzkapitals zu sichern und zugleich günstige Bedingungen für den Kampf um die Neuaufteilung der Welt und das Streben nach Weltherrschaft zu schaffen."

Solange der Imperialismus existiert, ist deshalb auch die faschistische Gefahr nicht gebannt. Wer das behauptet, wie die DKP, die erklärt, durch die „Übermacht des sozialistischen Lagers" (womit die sozialfaschistischen Diktaturen Osteuropas gemeint sind), bedeute der Faschismus weltweit und insbesondere in Europa keine reale Gefahr mehr, der schürt gefährliche Illusionen über den Imperialismus und ebnet dem Faschismus den Weg, indem er die Bildung einer revolutionären Kampffront gegen Faschismus und Reaktion sabotiert.

Denn „im Zuge der allgemeinen Krise des Kapitalismus, der Verschärfung der Klassenkämpfe im Weltmaßstab, des Heranreifens der Revolution treibt die Monopolbourgeoisie in allen imperialistischen Staaten und allen ihrer Herrschaft unterliegenden Staaten, je nach dem Grad ihrer Gefährdung durch das Proletariat, mehr oder minder die Faschisierung voran. ...Keine Bourgeoisie wird abtreten, ohne den Versuch der Aufrichtung ihrer offenen, faschistischen Terrorherrschaft zu unternehmen... (Programm der KPD/ML).

Das gilt erst recht für die deutsche Bourgeoisie, die bereits einmal bewiesen hat, daß sie vor keinem Verbrechen zurückschreckt, um ihre Herrschaft zu verteidigen. Niemand darf sich dadurch täuschen lassen, daß die Kapitalisten ihren Staat heute „freiheitlich-demokratische Grundordnung" nennen. Zwischen der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, wie sie (noch) in der Bundesrepublik besteht, und dem Faschismus klafft kein unüberbrückbarer Abgrund, wie die bürgerliche Propaganda behauptet. Auch Weimar war eine solche bürgerliche Demokratie. War sie etwa ein Schutz gegen den Faschismus? Nein. Als das Finanzkapital sah, daß es auf diese Weise seine Herrschaft vor dem revolutionären Ansturm der Arbeiterklasse nicht mehr sichern konnte, hievte es Hitler an die Macht und errichtete sein faschistisches Terrorregime. Und schon Jahre vorher trieb die Bourgeoisie durch faschistische Gesetze, blutigen Polizeiterror, durch die massive, allseitige Unterstützung der NSDAP und ihrer Mörderbanden die Faschisierung voran und bereitete so die Errichtung der faschistischen Diktatur vor. Niemand darf sich auch dadurch täuschen lassen, daß es heute keine faschistische Massenpartei, keinen „Führer" gibt. Die faschistische Gefahr droht heute nicht von einem „Rechtskartell", wie die DKP behauptet. „Heute bereitet die Bourgeoisie die Errichtung der faschistischen Diktatur unter dem Deckmantel der parlamentarischen Demokratie vor, angeblich, um die sogenannte ‚freiheitlich-demokratische Grundordnung' zu verteidigen. Die faschistische Gefahr geht heute hauptsächlich vom bürgerlichen Staatsapparat selbst aus" (Aus der Grußadresse des ZK, RM Nr. 1/78).

Ein neues 33 darf es nicht geben! Tod dem Faschismus!

Polizei schießt auf Kleinbus

Metzgermeister schwer verletzt

Sonntag, 18. Dezember, abends: Hinter dem Kleinbus eines 47jährigen Metzgermeisters aus Altenstadt in Hessen taucht eine Limousine auf und heftet sich an seine Fersen. Plötzlich eröffnet der Fahrer der Limousine das Feuer. Der Metzgermeister gibt Gas und fährt um sein Leben. Zwanzig Kilometer dauert die Verfolgungsjagd. Dann bricht der Metzgermeister vor der Reithalle in Nidda hinter dem Steuer zusammen. Acht Pistolenkugeln haben den Kleinbus getroffen. Durch zwei Kugeln wurde der Metzgermeister schwer am Kopf und an der Wirbelsäule verletzt.

Ein Raubüberfall? Weit gefehlt! Der Fahrer der Limousine entpuppte sich als Polizeikommissar in Zivil, der gerade mit seinem Privatauto zum Dienstantritt unterwegs war. Kaltblütig hatte dieser Killer zur Waffe gegriffen und die Magazine nicht nur seiner Dienstpistole, sondern auch seines Privatrevolvers auf den Kleinbus leergefeuert. Die Gründe? Der Anlaß?

Die offizielle Version lautet so: Zufällig habe der Polizist gesehen, wie der Metzgermeister nach einem Unfall (bei dem übrigens nur leichter Sachschaden entstanden ist) geflüchtet sei. Daraufhin habe er sofort die Verfolgung aufgenommen. So ist das also. Wer in einen harmlosen Unfall verwickelt ist und, aus welchen Gründen auch immer, flieht, ist bereits Freiwild für die Polizei. Und wie hätte denn der Metzgermeister den Fahrer des Zivilautos als Polizisten identifizieren sollen? Mußte er nicht sofort an einen Überfall, an Banditen denken und mit allen Mitteln versuchen, die nächste, rettende Ortschaft zu erreichen?

Inzwischen ist aber selbst diese offizielle Version ins Zwielicht geraten. So vermutet z. B. die „Frankfurter Rundschau", daß der Unfall keineswegs Anlaß der mörderischen Verfolgungsjagd war, sondern erst in ihrem Verlauf geschehen ist. Eine Verfolgungsjagd ohne Grund?

Aber wann wären die Polizisten in unserem Land schon jemals um einen Grund verlegen gewesen, wenn es darum geht, Todesschüsse auf harmlose Werktätige oder sogar Kinder zu rechtfertigen. „Notwehr" heißt der Freibrief für die Killer mit der Polizeimarke in der Tasche. Ermuntert durch die offiziell geschürte Terroristenhysterie, durch die Gesetze gedeckt, kaum in der Gefahr, jemals ernsthaft verurteilt zu werden, haben Polizisten allein im vergangenen Jahr zwölf Menschen, darunter auch Kinder, auf offener Straße exekutiert.

Diesem Terror der Polizei muß entschieden der Kampf angesagt werden.

François muß in Deutschland bleiben!

Der Kampf gegen die drohende Ausweisung des jungen Tübinger Kommunisten François de Blois geht weiter. Wie der „Rote Morgen" berichtete, sollte François, der amerikanischer Staatsbürger ist, noch im letzten Jahr abgeschoben werden. Der Genosse hatte Widerspruch dagegen eingelegt und einen Antrag gestellt, daß dieser Widerspruch aufhebende Wirkung hat. Jetzt wurde ihm zugesichert, daß er solange nicht abgeschoben wird, bis über seinen Antrag entschieden ist.

Die Genossen der Partei und der Roten Garde in Tübingen, die Studenten der Universität, deren ASTA-Auslandsreferent François früher war, haben in den letzten Wochen immer wieder Aktionen unternommen, um diese unverschämte Ausweisung zu verhindern, mit der die reaktionären Behörden einen Kommunisten loswerden wollen. In Westberlin wurde auf der Silvesterveranstaltung der Partei eine Solidaritätsresolution verabschiedet.

Freispruch erkämpft

Mitte Dezember fand vor dem Amtsgericht Düsseldorf der erste Prozeß wegen Veröffentlichung des „Buback-Nachrufs" statt. Angeklagt waren drei Studenten der Fachhochschule für Sozialwesen. Sie sollten angeblich verantwortlich dafür sein, in der Zeitung des Fachhochschulstudentenrats (FASTRA) vom Juni 77 den „Buback-Nachruf" veröffentlicht zu haben. Der FASTRA war damals von der Vollversammlung der Studenten beauftragt worden, den Nachruf abzudrucken, da man sich das Recht auf allgemeinpolitische Stellungnahmen nicht nehmen lassen wollte.

Die Anklage der drei Studenten durch die Staatsanwaltschaft — u. a. wegen Volksverhetzung, Beleidigung Verstorbener und Billigung von Gewalttaten — stieß auf große Empörung von Studenten und Lehrenden der Fachhochschule. So kamen zu beiden Prozeßtagen jeweils 200-300 Studenten.

Am zweiten Prozeßtag waren wir alle sehr empört, weil der Raum wieder viel zu klein war und die meisten vor dem Saal warten mußten. Die Proteste wurden so laut, daß einige andere Gerichtsverhandlungen beendet werden mußten. Es kam sogar noch zu einem Handgemenge, als ein Spitzel, den ein Student fotografieren wollte, dem Studenten ins Gesicht schlug und dann noch auf einige andere losging, die sich ihm in den Weg stellten. Leider konnte der Spitzel entkommen.

Daraufhin haben wir spontan beschlossen, eine Demonstration in der Stadt zu machen. Jemand spannte ein Transparent auf: „Für volle Organisations-, Presse- und Meinungsfreiheit." Es wurden viele Parolen gerufen und Flugblätter verteilt. Als wir nach einer Stunde ins Gericht zurückkamen, waren die Aufgänge mit umgekippten Tischen verbarrikadiert. Dahinter standen Gerichtsdiener und Spitzel und grinsten. Aber unser Protest hatte doch etwas genützt: Die drei Angeklagten sind freigesprochen worden. Allerdings hat der Staatsanwalt schon Revision eingelegt.

Rot Front!
Eine Genossin aus Düsseldorf

Wegen Mitgliedschaft in der Gesellschaft der Freunde Albaniens von Berufsverbot bedroht

Ende Oktober erhielt der Fachhochschullehrer Rainer Roth einen Brief des hessischen Kultusministers. Die Verbeamtung auf Lebenszeit wurde ihm vorerst versagt. Erst soll eine Prüfung seiner „verfassungsmäßigen Eignung" stattfinden:

— weil er im November 1976 Kontaktadresse der Gesellschaft der Freunde Albaniens e. V. (GFA), Sektion Rhein-Main war und

— weil sein Auto im September 1976 in der Nähe eines Lokals in Ludwigshafen parkte, in dem eine Veranstaltung der KPD/ML stattfand (Rainer Roth hatte GFA-Literatur zu einem Buchtisch der GFA auf der Veranstaltung gebracht).

In einer Presseerklärung der GFA heißt es dazu: **„Das ist ein erneuter Angriff auf die GFA. In Bayern sollte 1974 die erste Vorsitzende des Vereins, Inge Junck, und ein weiteres Vorstandsmitglied vom Schuldienst ausgeschlossen werden. Als ‚gerichtsverwertbare Tatsache' wurde seinerzeit deren Vorstandstätigkeit angeführt. Inge Junck ist inzwischen Oberstudienrätin. Damals hatten Tausende von Menschen aus dem In- und Ausland protestiert... Die GFA protestiert gegen den Versuch, die Vereinsmitgliedschaft zu diskriminieren und dadurch die Arbeit des Vereins indirekt zu verbieten. Wir protestieren gegen diese Verletzung des Völkerverständigungsgedankens und fordern sofortige Einstellung des Untersuchungsverfahrens gegen Rainer Roth und seine sofortige Verbeamtung."**

Die staatlichen Maßnahmen gegen Rainer Roth sind in Frankfurt auf breiten Widerstand gestoßen. Studenten des Fachbereichs Sozialarbeit haben bisher 700 Unterschriften unter eine Resolution gesammelt, die sich gegen solche Überwachungs- und Einschüchterungsmittel wendet und die sofortige Verbeamtung auf Lebenszeit fordert. Gegen den Widerstand revisionistischer Dozenten und des MSB Spartakus (Studentenorganisation der DKP), ist diese Resolution auch von der Fachbereichskonferenz angenommen worden. Etwa 60% der Studenten des Fachbereichs haben bis jetzt unterschrieben. In einer weiteren Resolution, die an den Kultusminister und die Presse verschickt wurde, hat die FBK ihren Antrag auf Verbeamtung bekräftigt und die ausgezeichnete berufliche Qualifikation des Kollegen Roth hervorgehoben. Ebenfalls hat die GEW-Fachhochschulgruppe eine Solidaritätserklärung verabschiedet.

Die Gesellschaft der Freunde Albaniens sammelt ebenfalls Unterschriften unter eine Protestresolution und fordert alle Freunde auf, tatkräftig die Unterschriftensammlung zu unterstützen und Solidaritätserklärungen an die GFA (Postfach 321, 8000 München) zu schicken.

Erneuter Angriff auf die Studiobühne Würzburg

Die Studiobühne Würzburg wurde, seitdem sie fortschrittliche und revolutionäre Stücke spielte, von seiten der Justiz und anderer reaktionärer Kräfte angegriffen. Der bisherige Höhepunkt war das Verbot eines ihrer Stücke „Der Geist von Oberzell" durch den Bundesgerichtshof (der RM berichtete darüber).

Jetzt, da ein neues Stück „Gespräch mit dem Kanzler" vorgestellt wurde, verstärkt sich wieder einmal die reaktionäre Hetze. Angefangen damit, daß das Studentenwerk auch gegen Bezahlung keinen Raum zur Aufführung zur Verfügung stellen wollte. Erst als dann der Sprecherrat (getragen von fortschrittlichen Studenten der Fachschaftsinitiativen) die Veranstaltung unter seinem Namen laufen ließ, sah sich das Studentenwerk gezwungen, doch den Raum freizugeben.

Hatten sich Jusos und MSBler, getarnt als neutrale Fachschaftsmitglieder, mit hinterhältigen Tricks geweigert, für das Stück Propaganda zu machen, da darin die Notwendigkeit revolutionärer Gewalt aufgezeigt wird, so setzte gleichzeitig der reaktionäre Chor von RCDS und CSU ein. Mit Flugblättern und Zeitungsartikeln versuchen sie der Studiobühne unterzuschieben, sie rufe zur Gewalt gegen Mitbürger auf — um so genüßlich auf der Terrorwelle reitend nicht nur einen gezielten Schlag in Richtung Studiobühne auszuteilen, sondern in gleichem Maße auch gegen den Sprecherrat. Konnten sie doch nun, da sie ja (sinngemäß) die Studiobühne als gekappte Terroristen erkannt hatten, den Sprecherrat der Zusammenarbeit mit eben diesen bezichtigen.

Inzwischen will das Studentenwerk der Studiobühne auch das „Schwarze Brett" in der Mensa, das seit Jahren zur Propaganda der Studiobühnenarbeit diente, nicht mehr zur Verfügung stellen. Dazu muß man wissen, daß in der Würzburger Mensa Büchertische und auch sonst jegliche Anschläge und Mitteilungen außerhalb der „Schwarzen Bretter" verboten sind.

In Zusammenhang mit diesen Diskriminierungskampagnen muß man auch die folgende Tatsache stellen: Am 22. 12. 77 tauchte die Kripo bei W. Schulz, dem Vorsitzenden der Studiobühne, auf. Sie hatten einen Durchsuchungsbefehl. Es ging ihnen speziell um das Plakatgedicht „Der Todesvogel", das sie dann auch beschlagnahmten. Die Begründung: „Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole". Außerdem will die CSU versuchen, eine Anzeige wegen Beleidigung von Toten zu erstatten, da in einem Flugblatt zum Stück „Gespräche mit dem Kanzler" der Studiobühne der Satz steht: „... Wir waren noch nie traurig über den Hingang einiger prominenter Herrscherpersönlichkeiten, aber wir trauern über den Tod derer, die z. B. alle 17 Minuten aufgrund eines durch das Profitstreben der Kapitalisten entstandenen Arbeitsunfalles sterben." Mit ziemlicher Sicherheit steht deshalb in diesem Jahr mindestens ein Prozeß gegen die Studiobühne an.

Deshalb: Solidarität mit W. Schulz, dem Vorsitzenden der Studiobühne!

Korrespondenzen

Redaktion
„Roter Morgen"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
46 Dortmund 30

„Wer nicht will deichen..."

In der Nacht vom 30. zum 31. Dezember tobte an der Nordseeküste ein starker Sturm mit Windböen um 11. Eine schwere Sturmflut war die Folge. Besonders betroffen waren die Deiche des Jadebusen, am Schweiburgersiel z. B. lag der Wasserstand nur 26 cm unter dem Stand der zerstörerischen Sturmflut von 1962.

Nur der Tatsache, daß der Sturm nach einigen Stunden wieder abflaute, ist es zu verdanken, daß es keinen größeren Schaden gab. Unvorstellbar wäre die Katastrophe geworden, hätte der Sturm noch einige Stunden länger angedauert. Katastrophenalarm wurde erst eine Stunde nach dem Höchststand des Wassers gegeben, viel zu spät im Ernstfalle, um Menschen und Tiere der tiefliegenden Moormarschen hinter dem Deich in Sicherheit zu bringen.

Menschenverachtend geht die Bourgeoisie über die traurigen Erfahrungen der großen Sturmfluten von 1967 und 1962 hinweg. Zwar wurden einige Deiche erneuert und auch erhöht, aber insgesamt haben z. B. fast 50 Prozent aller Deiche in Niedersachsen noch das Niveau von 1962. Besonders übel sieht es mit der Vorhersage der Sturmfluten aus. Das Hydrographische Institut in Hamburg gibt diese Warnungen heraus — zuerst an die großen Baufirmen, damit die ihre Bagger und Raupen vor den Deichen in Sicherheit bringen können. An die Warnung der Menschen hinter dem Deich wird zuletzt gedacht. So war es auch dieses Mal. Bevor das Telegramm beim Katastrophenstab im Gebiet um den Jadebusen eintraf, war schon alles gelaufen.

Immer höher treten bei ungünstigem Wind besonders im Jadebusen-Bereich die Sturmfluten auf. Immer mehr Grodengelände in der Nähe von Wilhelmshaven wird eingedeicht für Industrieansiedlungen. Die verbleibende Fläche des Jadebusens muß die gleichen Wassermassen schlucken, kein Wunder also, daß das Wasser immer höher an den Deichen aufläuft.

„Wer nicht will deichen, der muß weichen", so heißt ein aus dem Plattdeutschen übersetzter Spruch. Die Bourgeoisie kümmert sich nicht um die Sicherheit der Menschen hinter den Deichen, es wird Zeit, daß wir nach dem zweiten Teil des Spruchs handeln.

Rot Front! Ein Genosse aus Nordenham

Weil Mutter ein Pflegefall war...

Frau B. erzählte mir folgenden unglaublichen Vorfall: Ihre Mutter hat das ganze Leben lang schwer arbeiten müssen. Sie hatte sich mit ihrem Mann mit einem kleinen „Laden an der Ecke" eine ärmliche Existenz aufgebaut. Inzwischen ist Vater tot und Mutter hat eine kleine Rente. Nach einem ersten und zweiten kleineren Schlaganfall mußte Mutter trotzdem noch weiterarbeiten, um die Rente aufzubessern.

Vor kurzem passierte es: Mutter bekam einen dritten Schlaganfall. Sie wußte gar nicht mehr, wo sie war, konnte zeitweilig nicht mehr richtig reden, aß fast nicht mehr, bekam Durchfälle. So mußte sie ins Krankenhaus. Schweren Herzens entschlossen sich dann die Kinder, die Mutter anschließend ans Krankenhaus in ein Pflegeheim zu geben. Denn in ihrer kleinen Wohnung konnte Frau B. die Mutter nicht aufnehmen, sie mußte ja schließlich auch noch den kranken Bruder pflegen. Vom Gesundheitsamt wurde Frau B. gesagt, daß ihre Mutter nun bald ins Heim könne. So nebenbei sagte der Stationsarzt (Dr. Jerg im Städtischen Krankenhaus) zu Frau B.: „Ihre Mutter ist ja nun ein Pflegefall." Mehr nicht. Elf Tage später kam Mutter dann ins Pflegeheim.

Eines Tages bekam Frau B. dann einen Brief von Mutters Krankenkasse. „Da Ihre Mutter in den letzten elf Tagen des Krankenhausaufenthaltes laut Mitteilung des Stationsarztes ein Pflegefall und kein Krankenfall mehr war, muß sie die Kosten des Krankenhausaufenthaltes von elf Tagen mal 167 DM Tagessatz, also zusammen 1.837 DM selbst bezahlen." Und damit nicht genug. Wieder einige Zeit später bekam Frau B. von der Feuerwehr, Abteilung Krankenwagendienst, eine Rechnung: „Da Ihre Mutter ja ein Pflegefall war, zahlt die Krankenkasse die Fahrkosten ins Pflegeheim nicht. Ihre Mutter hat für die 5 km Fahrt 108 DM an uns zu überweisen."

So wirds gemacht. Der feine Stationsarzt (seine müde Entschuldigung: Der Chef hats befohlen) erklärt die schwerkranke Rentnerin zum Pflegefall, schon werden ihr 1.945 DM aus der Tasche gezogen. Dabei ist es völlig gleichgültig, ob der Stationsarzt Dr. Jerg (er war eigentlich immer freundlich zu uns, sagt Frau B.) nur so naiv und weltfremd ist, daß er sich nicht vorstellen kann, was so ein Haufen Geld für einen normalen Rentner bedeutet oder ob er so abgebrüht ist, daß er bewußt dem Bonner Staat hilft, einer alten Rentnerin das Geld aus der Tasche zu ziehen.

Rot Front!
Ein Genosse aus Kiel

Veranstaltung der Gesellschaft der Freunde Albaniens

Stuttgart: Filmvorführung. Es wird der Film „Alte Wunden" gezeigt. 21. 1., 18 Uhr, im Kommunalen Kino, Planetarium, Keppler-Saal, Neckarstr. 47.

Parteiveranstaltungen

Liederfestival in Hamburg

mit Sängern aus Westberlin, Bremen, Lübeck, Kiel und Hamburg. Am 14. und 15. 1. in der „Jarrestadt", Hamburg-Barmbek, Jarrestr. 27. Beginn am 14. 1. um 19 Uhr, am 15. um 10 Uhr.

Fackelzüge und Veranstaltungen zum 30. Januar — Kampftag gegen Reaktion und Faschismus — werden im nächsten „Roten Morgen" angekündigt.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME ....
WOHNORT ....
STRASSE ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghoferstr. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Rekruteneinziehung

Wehrt euch gegen Drill und Schikane!

In vielen Städten das gleiche Bild. Junge Männer stehen mit Koffern und Taschen auf den Bahnsteigen. Freundinnen und Familienangehörige bei ihnen. Die Feldjäger streunen zwischen den Gruppen herum. Sie warten darauf, diese Jungen abzutransportieren. Weg von zu Hause, in die Kasernen. 50.000 Rekruten wurden so am 2. Januar eingezogen. Allein in Nordrhein-Westfalen 14.000.

Viele dieser jungen Rekruten haben die Lehre hinter sich. Sie verdienen das erste Mal mehr als das kümmerliche Lehrlingsgeld. Sie wissen, was sie können. Haben eine Freundin, Zukunftsvorstellungen. Nach der Arbeit immerhin etwas Freizeit: Freunde, Vereine... Und nun das! Zum Barras! Das heißt: weit weg vom Heimatort, aus der gewohnten Umgebung herausgerissen. In den Kasernen den Offizieren ausgeliefert. Drill, Schikanen. Kein freier Schritt mehr. Essen, Trinken, Schlafen, Ausgehen — alles wird diszipliniert und kontrolliert. Der Vorgesetzte mit der Macht eines „Herrgottes". Wenn ihm was nicht paßt, dann bleibt man mehrere Wochen hintereinander in der Kaserne. Eine Begründung findet sich schon: Manöver, GvD oder Wache. Und dazu noch ein Sold, mit dem man hinten und vorne nicht auskommt.

Wer die Bundeswehr schon hinter sich hat, weiß davon zu berichten. Und darum kommt keiner mit „Begeisterung". Im Gegenteil, die meisten haben eine Wut im Bauch. Noch 456 Tage — so zählen viele vom ersten Tag an die Tage, an denen aus Menschen „Soldaten" gemacht werden sollen. An denen sie mit Demütigungen, Erniedrigungen und Anschreierei fertiggemacht werden sollen. Deshalb sind viele Rekruten erfreut und begeistert, wenn sie die Rotgardisten am Tage der Einziehung agitieren sehen, wenn sie spüren, daß die Rote Garde ihnen Mut macht, in der Bundeswehr den Kampf aufzunehmen. So sagte in Dortmund einer der jungen Soldaten zu einem Rotgardisten, der Flugblätter verteilte: „Ich fand es toll, daß ich heute noch mit euch sprechen konnte, weil ich eure Haltung zum Bund teile. Ihr habt mir irgendwie den Rücken gestärkt, und wenn jetzt beim Barras was los ist, weiß ich, an wen ich mich wende."

In Dortmund, in Bochum, in Münster und vielen anderen Städten versuchten an diesem Einziehungstag Feldjäger und Bahnpolizisten fieberhaft die revolutionäre Agitation der Roten Garde unter den jungen Soldaten zu verhindern. Doch sie schafften es nicht. Am Dortmunder Bahnhof, so berichten die jungen Genossen, waren Parolen gegen die imperialistische Bundeswehr gesprüht. Kleber und selbstgefertigte antimilitaristische Karikaturen waren nicht nur auf den Bahnsteigen zu sehen, sondern auch in den Zügen. Für die Soldaten, die auf den Bahnsteigen kein Flugblatt erhalten hatten, legten die Genossen in den Zügen welche aus. Trotz des Spitzelaufgebots sprachen sie mit vielen Eingezogenen. Und sie fanden mit ihrer Agitation offene Ohren.

Bevor der Zug in Dortmund abfuhr, geschah allerdings noch etwas, was viele erschütterte: Einer der Rekruten schnitt sich die Pulsadern auf. Selbstmordversuch! Die hilflose Reaktion eines Jungen, der nicht ein und aus wußte. Die Feldjäger drangen sofort mit gezückten Pistolen in den Wagen. Sie hatten wahrscheinlich Aufruhr oder sogar Meuterei vermutet. Dieses Erlebnis stärkte sicher bei vielen Rekruten die Haltung, sich nicht kleinkriegen zu lassen, den Kampf aufzunehmen gegen dieses unmenschliche System. Und den Rotgardisten führte die Verzweiflungstat vor Augen, wie notwendig es ist, den Jugendlichen bei der Bundeswehr die revolutionäre Perspektive aufzuzeigen, damit sie den Ausweg aus diesem Elend sehen.

Darum sieht es die Rote Garde als eine wichtige Aufgabe an, den Kampfgeist der jungen Rekruten zu stärken, den Widerstandsgeist zu schüren, damit die Imperialisten ihr Ziel nicht erreichen: willenlose Geschöpfte zu schaffen, die sie als Kanonenfutter für Eroberungskriege, für den Einsatz gegen andere Völker und auch gegen das eigene Volk einsetzen können. „Hauptregel: Nicht einschüchtern lassen!" — heißt es in dem Flugblatt: „Gerade in den ersten Tagen werden sie versuchen, euch fertigzumachen, dagegen haben wir einige Tips aufgeschrieben." Und dann folgen Ratschläge wie man das Beschwerderecht ausnutzen kann, wie man kämpferische Vertrauensleute wählen kann, welche Möglichkeiten man hat, sich gegen Spind-Durchsuchungen zu wehren und MAD-Verhöre usw. usf. Viele der Rekruten nahmen das Flugblatt, weil sie sofort sahen, diese Ratschläge können wir gebrauchen, die Rote Garde zeigt uns, wie wir trotz Unterdrückung und Schikane den Kampf führen können.

Mit den Ratschlägen will die RG es erreichen, die Solidarität unter den Soldaten zu stärken, von Anfang an den Spaltungsversuchen zu begegnen und die Bereitschaft zu fördern, sich zu organisieren. Kampfformen wie Massenbeschwerden, geschlossene Befehlsverweigerungen, Kantinenboykott sind immer eine Kampfansage an die Offiziere, an die imperialistische Unterdrückerarmee Bundeswehr, an die „freiheitlich-demokratische" Ausbeuterordnung, die sich diese 500.000 Mann-Armee hält. So werden sie von den Offizieren auch verstanden. Und sie reagieren empfindlich. Bei den geringsten Anlässen ist gleich der Militärische Abschirmdienst da. Wird mit Durchsuchungen und Arrest reagiert.

In all diesen Kämpfen sammeln die Soldaten wertvolle Erfahrungen. Jede Aktion, jeder revolutionäre Kampf bedeutet ein Stück Zersetzung der Bundeswehr, bedeutet die Stärkung der revolutionären Einheit, so daß die Soldaten dann, wenn es ernst wird, wenn sie auf die Schlachtfelder der Imperialisten sollen oder zum Einsatz gegen die kämpfenden Arbeiter im eigenen Land, gewappnet sind, um die Gewehre gegen ihren Klassenfeind, gegen die Imperialist[en] zu richten.

Genau deshalb fürchten die Of[fi]ziere und ihre Hintermänner, [die] Kapitalisten und ihr Bonner Sta[at] die revolutionäre Agitation unter d[en] Rekruten. Sie fürchten, daß die ju[n]gen Männer lesen und begreife[n]: „Wir jungen Kommunisten von d[er] Roten Garde rufen euch auf: Weh[rt] euch gegen Drill und Schikane! U[n]dabei nicht stehengeblieben. D[er] Kampf gegen jede Sauerei der Schl[ei]fer, gegen die Unterdrückung, d[en] Hungersold ist wichtig und gut. Ab[er] er muß weitergehen, gegen die Bu[n]deswehr insgesamt, gegen den imp[e]rialistischen Krieg, gegen den kapit[a]listischen Staat! Nieder mit der Bu[n]deswehr! Krieg dem imperialistische[n] Krieg!"

Der antimilitaristische Kampf, d[ie] Zersetzungsarbeit in der Bundeswe[hr] hat eine große Bedeutung. Es reic[ht] sicher nicht, alle drei Monate Flu[g]blätter an die abfahrenden Rekrute[n] zu verteilen. Darum macht die Ro[te] Garde verstärkt Anstrengungen, i[n]nerhalb der Kasernen zu arbeiten, [in] der Bundeswehr mehr Rote-Gard[e-]Zellen aufzubauen, die regelmäßi[ge] Agitation vor den Kasernentoren z[u] verbessern.

Denn die Bundeswehr ist da[s] wichtigste Gewaltinstrument des bü[r]gerlichen Staates. Dieser Militära[p]parat wird systematisch darauf g[e]drillt, in einer revolutionären Situ[a]tion gegen die kämpfenden Werktät[i]gen zu marschieren. Bürgerkrieg[s]übungen und Manöver gegen stre[i]kende Arbeiter zeigen deutlich, wa[s] die Herrschenden planen. Mit d[en] Notstandsgesetzen hat sich die Bou[r]geoisie den gesetzlichen Rahmen g[e]schaffen, um die Truppen im Name[n] der „freiheitlich-demokratischen" Ausbeuterordnung marschieren [zu] lassen.

Andrerseits wird diese Armee zi[el]strebig vom Bonner Staat aufger[ü]stet, um in einem imperialistische[n] Raubkrieg an der Seite der amerik[a]nischen Imperialisten die Interess[en] der westdeutschen Kapitalisten [zu] vertreten. Gerade das Wettrüsten d[er] beiden Supermächte und ihr erbitte[r]ter Kampf um Einflußgebiete zeige[n], daß die Gefahr eines neuen Weltkri[e]ges ständig anwächst. Über d[ie] NATO ist die Bundeswehr eng m[it] dem aggressiven US-Imperialism[us] verbündet. Krieg zwischen den US[A] und der Sowjetunion heißt desha[lb] auch Einsatz der Bundeswehr. Hei[ßt], daß unsere Heimat zum blutig[en] Schlachtfeld wird, daß unsere Juge[nd] wieder einmal zum Kanonenfut[ter] für die Reichen werden soll.

Der Kampf gegen die imperialis[ti]sche Bundeswehr ist deshalb [ein] Kampf für eine bessere Zukunft [der] Jugend! Ein Leben ohne Krieg u[nd] Unterdrückung! Deshalb: Nieder [mit] der imperialistischen Bundeswe[hr!] Krieg dem imperialistischen Kri[eg!]

„Ich bin Soldat"

**Ich bin Soldat, doch bin ich es nicht gerne,
Als ich es ward, hat man mich nicht gefragt;
Man riß mich fort, hinein in die Kaserne,
Gefangen ward ich, wie ein Wild gejagt;
Ja, von der Heimat, von des Liebchens Herzen
Muß't ich hinweg und von der Freunde Kreis,
Denk' ich daran, füh'l ich der Wehmut Schmerzen,
Fühl' in der Brust des Zornes Glut so heiß.**

**Ich bin Soldat, doch nur mit Widerstreben;
Ich lieb' ihn nicht, den blauen Königsrock,
Ich lieb' es nicht, das blut'ge Waffenleben,
Mich zu verteid'gen wär' genug ein Stock.
O sagt mir an, wozu braucht ihr Soldaten?
Ein jedes Volk liebt Ruh' und Frieden nur,
Allein aus Herrschsucht und dem Volk zum Schaden,
Laßt ihr zertreten, ach, die gold'ne Flur!**

**Ich bin Soldat, muß Tag und Nacht marschieren,
Statt an der Arbeit, muß ich Posten steh'n,
Statt in der Freiheit, muß ich salutieren,
Und muß den Hochmut frecher Buben seh'n.
Und geht's ins Feld, so muß ich Brüder morden,
Von denen keiner mir zuleid was tat,
Dafür als Krüppel trag' ich Band und Orden,
Und hungernd ruf ich dann: „Ich war Soldat!"**

**Ihr Brüder all', ob Deutsche, ob Franzosen,
Ob Ungarn, Dänen, ob vom Niederland,
Ob grün, ob rot, ob blau, ob weiß die Hosen,
Gebt euch statt Blei zum Gruß die Bruderhand!
Auf, laßt zur Heimat uns zurückmarschieren;
Von den Tyrannen unser Volk befrei'n;
Denn nur Tyrannen müssen Kriege führen,
Soldat der Freiheit will ich gerne sein!**

Das Lied ist vor dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71 entstanden. Nach Verkündung des Sozialistengesetzes 1878 war das Lied verboten. Trotzdem wurde das Lied gegen den Widerstand der Herrschenden (selbst der Besitz des Textes allein war strafbar) weiter verbreitet und bis in den ersten Weltkrieg hinein gesungen.

Zwei Wochen Gast der illegalen KP Spaniens/ML (1)

Für Spaniens Freiheit

Mit dieser Ausgabe beginnt der „Rote Morgen" den Abdruck einer vierteiligen Serie über die Klassenkämpfe im heutigen Spanien. Es handelt sich dabei um Auszüge aus dem Reisebericht einer Genossin unserer Partei, die sich Ende letzten Jahres als Gast unserer spanischen Bruderpartei, der PCE/ML, in Spanien aufhielt. Dieser Bericht gibt ein lebendiges Bild von den großen Erfolgen, die von den Genossen unter den Bedingungen des illegalen Kampfes errungen werden.

An einem sonnigen Herbsttag, spät am Nachmittag, komme ich nach Spanien. Das erste, was ich aus dem Flugzeug im Anflug auf Madrid sehe, sind schneebedeckte zackige Berggipfel, grau und baumlos. Als wir uns Madrid nähern, lösen runde Hügel die schroffen Berge ab. Kupferrot leuchtet die Erde, weiße Häuser mit roten Ziegeldächern, dunkelgrüne Oliven- und Nadelbäume beleben das Bild. Noch einige Schleifen, und das Flugzeug landet in Madrid.

Das erste, was mir auffällt, sind die vielen Parolen überall. Die gab es auch vor zwei Jahren bei meinem letzten Besuch, die meisten von der Bruderpartei, der PCE/ML, und von der FRAP gemalt. Damals wurden diese Parolen fast alle von den Faschisten sofort wieder unleserlich gemacht. Heute bleiben sie stehen, und es sind viel mehr als früher. Jetzt, wo sie legal sind, haben auch die Revisionisten und Opportunisten den Mut, Parolen zu malen. „Kommt zum Fest der PCE" (der revisionistischen Partei), kann man auf einigen Plakaten lesen. „Nieder mit der monarcho-faschistischen Diktatur!", heißt es auf anderen. Oder „Amnestie für die politischen Gefangenen! Für die föderative Volksrepublik!". Das sind die Parolen der spanischen Genossen. An den Häuserwänden der Arbeiterviertel, an den Mauern der Betriebe, überall stößt man auf diese Losungen.

Oft liest man auch Ankündigungen wie „Morgen, Dienstag, um 20 Uhr: Demonstration für die Amnestie der politischen Gefangenen, an der Plaza de Espana". Die Genossen kündigen also auch ihre Demonstrationen an, denke ich. Sie schreiben den Aufruf dazu an belebte Stellen wie Bushaltestellen, U-Bahn-Stationen und Fabriktore.

Kurze Zeit nach meiner Ankunft in Madrid soll ich einen Eindruck davon erhalten, wie die Genossen heute ihre Propaganda unter den Massen betreiben, wie sie dazu alle Möglichkeiten ausnutzen, die sich ihnen augenblicklich bieten, wo der Staat seine faschistische Fratze mit dem Schleier der Demokratisierung bedeckt. Mittags treffe ich den Genossen A. Er fährt mit mir nach San Blas. Über die Calle Alcala geht es, eine breite Prachtstraße von Madrid, vorbei an prunkvollen Gebäuden. Aber je mehr wir uns San Blas nähern, desto kleiner und unansehnlicher werden die Häuser. Und auch hier Parolen an den Wänden: PCE/ML, FRAP, JCE/ML (der Jugendverband der spanischen Bruderpartei). San Blas ist ein mit Hochhäusern dicht bebautes Arbeiterviertel im Osten von Madrid. Tausende von Menschen leben hier zusammengedrängt auf kleinstem Raum. Ein Gürtel von Kleinbetrieben mit jeweils etwa 100 bis 500 Arbeitern umgibt den Stadtteil. In diesen Betrieben arbeiten auch die meisten Menschen aus San Blas.

Ein Fest der Nachbarschaftsvereinigung

Wie in fast allen Bezirken Madrids, in denen Werktätige wohnen, so haben sich auch hier die Menschen in Vereinigungen der Nachbarn zusammengeschlossen, um ihre Interessen zu verteidigen. Die Leute von San Blas kämpfen für bessere und billigere Wohnungen. Es gibt hier zwar viele sogenannte Sozialwohnungen, aber die Mieten sind sehr hoch. So werden freistehende Häuser und Wohnungen von den Werktätigen besetzt und an die Familien gegeben, die am dringendsten eine andere Wohnung brauchen. Und wenn die Räumkommandos der Polizei anrücken, werden die besetzten Häuser von den Bewohnern des Stadtteils mutig verteidigt.

Daß wir heute nach San Blas fahren, hat einen besonderen Grund: Die Vereinigung der Nachbarn, in der auch die Bruderpartei arbeitet, hat zu einem Fest der Solidarität mit den Völkern Lateinamerikas, der Sahara und Guineas aufgerufen. Auf dem Weg zum Fußballplatz, wo das Fest stattfindet, kommen wir an einem sonderbaren Denkmal vorbei. Es besteht aus einem riesigen Sockel, bedeckt mit schwarzen Flecken und Spritzern, und einem kleinen Köpfchen obendrauf. Ich frage den Genossen, der mich begleitet, was es mit diesem seltsamen Gebilde auf sich hat.

„Das Köpfchen da oben", sagt er, „das ist eine Büste Francos. Früher hat ein viel größeres Standbild dort auf dem Sockel gestanden. Aber seltsamerweise ist es ständig heruntergefallen und auf dem Boden zerschellt. Steinwürfe hatten das bewirkt. Die vielen Flecken unten stammen von Farbbeuteln. Dann, eines Tages, stand der kleine Kopf auf dem riesigen Sockel. Den kann man nicht mehr so leicht mit einem Stein treffen."

Von allen Seiten strömen die Menschen zum Solidaritätsfest der Asociaciones de vecinos, der Nachbarschaftsvereinigungen, vorbei an Parolen der Partei und der FRAP. Vor dem Tor zum Fußballplatz gibt es einen Stau. Ein großer Pulk von Menschen schiebt und drängt sich hinein. Wir sind mitten drin, werden mit dem Strom durch das Tor geschoben. Der Platz ist in zwei Bereiche unterteilt. Auf der rechten Seite sitzen und stehen Tausende von Menschen vor einer Bühne. Sie sehen ein Programm mit Volksliedern und -tänzen. Hinter der Bühne haben die Genossen eine überdimensionale republikanische Fahne aufgehängt.

Auf der anderen Seite sind Propagandastände von allen möglichen Organisationen aufgebaut. Etwa fünf von ihnen sind mit republikanischen Fahnen geschmückt, daneben die rote Fahne mit Hammer, Sichel und Gewehr, das Banner unserer Bruderpartei und der JCE/ML. Wir sehen die Fahnen der FRAP, der OSO, das ist die Arbeiter-Gewerkschaftsopposition. Ein etwa 40jähriger Mann schiebt sich durch die Menge, über der Schulter an einem kurzen Stock die Flagge der Republik. Immer wieder ruft er: „Espana manana sera republicana", morgen wird Spanien eine Republik sein. Am Stand der JCE/ML gibt es eine Kurzkundgebung. Die Menschen drängen sich um einen Redner mit Megafon. Er erläutert den Zuhörern die Bedeutung eines Molotow-Cocktails bei der Verteidigung von Streiks und Demonstrationen.

„Ja, und das Rezept für diesen Cocktail könnt ihr lesen in der ‚Joven Guardia', Nummer..."

Während ich noch dem Redner zuhöre, bemerke ich in der Nähe zwei Genossen, ein Ehepaar von etwa 60 Jahren. Man sieht es ihnen an, daß sie ein Leben voll schwerer Arbeit und voller Sorgen hinter sich haben. In einem Beutel, gestrickt in den Farben der Republik, sammeln sie Geld zur Unterstützung der politischen Gefangenen.



Für die föderative Volksrepublik!

Ich bin beeindruckt und freue mich zu sehen, daß die Genossen jetzt so gute Möglichkeiten haben, offen ihre Materialien zu verkaufen und unter den Massen zu agitieren. Es ist schon dunkel, als wir den Platz verlassen. Für den nächsten Tag haben wir ein volles Programm. Rasch vereinbaren wir Treffpunkt und Uhrzeit. „Bis morgen, Genosse."

Propagandaeinsatz im Chrysler-Werk

Heute, am Donnerstag, wollen wir nach Villaverde, zu Chrysler. Früher war Villaverde eine selbständige kleine Stadt. Seitdem die Autofabrik dort angesiedelt ist, wuchsen immer mehr Wohnsilos für Arbeiter aus dem Boden. Ein ausgedehnter Pendelverkehr mit anderen Bezirken entwickelte sich, zwischen Wohnort und Fabrik. Heute ist Villaverde ein eingemeindeter Stadtteil von Madrid. Der Anblick, den der Ort bietet, steht im krassen Gegensatz zur Innenstadt von Madrid mit ihren breiten Straßen, den parkähnlichen Anlagen mit Pinien und Steinbänken. Hier in Villaverde sind viele Straßen nicht befestigt. Zwischen den hohen Mietskasernen erstrecken sich trockene lehmfarbene Flächen. Parks, Bäume, Grasflächen, all das sucht man vergebens. Entlang der Hauptstraße erstrecken sich die Industriebetriebe.

Auf unserem Weg zu Chrysler kommen wir auch an engen Gassen vorbei, wo sich die chabolas, kleine weißgetünchte Baracken, aneinanderreihen. In diesen ärmlichen Behausungen leben zum größten Teil Menschen, die wegen der Armut und der großen Arbeitslosigkeit auf dem Land in die Stadt gezogen sind, in der Hoffnung, hier eine Beschäftigung zu finden. Heute lebt noch 65% der Bevölkerung Spaniens auf dem Land. Eine unvorstellbare Armut herrscht dort. Die Erträge der Minifundien, der kleinen Landstücke im Norden, können eine Familie nicht ernähren. Und im Süden werden die landlosen Bauern von den Großgrundbesitzern bis aufs letzte ausgebeutet.

Vorbei an den Barackensiedlungen kommen wir zum Tor 2 des Chrysler-Werks. 15.000 Kollegen arbeiten hier. Sie kommen aus Villaverde und den anderen Arbeitervierteln der Hauptstadt. An die Fabrikmauer, direkt neben dem Eingang, haben die Genossen der Partei und der FRAP eine Parole gemalt. Daneben die Pförtnerloge: Der Werkschutz von Chrysler trägt die gleiche Uniform wie die bewaffnete Polizei.

Die ersten Kollegen kommen aus den Wohnblocks, die dem Werk gegenüberliegen. Vereinzelt fahren Autos und Busse auf das Gelände. Nach und nach sammeln sich die Genossen neben dem Tor. Bei Schichtwechsel mischen sie sich unter die Kollegen und gehen mit ihnen durchs Tor. Auf dem Werksgelände verkaufen sie die „Vanguardia Obrera", das Zentralorgan der Partei, und verteilen ein Flugblatt, das die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen fordert. Die Genossen erklären mir, daß sie die größten Verkaufserfolge haben, wenn sie eine Fahne mit sich tragen und die Titel der wichtigsten Artikel der „Vanguardia Obrera" über Megafon ausrufen.

„Und die Polizei oder der Werkschutz greifen nicht ein?" frage ich erstaunt.

„Wir wissen, wann die Patrouillen der Polizei kommen. Dann verstekken wir uns. Und den Werkschutz beobachten wir, um zu sehen, ob einer telefoniert. Wir bleiben auch meist nicht länger als 20 Minuten."

Mich interessiert natürlich, wieviele Exemplare der „Vanguardia Obrera" sie in dieser Zeit verkaufen können. „Hier bei Chrysler an diesem Tor sind es leicht 300", antworten die Genossen mit Stolz.

Am Abend des selben Tages soll ich einen weiteren Einblick in die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der spanischen Bruderpartei bekommen. Genosse A. begleitet mich ins legale Büro der A. O. A. Es liegt in der Madrider Innenstadt, gleich neben der berüchtigten DGS, der Polizeizentrale, wo die verhafteten Feinde des Regimes festgehalten und gefoltert werden. Das Büro liegt im 4. Stock, eine kleine rote Fahne mit den Buchstaben A. O. A. flattert aus dem Fenster. Aber was bedeuten diese drei Buchstaben?

„Sie stehen für Asociacion Obrera Asambleista", erklärt mir der Genosse. Das heißt Vereinigung für Vollversammlungen der Arbeiter. Die A. O. A. in Madrid arbeitet erst seit wenigen Monaten. Sie hat hier drei Büros; die beiden anderen liegen in den Arbeitervierteln Vallecas und Carabanchel. Eine solche Vereinigung aufzubauen, ist notwendig geworden, weil alle legalen Gewerkschaften mit dem Ziel arbeiten, die Arbeiterklasse zu spalten. Sie sind keine Waffen des Proletariats, sondern umgekehrt Waffen der Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse. Durch ihren Verrat sind viele Kämpfe der Werktätigen gescheitert. Die Erfahrungen haben im ganzen Land gezeigt, daß dagegen solche Kämpfe erfolgreich waren, die von den Vollversammlungen der Arbeiter, bzw. den von ihnen gewählten und jederzeit absetzbaren Vertretern geführt wurden. In den Vollversammlungen konnte die notwendige Einheit hergestellt werden, konnte den Unterdrückungsmaßnahmen der Betriebsleitung erfolgreich Widerstand geleistet werden. Die A. O. A. hat die Aufgabe, überall diese Einheit herzustellen und die Kämpfe zu führen.

Die Forderungen der Bauarbeiter

In einem Raum des A. O. A.-Büros haben sich etwa 15 Bauarbeiter aus verschiedenen Betrieben Madrids versammelt. Sie wollen die anstehende Tarifrunde vorbereiten. Als ich eintreffe, hat die Versammlung schon begonnen. Ein Kollege liest das Flugblatt der A. O. A. vor: „Bauarbeiter, vor den Tarifverhandlungen die Wachsamkeit erhöhen und die Einheit herstellen! Wir müssen unsere Rechte und Forderungen verteidigen. Wir müssen uns nach Betrieben und Regionen zusammenschließen, uns auf gemeinsame Forderungen vereinheitlichen, damit wir menschenwürdige Lebensbedingungen für uns durchsetzen. Vorsicht vor den Centrales sindicales, den bürgerlichen Gewerkschaften. Sie machen gemeinsame Sache mit den Kapitalisten. Hinter unserem Rücken wollen sie Tarifverträge unterzeichnen. Die CCOO (comisiones obreras) wollen, daß wir nicht mehr als 25.544 Peseten im Monat verdienen, weil ein Wirtschaftsinstitut ausgerechnet hat, daß wir damit auskommen können." Diese comisiones obreras, das sind die Gewerkschaften der spanischen Revisionisten. Als die Rede auf ihre Forderung kommt, unterbrechen die Kollegen den Vortrag.

„Was, nur 25.544 pts? Das ist ja eine Unverschämtheit! Wir verdienen doch heute schon mehr, wenn wir übertariflich bezahlt werden."

Fast jeder Kollege weiß Beispiele von Betrieben, wo die Bauarbeiter bereits 30.000 pts verdienen. Nein, mit einer solchen Forderung sind sie auf keinen Fall einverstanden. Was die A. O. A. fordert, das ist richtig. 35.000 pts im Monat, dafür sind sie bereit zu kämpfen. Die Kollegen sprechen jede einzelne Forderung auf dem Flugblatt durch. Die erste lautet: Die von der Arbeitervollversammlung gewählten Vertreter führen die Tarifverhandlungen mit den Kapitalisten. Die Versammlung muß dann über die Vorschläge abstimmen.

Die anderen Forderungen sind: 40-Stunden-Woche bei fünf Arbeitstagen. 30 Tage Urlaub bei vollem Lohnausgleich. Volle Lohnfortzahlung für Altersrentner bei Krankheit und Arbeitsunfähigkeit. Rente mit 55, bei Arbeitern, die mit giftigen Stoffen arbeiten, schon mit 50 Jahren. Volle Lohnfortzahlung während des Militärdienstes. Keine Entlassungen aufgrund der Kampfmaßnahmen für die Tarifverträge. Die Unternehmer müssen die Vollversammlungen und deren Delegierte als die einzigen Vertreter der Arbeiter anerkennen.

Die Kollegen sind zufrieden mit dem Flugblatt und den Forderungen. Nur ein Punkt soll ergänzt werden. Viele Baubetriebe stellen Arbeiter ein und entlassen sie nach 14tägiger Probezeit. Während dieser zwei Wochen nämlich brauchen sie keine Sozialversicherungsbeiträge für die Arbeiter zu zahlen, und das nutzen sie schamlos aus. Damit muß Schluß gemacht werden! Noch ein anderer Kollege hat eine Forderung: keine Ausbeutung durch Subunternehmer!

Die anwesenden Kollegen beschließen, das Flugblatt mit den Ergänzungen breit zu verteilen und in ihren Betrieben darüber zu diskutieren. Ein zaghafter Einwand kommt, wie man denn all die Flugblätter bezahlen solle.

„Ist doch klar, wir sammeln dafür im Betrieb."

„Gut, dann gehen wir gleich an die Arbeit und bereiten den Streik vor. Die Forderungen müssen in ganz Madrid durchgesetzt werden. Man muß Vorbereitungen treffen für die Bildung des Streikkomitees." Eifrig redend verlassen die Bauarbeiter den Raum. Ich schließe mich ihnen an. Wir bleiben noch eine Weile zusammen, und einer der Kollegen erklärt mir die Bedeutung der OSO (Oposicion sindical obrera — Arbeitergewerkschaftsopposition). Die OSO ist eine illegale Gewerkschaft. Sie hat ein revolutionäres Programm und kämpft an der Seite der PCE/ML und der FRAP für die Interessen der Arbeiterklasse.

Das war meine erste Begegnung mit der revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Spanien. Später sollte ich noch mehr darüber erfahren.

Aus aller Welt

PAKISTAN

Streikende Arbeiter erschossen

Zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Tausenden von streikenden Arbeitern und der Polizei kam es in der pakistanischen Stadt Multan. Die Arbeiter einer Baumwollspinnerei, die schon seit einer Woche im Streik für eine höhere Neujahrsgratifikation standen, hatten eine Demonstration organisiert, um ihre Forderungen zu unterstreichen. Die Polizei des Militärregimes eröffnete das Feuer auf die Demonstranten und ermordete fünf von ihnen.

Wie berichtet wird, setzten sich die Arbeiter tapfer zur Wehr, indem sie die Mordkommandos der Polizei mit Steinen angriffen und mehrere Polizisten verletzten.

WESTAFRIKA

Neue Angriffe gegen Patrioten der Westsahara

Ein 600 Mann starkes marokkanisches Armeebataillon ist nach Mauretanien entsandt worden. Damit hat das reaktionäre Regime Marokkos 6.000 Mann in dem Nachbarland stationiert. Gleichzeitig wurden drei Militärflugzeuge der marokkanischen Luftwaffe nach Mauretanien verlegt. Die marokkanischen Reaktionäre wiesen ausdrücklich darauf hin, daß diese Maschinen gemeinsam mit französischen Kampfjägern Einsätze gegen die Patrioten der Westsahara fliegen sollen. Erst Ende letzten Jahres waren Napalm-Angriffe der französischen Imperialisten gegen die Patrioten bekannt geworden. Das Volk der Westsahara steht im bewaffneten Kampf zur Befreiung seines Landes, das von den Regimen in Marokko und Mauretanien mit der Hilfe der Imperialisten besetzt gehalten wird.

Der Präsident des westafrikanischen Staates Senegal, Senghor, beschimpfte kürzlich die Patrioten der Westsahara als „internationale Straßenräuber“ und kündigte an, er werde ebenfalls Truppen gegen sie einsetzen. Im Senegal sind auch die französischen Terrorbomber stationiert, die die Napalmangriffe geflogen haben. All diese Ereignisse zeigen, daß die französischen Imperialisten und die mit ihnen verbundenen afrikanischen Reaktionäre neue verbrecherische Angriffe gegen das Volk der Westsahara und seine bewaffneten Einheiten vorbereiten.

PALÄSTINA

Aktionen der Partisanen

Wie die palästinensische Nachrichtenagentur WAFA berichtet, führten die im Gebiet des westlichen Jordanufers operierenden palästinensischen Partisanen am 30. November erfolgreich zwei kühne Aktionen gegen die zionistischen Besatzer durch. Eine Partisaneneinheit konnte eine Sprengladung in einem israelischen Militärlager in den Randbezirken von Jerusalem legen. Durch die Explosion wurde dem Feind erheblicher Sachschaden verursacht, zwei zionistische Offiziere wurden getötet, mehrere weitere verwundet. Eine andere Aktion haben die Partisanen in der Nähe der Stadt Hebron durchgeführt. Von ihnen gelegte Minen zerstörten ein Militärfahrzeug. Alle israelischen Soldaten, die mit diesem Fahrzeug transportiert wurden, fanden den Tod.

Neben bewaffneten Aktionen der Partisanen werden auch Massendemonstrationen und andere Kämpfe aus dem besetzten Palästina gemeldet. So in Nablus und Ramallah, wo Jugendliche durch die Straßen zogen, um gegen das Besatzerregime zu demonstrieren. Mit solchen Aktionen antwortet das palästinensische Volk auf die sogenannten „Friedensverhandlungen“ in Kairo, bei denen die Feinde dieses Volkes darum schachern, wie sie die zionistische Besatzung über Palästina am besten aufrechterhalten können.

Am 1. Januar jährte sich zum 13. Mal der Tag, an dem die palästinensischen Patrioten den bewaffneten Kampf gegen die zionistischen Besatzer aufgenommen haben. Seitdem haben sie die Waffe nicht aus der Hand gelegt. Das palästinensische Volk hat stets seine Bereitschaft betont, den Kampf gegen die Besatzer bis zum endgültigen Sieg fortzusetzen. Dieses Volk, das immer wieder von den Zionisten, den Imperialisten und der arabischen Reaktion angegriffen wurde, weiß, daß es seine Befreiung nicht als Geschenk von den Konferenzen der Supermächte empfängt. Es ist fest entschlossen, seinen bewaffneten Kampf zu Ende zu führen als einzigen Weg zum wirklichen Sieg. Der Kampf des palästinensischen Volkes ist ein gerechter Kampf, darum ist er unbesiegbar.

USA

Demonstration gegen Ku-Klux-Klan

Der berüchtigte Ku-Klux-Klan, eine rassistische Terror-Organisation, auf deren Konto der Mord an ungezählten schwarzen Amerikanern geht, treibt seit einiger Zeit sein Unwesen an der Südgrenze der USA. Die Banditen haben eine 500-1.000 Mann starke sogenannte Grenzwacht gebildet, deren Ziel es ist, die Menschenjagd auf illegal einwandernde Mexikaner zu betreiben. Die Klan-Banditen üben ihr blutiges Handwerk mit der Unterstützung der US-amerikanischen Einwanderungsbehörde aus, die ihrerseits Jagdkommandos gegen die Einwanderer organisiert hat.



Klan-Führer Duke bei Grenzpatrouille

Um diesem Terror entgegenzutreten, haben sich kürzlich etwa 1.000 weiße, schwarze und US-Amerikaner lateinamerikanischer Herkunft zu einer militanten Demonstration an der kalifornischen Grenze zusammengeschlossen. Wie Sprecher der Demonstranten betonten, gehen auf das Konto der Jagdkommandos zahlreiche Morde und Vergewaltigungen an Einwanderern. Sie wiesen auch darauf hin, daß der faschistische Ku-Klux-Klan einen Teil seiner Mitglieder an der kalifornischen Grenze aus einem Stützpunkt der US-Armee rekrutiert.



Spanien



Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus“ (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **GEWISO-Buchvertrieb, 2 Hamburg 50, Postfach 500568, Tel.: 040/3902959**

Italien

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

Griechenland

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

Konflikt Vietnam-Kambodscha

Fortsetzung von Seite 1

fest, daß die Meinungsverschiedenheiten, wie sie zwischen zwei Ländern bestehen können, sich ausgeweitet haben zu unverständlichen und unerwünschten bewaffneten Auseinandersetzungen, die zu eskalieren drohen. Anstatt die Meinungsverschiedenheiten geduldig, im Geist der Freundschaft und des gemeinsamen Interesses zu lösen, wurden sie jetzt noch mehr kompliziert.

Es ist der Wunsch der PAA und der Regierung unserer Sozialistischen Volksrepublik sowie des albanischen Volkes, heißt es in „Zëri i Popullit“, daß die Kämpfe und das Blutvergießen so schnell wie möglich eingestellt werden. Zugleich müssen die Streitkräfte, die möglicherweise die nationale Grenze des jeweiligen anderen Staates überschritten haben, sofort auf das eigene Gebiet zurückkehren. Von beiden Seiten müssen die großen Interessen der beiden Völker, der Freiheit, der Unabhängigkeit und der Souveränität, die Interessen der Revolution, des Sozialismus und der internationalistischen Einheit an die erste Stelle gerückt werden. Dazu ist es notwendig, die Ruhe an der gemeinsamen Grenze zwischen den beiden Bruderländern wiederherzustellen und den Frieden und die Sicherheit auf der indochinesischen Halbinsel zu bewahren.

In der Situation, in der sich die beiden Völker in diesen Tagen befinden, befreundete Völker, die zusammen gegen den Imperialismus gekämpft haben, wollen wir nicht einseitig Stellung beziehen. Wir haben in diesem Augenblick die feste Überzeugung, daß durch gemeinsame Anstrengungen und mit dem guten Willen beider Seiten, fern von der Ideologie des bürgerlichen Nationalismus und Chauvinismus, mit vollem Vertrauen in den proletarischen Internationalismus, die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen Vietnam und Kambodscha entstanden sind, durch Verhandlungen und im Geiste der Zusammenarbeit und des gegenseitigen guten Einverständnisses gelöst werden können und müssen. Wir hoffen, daß auch das Bruderland Volkschina, das den indochinesischen Völkern zur Zeit des Kampfes gegen den USA-Imperialismus große Unterstützung gegeben hat, jetzt vermitteln wird, daß die bewaffneten Auseinandersetzungen eingestellt werden, daß der Konflikt und die Meinungsverschiedenheiten brüderlich und ohne Einmischung von außen gelöst werden.

Das albanische Volk war mit dem Kampf des Brudervolkes Vietnams solidarisch und hat ihn mit allen Kräften unterstützt. Es hat viele Opfer für den Sieg der Freiheit und der Revolution in seinem Land gebracht und damit einen hervorragenden Beitrag zur gemeinsamen Sache des antikolonialistischen und antiimperialistischen Kampfes der Völker der Welt geleistet. Dasselbe, die gleiche Sympathie und Liebe hat unser Volk auch dem Brudervolk Kambodschas entgegengebracht, dieselbe entschlossene Unterstützung gewährte es auch diesem Volk. Kambodscha hat selbstlos und heroisch gekämpft und unzählige Opfer gebracht, um seine Freiheit und nationale Unabhängigkeit zu erringen und das neue Leben aufzubauen.

Unsere Partei, unsere Regierung und unser Volk stellen mit Bedauern fest, daß zwischen zwei Völkern und Ländern, die Freunde des sozialistischen Albanien sind, solche tragischen Ereignisse vorkommen. Doch wir sind davon überzeugt, daß der kambodschanisch-vietnamesische Konflikt das Werk der Feinde des vietnamesischen Volkes und des kambodschanischen Volkes ist. Hier haben die imperialistischen Mächte die Hand im Spiel, der sowjetische Sozialimperialismus und der USA-Imperialismus, die beide Interesse daran haben, in Südostasien zu herrschen und dort ihren eigenen Einflußbereich zu haben. Um diese teuflischen, hegemonistischen und neokolonialistischen Absichten zu verwirklichen, gehen sie nach dem machiavellistischen Prinzip vor, teile und herrsche, und treiben dafür die Völker in den Krieg gegeneinander.

Als Freund und Bruder der Völker der Sozialistischen Republik Vietnam und des Demokratischen Kambodscha und von zutiefst aufrichtigen und gutwilligen Empfindungen geleitet, fordern wir die beiden Länder, die beiden Völker auf, von jeder Handlung abzulassen, die die hohen Interessen der beiden Nationen, des Sozialismus, der Revolution und ihrer Freiheit beeinträchtigen, und die Meinungsverschiedenheiten, die zu dem bewaffneten Konflikt führten, durch freundschaftliche Verhandlungen zu lösen. Die PAA und die Regierung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien, schließt „Zëri i Popullit“, hielten und halten sich stets an dem korrekten marxistisch-leninistischen Standpunkt fest, daß jede Meinungsverschiedenheit zwischen sozialistischen Ländern durch herzliche und freundschaftliche Gespräche gelöst werden muß.

USA-Imperialismus - Todfeind der Völker

Fortsetzung von Seite 1

Heute ist die amerikanische Supermacht der zweitgrößte westliche Handelspartner der Gierek-Clique. Carter brachte jetzt einen 420-Millionen Mark Kredit mit nach Warschau, und die polnischen Revisionisten erklärten ihre Bereitschaft, dem amerikanischen Kapital die Tore noch weiter zu öffnen. So machten sie das Angebot an US-Kapitalisten, private Unternehmen in Polen zu gründen. Die durch die Ausbeutung der polnischen Arbeiter erzielten Profite sollen diese Filialen voll an ihre amerikanischen Muttergesellschaften überweisen können.

Carter nutzte seinen Aufenthalt in Warschau auch zu einer politischen Offensive. Eine Pressekonferenz, die er als erster amerikanischer Präsident in Polen geben durfte und die vom CIA-Sender „Stimme Europas“ in alle Länder des Warschauer Pakts übertragen wurde, nahm er zum Anlaß für eine Propagierung seiner „Menschenrechts“-Politik. Das ist nichts anderes als eine Ermutigung der proamerikanischen Kräfte in den Ländern unter der Herrschaft der Kreml-Herren. In Polen selbst richteten diese Kräfte, die sich dort „Komitee zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung“ nennen, auch prompt eine Ergebenheitsadresse an den höchsten Vertreter der amerikanischen Supermacht, in der sie ihn zum Helden der Freiheit hochjubeln. Carter ließ diesen Elementen — ohne daß die Gierek-Clique auch nur mit einem Wort dagegen protestiert hätte — sogar ein Antwortschreiben übermitteln, in dem er sie in ihren proamerikanischen Aktivitäten bestätigte.

Der Auftritt des US-Präsidenten in Warschau bedeutet natürlich nicht, daß sich die polnischen Revisionisten aus ihrer Rolle als Vasallen des Kreml gelöst hätten. Deutlich wurde das zum Beispiel daran, daß sofort der polnische Außenminister an den Hof Breschnews eilte, um Moskau der Treue der Gierek-Clique zu versichern. Carters Besuch zeigt jedoch, daß sich die amerikanische Supermacht nicht mit der jetzt bestehenden Grenze zwischen den Einflußgebieten der beiden Supermächte in Europa abfindet, daß sie vielmehr alles unternimmt, um in den Herrschaftsbereich der russischen Sozialimperialisten vorzudringen.

Und das gilt nicht nur für die Länder, auf denen — wie in Polen — der Militärstiefel der russischen Besatzer lastet. Wie war es zum Beispiel in Indien, einer weiteren Station der Weltreise Carters? Dieses Land zählte lange Zeit zum Einflußbereich Moskaus. Das Regime Indira Gandhis hatte den russischen Imperialisten Tür und Tor geöffnet. Heute erklären die indischen Reaktionäre, sie wollten „ein neues Kapitel in den Beziehungen zu den USA aufschlagen“. Sie huldigten dem Chef des Weißen Hauses, indem sie bei seinem Besuch das Dorf Daulatpur in Carterpuri umbenannten.

Während Carters Aufenthalt in Neu Delhi wurde darauf hingewiesen, daß auch in der Zeit der herzlichen Beziehungen und des Freundschaftsvertrages zwischen der Gandhi-Clique und den Kreml-Herren die USA der wichtigste Handelspartner Indiens gewesen sind, daß die amerikanischen Monopole die zweitgrößten Investoren hinter der ehemaligen Kolonialmacht Britannien waren und noch sind. Das Beispiel Indiens zeigt, wie auch die Entwicklungen im Nahen Osten oder in Afrika, daß die amerikanischen Imperialisten ihre Positionen keineswegs kampflos vor den russischen Konkurrenten räumen. Auch in den Ländern, die die Kreml-Herren mit Waffenlieferungen, „Beratern“ usw. unter ihren Einfluß und vollständig in ihre Klauen bringen wollen, behalten die amerikanischen Imperialisten ihre alten Verbindungen, vertrauen sie auf die Macht des Dollars, um die russischen Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen.

In Indien jedenfalls haben sie damit Erfolg gehabt. Unverhohlen feierte jetzt Carter den Pferdewechsel in diesem Land, der den Sturz der Gandhi-Clique mit sich brachte, als Triumph der Demokratie, der Indien den USA wieder nahe gebracht habe. Er gab so unmißverständlich zu verstehen, daß er Indien als Teil des amerikanischen Einflußbereiches ansieht, daß er damit den Mißfallen der Reaktionäre in Neu Delhi erntete. Denn diese Herren legen ja seit eh und je großen Wert darauf, als Vorreiter der sogenannten „Blockfreien“ aufzutreten.

Im Verlauf seiner Reise traf Carter mit den Chefs der reaktionären und faschistischen Regime des Nahen Ostens zusammen. Schah Pahlewi des Iran, König Khaled von Saudi Arabien, König Hussein von Jordanien — sie alle sind, bis an die Zähne aufgerüstet mit amerikanischen Waffen, bewährte Handlanger des US-Imperialismus. Jetzt sollen sie eine stärkere Rolle bei den antiarabischen Komplotten spielen, die unter der Regie Washingtons von Sadat und dem Zionistenchef Begin vorangetrieben werden.

Carter schloß seine Weltreise mit Besuchen in Paris und in Brüssel bei den Kommandozentralen von NATO und EG ab. Er betonte das Interesse der amerikanischen Supermacht an einem „starken Europa“. Aber es ist das Europa, in dem — wie Carter selbst hervorhob — Hunderttausende amerikanische Soldaten stehen, dem das Interesse der US-Imperialisten gilt. „Die amerikanischen Truppen garantieren, daß die Freiheit des Kontinents nie wieder in Gefahr geraten wird.“ Mit dieser Erklärung verabschiedete sich der Chef des Weißen Hauses aus Europa. Die Freiheit? Ja, die amerikanischen Truppen garantieren die Freiheit der Rockefeller, Ford und Co., die europäischen Arbeiter auszubeuten. Sie garantieren den Einfluß der amerikanischen Imperialisten auf Westeuropa. Sie sind Bestandteil ihres Kriegsblocks, der NATO, des wichtigsten Instruments der Wallstreeträuber beim Kampf um die Weltherrschaft. Und sie sind, zusammen mit den Militärapparaten der europäischen Imperialisten, die Garanten des kapitalistischen Systems der Ausbeutung und Unterdrückung.

Aber die Völker Europas wollen keine Ami-Soldaten auf dem Boden ihrer Länder. Der US-Imperialismus, dessen grausame Verbrechen wohlbekannt sind, ist bei den Völkern der Welt tief verhaßt. Vom Iran bis Brüssel war die Reise seines Sendboten Carter begleitet von Protestdemonstrationen und anderen militanten Aktionen, wobei in Teheran sogar eine amerikanische Einrichtung in die Luft gesprengt wurde. Das ist die richtige Antwort auf die reaktionären Manöver des US-Imperialismus, der neben der russischen Supermacht der Hauptfeind der Völker ist und bleibt.

"Volksabstimmung" in Chile

Eine durchsichtige Farce

Am 4. Januar hat in Chile die sogenannte „Volksabstimmung" stattgefunden, mit der sich die faschistische Clique um Pinochet das Mäntelchen einer legitimen Regierung des chilenischen Volkes umhängen wollte. Dieser Plan der Faschisten ist vollständig gescheitert. Die ganze Welt weiß, daß diese angebliche „Volksabstimmung" eine groteske Farce war und daß die „Ja"-Stimmen für Pinochet und seine Bande nicht einmal das Papier wert sind, auf dem sie stehen.

Das chilenische Volk haßt und verabscheut die faschistischen Henker, die im September 1973 mit Hilfe des USA-Imperialismus die Macht an sich gerissen haben. Die faschistische Junta hat zahllose Verbrechen verübt, sie hat das Land dem amerikanischen Imperialismus und den anderen imperialistischen Mächten zur Ausplünderung freigegeben, sie hat die Volksmassen ins Elend gestürzt und vollkommen entrechtet. Das chilenische Volk hat sich niemals mit diesem Regime abgefunden, geschweige denn ihm seine Unterstützung gegeben. Im Gegenteil.

„Die aktuelle politische Situation in unserem Land", schreibt „El Pueblo", das Zentralorgan der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles in einer Extraausgabe, in der die angebliche Volksabstimmung als Farce enthüllt wird, „ist durch den wachsenden antifaschistischen Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes gekennzeichnet, ein Kampf, der sich von Tag zu Tag mehr erweitert und immer militanter wird. Beispiele dafür sind die Kämpfe der Arbeiter der Kupferminen, die vor kurzem stattgefunden haben, die Bewegungen der Hafenarbeiter und Eisenbahner, der Kampf der Textilarbeiter von ‚Burguer', der Kampf an den Universitäten und Sekundarschulen, der Kampf der Angestellten des Gesundheitswesens und der Banken, der Landarbeiter und der Werktätigen vieler anderer Sektoren. Sie alle kämpfen nicht nur für die Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen, sondern auch im besonderen für den Sturz der faschistischen Diktatur."

Der Kampf des chilenischen Volkes, der von den fortschrittlichen Menschen auf der ganzen Welt unterstützt wird, schwächt das Regime. Auch die Resolution der UNO, in der die fortgesetzte Verletzung der Menschenrechte in Chile angeprangert wird, war, unabhängig von den Motiven, aus denen heraus die einzelnen Länder ihr zugestimmt haben, ein Schlag gegen die Pinochet und Co. Die sogenannte „Volksabstimmung" Pinochets, für die er allerdings nicht einmal die Zustimmung aller seiner faschistischen Kumpane gefunden hat, sollte dem Regime in der Weltöffentlichkeit das Ansehen, das es nie besessen hat, verschaffen und das chilenische Volk entwaffnen. Aber diese „Volksabstimmung" ist auf den Widerstand des gesamten chilenischen Volkes gestoßen. Die 75% „Ja"-Stimmen, die Pinochet jetzt präsentiert, sind zusammengeschwindelt und erpreßt worden.

Gegen die „Volksabstimmung" Pinochets sind auch die Führer der christdemokratischen und revisionistischen Partei aufgetreten. Aber sie haben die „Abstimmung" nicht deshalb abgelehnt, weil sie auf der Seite des Volkes stehen. Sie verbanden ihre Ablehnung mit dem Ruf nach einer wirklichen „freien" Abstimmung. Damit aber schürten sie unter den Volksmassen die gefährliche Illusion, als ob die faschistische Diktatur auf „friedlichem" Weg beseitigt werden könnte.

Unsere Bruderpartei, die RKP Chiles, hat deshalb die chilenischen Volksmassen dazu aufgerufen, sowohl gegen die Pläne Pinochets als auch gegen die Manöver der christdemokratischen und revisionistischen Führer zu kämpfen, weil der einzige Weg zum Sieg im Kampf für die Freiheit der des entschlossenen Kampfes für den Sturz der faschistischen Diktatur und die Vertreibung ihrer imperialistischen Oberherren aus Chile ist.

Grußadresse

An das ZK der KPD/ML

Liebe Genossen!

Zum 9. Jahrestag der Gründung Eurer Partei senden wir allen unseren deutschen Genossen herzliche Grüße.

Der Schritt der konsequenten Marxisten-Leninisten, die KPD/ML zu gründen, der nun neun Jahre zurückliegt, war von historischer Bedeutung für die deutsche Arbeiterklasse und das Volk. Nach dem revisionistischen Verrat entstand im Kampf der deutschen Arbeiterklasse und des Volkes seine Avantgarde als ihr Organisator, Führer und Erzieher. Sie wurde gegründet auf der Grundlage der unbesiegbaren Prinzipien des Marxismus-Leninismus, um die gerechte Kampflosung „Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland" unter der Diktatur des Proletariats Wirklichkeit werden zu lassen.

Wir revolutionären Kommunisten Chiles unterstützen Euren konsequenten Kampf gegen den nordamerikanischen Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus und ihre Herrschafts- und Unterdrückungsinstrumente wie die NATO und den Gemeinsamen Europäischen Markt, den Warschauer Pakt und den RGW sowie Euren Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus und jeden anderen Imperialismus, gegen jede Art der Unterdrückung der Völker und jede Form der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

Eure korrekte proletarisch-internationalistische Haltung drückt sich uns gegenüber in der großzügigen Hilfe für den harten Kampf unseres Volkes und unserer Partei gegen Faschismus und Imperialismus aus. Für diese Hilfe danken wir Euch von ganzem Herzen.

Heute sind unsere beiden Parteien stärker als je zuvor vereint im Kampf, den die Marxisten-Leninisten gegen die neue, in der internationalen kommunistischen Bewegung aufgetauchte revisionistische Strömung führen, die in der falschen „Theorie der drei Welten" zusammengefaßt ist. Diese „Theorie", die den elementarsten Prinzipien des Marxismus-Leninismus und den Ideen des Genossen Mao Tsetung vollständig entgegengesetzt ist, ist nichts anderes als eine Neuauflage des Revisionismus von Chruschtschow und anderer Renegaten, die schon vorher vergeblich versucht haben, sich gegen den Kampf der Arbeiterklasse und der Völker für die Revolution, die nationale Befreiung und den Sozialismus zu stellen. Eure Partei hat wichtige Beiträge in diesem Kampf geleistet und wird es zweifellos auch in der Zukunft tun. Dies ist ein weiterer Beweis dafür, daß sich Eure Partei in den vergangenen neun Jahren seit ihrer Gründung im Klassenkampf auf der Grundlage der unsterblichen Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus gestählt hat und gereift ist.

Wir beglückwünschen Euch und wünschen Euch, daß Ihr im nächsten Jahr noch größere Siege in allen Aspekten Eures revolutionären Kampfes erringen werdet.

ZK der RKP Chiles

Kommunique

Delegationen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Arbeiter und Bauern des Iran und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten sind vor kurzem zu einem Meinungsaustausch über den Klassenkampf in beiden Ländern und über die internationale Lage zusammengetroffen. Das Gespräch verlief in einer sehr herzlichen, brüderlichen Atmosphäre und ergab in den diskutierten Fragen völlige Übereinstimmung zwischen beiden Parteien.

Beide Parteien versicherten ihre gegenseitige Solidarität im Kampf gegen die beiden imperialistischen Supermächte, den USA-Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus, gegen den westdeutschen Imperialismus und die neue ostdeutsche Bourgeoisie und das faschistische Schah-Regime. Beide Parteien stimmten in der Einschätzung der internationalen Lage überein.

Beide Parteien gehen davon aus, daß die Prinzipien des Marxismus-Leninismus und die Einheit der kommunistischen Weltbewegung vor allem gegen den modernen Revisionismus verteidigt werden müssen. Nach Ansicht beider Parteien gilt das für alle Strömungen des modernen Revisionismus: für den sowjetischen Revisionismus, für den sogenannten Eurokommunismus und für die neue internationale opportunistische Strömung, in deren Zentrum die Führung der Kommunistischen Partei Chinas steht. Beide Parteien verurteilen entschieden die revisionistische, konterrevolutionäre „Theorie der drei Welten". Beide Parteien treten entschlossen der von der Führung der KP Chinas betriebenen Politik der Spaltung der kommunistischen Weltbewegung entgegen und verurteilen auf das Schärfste die feindliche, chauvinistische Haltung, die von der Führung der KP Chinas gegenüber Bruderparteien, die die Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus verteidigen, eingenommen wird.

Beide Parteien stimmen darin überein, daß alles getan werden muß, um die Einheit und Zusammenarbeit zwischen den Bruderparteien, die an der marxistisch-leninistischen Linie festhalten, zu festigen und zu vertiefen.

20. Jahreskongress der FIS

Vom 11. bis 16. Januar findet in Frankfurt der 20. Jahreskongreß der Föderation Iranischer Studenten (FIS), Landesverband der CISNU, statt. Der Kongreß der FIS wird vor dem Hintergrund des Aufschwungs der Kämpfe der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen des Iran gegen das faschistische Schah-Regime abgehalten.

Als antiimperialistische und demokratische Massenorganisation der iranischen Studenten im Ausland führt die CISNU den Kampf gegen das Terrorregime des Schah und enthüllt die Verbrechen, die es gegenüber den Völkern des Iran verübt, vor der Weltöffentlichkeit. Gleichzeitig kämpft die CISNU gegen den amerikanischen Imperialismus, den Hauptfeind der Völker des Iran, dessen Lakaien der Schah und seine Clique sind. Die CISNU kämpft auch gegen die anderen imperialistischen Mächte wie Westdeutschland, Frankreich, Britannien usw., die sich an der Ausplünderung der Reichtümer und der Volksmassen des Iran beteiligen. Die CISNU hat auch die sowjetischen Sozialimperialisten, die ihre Finger nach dem Iran ausstrecken, verurteilt.

Die CISNU hat die Versuche der modernen Revisionisten, einschließlich der Verfechter der sogenannten „Theorie der drei Welten", ihr eine falsche Linie des Verrats und der Kapitulation aufzuzwingen, auf ihrem letzten Weltkongreß, der im April 1977 in Frankfurt abgehalten wurde, zurückgewiesen.

Das faschistische Schah-Regime und die Imperialisten, die hinter ihm stehen, verfolgen die CISNU und versuchen sie mundtot zu machen. Trotz dieser schwierigen Bedingungen hat die CISNU ihren Beitrag im Kampf gegen das Schah-Regime und für die Solidarität mit den Völkern geleistet.

Weil sie eine antiimperialistische, demokratische Massenorganisation ist, die auf revolutionärer Grundlage kämpft, hat unsere Partei die CISNU immer unterstützt und wird dies auch in Zukunft tun. Wir wünschen deshalb der FIS und insbesondere ihrem 20. Jahreskongreß viel Erfolg bei ihrem Kampf gegen das faschistische Schah-Regime und seine imperialistischen Hintermänner.

7. Kongress der Generalunion Afghanischer Studenten abgehalten

Ende Dezember hat in Dortmund der 7. Kongreß der Generalunion Afghanischer Studenten im Ausland, einer antiimperialistischen und antifaschistischen Organisation, stattgefunden. An dem Kongreß nahmen zahlreiche Delegierte aus verschiedenen Ländern teil.

Der Kongreß begrüßte die anwachsenden Kämpfe des afghanischen Volkes gegen seine Unterdrücker, die ausländischen imperialistischen Mächte und gegen ihren Lakaien, das Regime des Faschisten Daud.

In Bezug auf die internationale Lage erklärte der Kongreß: „Die vier wesentlichen Widersprüche unserer Epoche als Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution verschärfen sich fortlaufend und führen zur Revolution. ... Weder die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten, vor allem die der beiden Supermächte, der größten Feinde der Völker, der Freiheit und der Revolution, noch ihre faschistischen Marionettenherrschaften in verschiedenen Ländern und die Versuche aller ihrer revisionistischen Helfer und Helfershelfer und ihre Konzeptionen wie z. B. die konterrevolutionäre ‚Theorie der drei Welten' können diese Widersprüche verkleistern, die Revolution verhindern und die Imperialisten, Sozialimperialisten und Reaktionäre vor ihrem Untergang retten." Der Kongreß verabschiedete außerdem einstimmig eine Resolution gegen die revisionistische „Theorie der drei Welten" und ihre Verfechter.

Der Kongreß erhielt zahlreiche Grußadressen von marxistisch-leninistischen Parteien und revolutionären Organisationen. Auch die Rote Garde, die Jugendorganisation der KPD/ML, richtete eine Grußadresse an den Kongreß. Besondere Begeisterung löste das Solidaritätstelegramm des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens an den Kongreß aus.

"Nuova Unita" über die gemeinsame Erklärung

Auf dieser Grundlage den Kampf weiterführen!

In den Zentralorganen der Bruderparteien aus Griechenland, Italien, Portugal und Spanien sind in der letzten Zeit eine Reihe von Artikeln erschienen, in denen die gemeinsame Erklärung gewürdigt und die Entschlossenheit der Parteien bekräftigt wird, die Aufgaben zu erfüllen, die aus diesem wichtigen Dokument erwachsen.

So veröffentlichte „Nuova Unita", das Zentralorgan der KP Italiens/ML, einen Artikel mit dem Titel „Kämpfen wir auf der Grundlage der gemeinsamen Erklärung der fünf marxistisch-leninistischen Parteien!", in dem es unter anderem heißt:

„Die gemeinsame Erklärung der Bruderparteien Deutschlands, Griechenlands, Italiens, Portugals und Spaniens lenkt die Aufmerksamkeit und das Interesse der revolutionären Kräfte, der fortschrittlichen Arbeiter auf sich. Die grundlegenden Fragen des Klassenkampfes in der kommunistischen und Arbeiterbewegung, die in diesem Dokument behandelt werden, erhalten gerade heute besondere Bedeutung, da sich die Krise des Kapitalismus und Imperialismus vertieft, da das Proletariat und die werktätigen Massen Europas und der anderen Kontinente den Kampf gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker, gegen die hegemonistische und ausbeuterische Politik der beiden Supermächte vorwärtstreiben."

Weiter heißt es in „Nouva Unita":

„In diesem Dokument ist die Strategie der internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung festgelegt, wie sie während der Periode des Kampfes gegen den Chruschtschow-Revisionismus entwickelt wurde und wie sie die wahren marxistisch-leninistischen Parteien befolgen. Insbesondere war der VII. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens und der Bericht des Genossen Enver Hoxha an diesen Parteitag ein Ereignis von großer historischer Bedeutung nicht nur für den Aufbau des Sozialismus und der Diktatur des Proletariats in Albanien, sondern auch für die Einheit und Festigung der internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung."

„Aus der gemeinsamen Erklärung", heißt es in „Nuova Unita" weiter, „ergibt sich nachdrücklich die Aufgabe, eine feste Einheit in der internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung herzustellen und als Konsequenz die Notwendigkeit, entschieden gegen die Spaltungsmanöver der modernen Revisionisten, gegen die neue opportunistische Strömung zu kämpfen, die auf der ‚Theorie der drei Welten' aufbaut."

„Alle unsere Organisationen, alle unsere Mitglieder", heißt es in „Nuova Unita" abschließend, „sind darangegangen, die gemeinsame Erklärung zu studieren, zu diskutieren und sie unter den Massen zu verbreiten, denn sie sehen in ihr eine Grundlage zur Mobilisierung, die Grundlage eines weiteren Aufschwungs im Klassenkampf."

Die gemeinsame Erklärung hat darüberhinaus bei den Marxisten-Leninisten überall auf der Welt starke Beachtung gefunden. Zu den Bruderparteien, die die gemeinsame Erklärung begrüßt haben, gehört auch die Kommunistische Partei Britanniens/Marxisten-Leninisten. „The Worker", das Zentralorgan der Partei, druckt in seiner Ausgabe vom 26. November 1977 Auszüge aus der gemeinsamen Erklärung ab, in denen vor allem die konterrevolutionäre, revisionistische „Theorie der drei Welten" verurteilt wird.

Gemeinsame Erklärung der KPD/ML, KPG(ML), KPI(ML), PKP(W) und KPSp(ML), Oktober 1977
40 Seiten, DM 1,50.
Bestellungen an: **GEWISO-Buchvertrieb**, Postfach 50 05 68, 2000 Hamburg 50.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



CIA-Agenten in der Presse

Gezielte Falschinformationen

Die verbrecherische Tätigkeit der imperialistischen Geheimdienste ist von den Völkern wiederholt enthüllt und verurteilt worden. Die Hinrichtung des CIA-Chefs in Griechenland zeigt, wie verhaßt diese schmutzigen Saboteure sind. Vor kurzem machte der ehemalige CIA-Chef Colby vor einem amerikanischen Senatsausschuß erneut klar, wie gefährlich, wie hinterlistig die Arbeit dieser Agentenorganisation ist.

Colby bekannte, daß der CIA systematisch Presseorgane infiltriert und finanziert hat, daß zahlreiche Journalisten für den CIA gearbeitet und sogar vom CIA verfaßte Artikel verbreitet haben. So hat der CIA bisher mehr als 50 (!) Zeitungen, Magazine und Nachrichtenagenturen finanziert. In Europa nicht nur, wie vielen bekannt ist, „Radio Free Europe" in München, sondern auch die Zeitschriften „Encounter" in England, „Paris Match" und „Preuves" in Frankreich, „Der Monat" in der Bundesrepublik und „Forum" in Österreich. Das Ziel war es, so Colby, „Antikommunismus auch intellektuell salonfähig zu machen". Darum mit „linkem" Anstrich Hetze gegen Stalin, gegen die damals sozialistische Sowjetunion und den Kommunismus.

Der Geheimdienst leistete jedoch noch geschicktere Arbeit in den Massenmedien. Bis zu 400 Journalisten, vor allem „Auslands-Korrespondenten", arbeiteten im Auftrag des CIA. So war zum Beispiel der Musik-Journalist Henry Pleasent Chef des CIA-Büros in Bonn. Die Aufgabe dieser Presse-Agenten war und ist es, die „öffentliche Meinung zugunsten der amerikanischen Politik zu beeinflussen". Und wie, das legte der frühere CIA-Chef skrupellos offen: durch gezielte Falschmeldungen, durch manipulierte Artikel, ja, sogar durch vom CIA frisierte Nachrichten. Und wieder die gleiche Begründung, damit sollte „kommunistischen Propagandakampagnen begegnet werden".

Diese Bekenntnisse zeigen, was von der angeblich „freien und unabhängigen" Presse zu halten ist. Diese Presse ist nicht nur vollkommen von den Kapitalisten und ihrem Staat abhängig, sondern auch durchsetzt mit Spitzeln, bezahlten Schreiberlingen, schmierigen Söldnern imperialistischer Geheimdienste. Die kapitalistischen Massenmedien dienen der organisierten Desinformation, sie sind für die Bourgeoisie ein Instrument der „psychologischen Kriegsführung".

Der Haß auf die Arbeit der Kommunisten, auf ihre Agitation und Propaganda, die die Wahrheit dieser Gesellschaft widerspiegelt, drückt sich in all diesen Geheimdienstoperationen und gezielten Falschinformationen aus. Darum legen die Geheimdienstler besonderen Wert darauf, durch ihre Informationspolitik die Reihen der Kommunisten und ihre Partei zu spalten. Nollau, der ehemalige Chef des deutschen Verfassungsschutzes, plauderte letzte Woche in der Fernsehsendung „Monitor" aus der Schule: 1959 habe der Verfassungsschutz ein Dokument „unabhängiger Kommunisten" verfaßt und verteilen lassen. Das Ziel war es, so Nollau, „wirksam gegen die illegale KPD zu kämpfen, alles zu versuchen, um in deren Reihen einzudringen. Was unsere Aufgabe war. Dazu gehörte auch das Blättchen." Die Festung von innen nehmen, mit Provokateuren und gezielten Falschinformationen arbeiten, das ist also eine beliebte Taktik dieses schmutzigen Gesindels.

Machen wir uns keine Illusionen über diese üble propagandistische Zersetzungsarbeit der imperialistischen Geheimdienste, egal ob CIA, KGB, Bundesnachrichtendienst oder Verfassungsschutz. Diese Organisationen haben oft genug bewiesen, daß sie vor nichts zurückschrecken, nicht vor Mord und nicht vor blutiger Unterdrückung von Volkskämpfen wie in Chile, in Indonesien und Iran. Allerdings zeigt ihre verbrecherische Tätigkeit, ihre Infiltration in alle gesellschaftlichen Bereiche auch, wie faul, wie morsch dieses imperialistische System ist. Die Massen werden deshalb diese Verbrecher und Saboteure ihrer gerechten Strafe zuführen, das ist sicher.



Karikatur aus „Hostëni" (albanische satirische Zeitschrift), Mai 1976

Auf den Veranstaltungen zum Neuen Jahr feierten Hunderte von Freunden und Genossen den 9. Jahrestag der Gründung unserer Partei. AP-Trupps, Volkstänze und Musikgruppen schufen eine kämpferische und begeisternde Stimmung. In Düsseldorf erfreute die Besucher der Veranstaltung besonders der satirische Auftritt „eines bedeutenden Politikers aus Bonn". Der Darsteller sprach im Tonfall von Willy Brandt.

Neujahrsansprache eines bedeutenden Politikers aus Bonn



Meine lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist tief bewegt, daß Sie so zahlreich erschienen sind, um die erfolgreiche Arbeit der sozialliberalen Koalition, der Regierung meines Freundes Helmut Schmidt im vergangenen Jahr zu feiern und nach neuen Erfolgen für 1978 Ausschau zu halten.

Ich möchte hier zunächst mit einigen Verleumdungen aufräumen, die trotz der aufopferungsvollen Arbeit unserer freien Presse und unseres freien Fernsehens mehr und mehr Platz greifen. Viele Bürgerinnen und Bürger lassen sich z. B. einreden, daß die Arbeitslosigkeit im vergangenen Jahr zugenommen hat. Und es gibt gewisse Heißsporne und Wirrköpfe, die diesen Irrglauben kräftig schüren. Aber, meine Damen und Herren, diese Ansicht ist grundfalsch. Die Arbeitslosigkeit hat in unserem Lande vielmehr relativ abgenommen. Was will ich damit sagen?

Nun, wenn die Arbeitslosenzahl 1977 so zugenommen hätte wie von Ende 1975 bis Ende 1976, dann müßten wir heute 2,5 bis 3 Millionen Arbeitslose haben. Und nun nehme ich die Statistik meines Freundes Stingl von der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg zur Hand, und da finde ich für Ende 1977 die Zahl von 1,3 Mio. Arbeitslosen. Das ist also ein relativer Rückgang der Arbeitslosigkeit um mehr als 50%! Da haben wir den ersten großen Erfolg der Regierung meines Freundes Helmut Schmidt!

Mitbürgerinnen und Mitbürger! In diesem Zusammenhang liegt mir ein zweiter Punkt am Herzen. Meiner tiefen Überzeugung nach wird die noch bestehende Restarbeitslosigkeit nicht richtig gewürdigt in ihrer solidaritätsstiftenden Funktion. Was will der Vorsitzende der SPD damit sagen? Nun, es ist doch gar nicht zu bestreiten, daß jeder Restarbeitslose heute einen unschätzbaren Beitrag leistet zur Hebung der Konkurrenzfähigkeit unserer deutschen Wirtschaft draußen in der Welt. Ich komme ja viel in der Welt herum durch meine zahlreichen Verpflichtungen, und da höre ich immer wieder, mit welchem Erstaunen, mit welcher unverhohlenen Bewunderung, ja, auch mit einem gewissen Neid, von unseren Partnern in der dritten Welt, also in Brasilien, in Argentinien, in Südafrika, aber auch in Polen, in Rumänien usw. — wie da also die Wettbewerbsfähigkeit unserer großen Unternehmen, wie z. B. des Mannesmann-Konzerns, gewürdigt wird. Aber woher kommt denn dieses außergewöhnlich gute Ansehen? Wo stünde der Mannesmann-Konzern denn heute, wenn nicht hier in Reisholz über tausend Mitarbeiter die Stillegung des Werkes mitgetragen hätten?

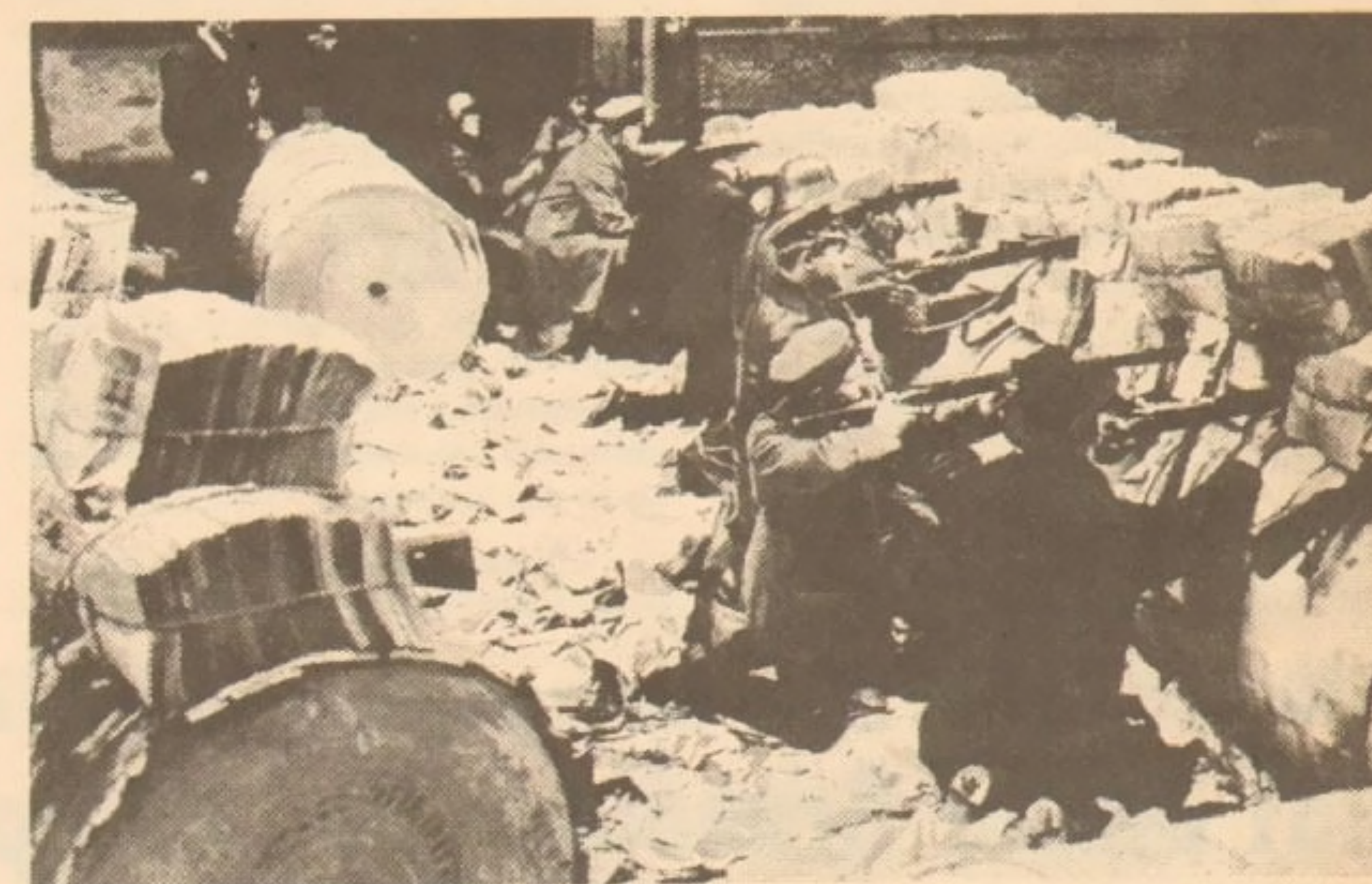
Wenn ich 1972 als Ihr Bundeskanzler sagte, daß die Solidarität zu einem lebendigen Bestandteil unseres Zusammenlebens, zu einem Miteinander-Füreineinander werden muß, so meinte ich damit gerade solches solidarische Zurückstellen egoistischer Ansprüche des Einzelnen hinter das Große und Ganze. In diesem Sinne spricht Willy Brandt Euch Restarbeitslosen seinen Dank und seine Bewunderung aus.

Wir müssen aber, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, noch einen Schritt weiter gehen. Paßt der Begriff „Arbeitslose" denn überhaupt noch in unsere heutige Landschaft? Ich will ja gar nicht davon sprechen, daß es doch für jeden sogenannten Arbeitslosen im Haushalt genug zu tun gibt, ob er nun mit seiner Familie in einer Altbauwohnung, einer Sozialwohnung oder in einer Neubauwohnung der „Neuen Heimat" lebt. Da gibt es immer etwas auszubessern oder instandzusetzen, ohne daß man damit gleich zum Hausverwalter rennen muß. Also: Arbeit ist doch da — wie kann man da noch von Arbeitslosigkeit sprechen?!

Aber entscheidend ist doch heute folgendes, und ich bitte Sie, hier genau herzuhören, meine Damen und Herren. Trotz des eben Gesagten ist ja der Begriff der „Arbeitslosigkeit" noch nicht restlos ausgemerzt; es ist ja vielmehr so, daß eine gewisse Staatsverdrossenheit, eine Skepsis gegenüber unseren demokratischen Parteien und unserer Wirtschaftsordnung in der Bevölkerung Platz greift, kräftig geschürt von gewissen Feinden unserer demokratischen Ordnung. Und diese Wühler, Hetzer, Aufrührer und Umstürzler (von denen es hier im Saale auch einige zu geben scheint), die gilt es eben aufzuspüren, zu stellen und mit der ganzen Strenge unserer freiheitlichen Rechtsprechung zu konfrontieren. Nun stehen aber bei dieser schwierigen Tätigkeit heute unsere Beamten von Politischer Polizei, Verfassungsschutz und unsere Freunde in den demokratischen Gewerkschaften noch relativ alleine da. Aber hier muß eben das Prinzip der Solidarität in viel breiterem und tieferem Sinne angewandt werden. Wenn es sich jeder sogenannte Arbeitslose zur Aufgabe macht, in seinem Haus, in seiner Straße, in seinem Wohnblock diese staatsverneinenden Elemente aufzuspüren und solidarisch mit den demokratischen Behörden zusammenzuwirken, dann hat er doch wahrlich genug zu tun!!! Und dann kann der Ausdruck „Arbeitsloser" endgültig aus unserem Wortschatz verschwinden!

Jeder Arbeitslose ein Teilzeitverfassungsschützer — dann ist mir um die Zukunft unseres freiheitlich-demokratischen Gemeinwesens auch für 1978 nicht bang! — In diesem Sinne...

6. Januar 1919: Spartakusaufstand in Berlin



Unter Führung der erst wenige Tage alten Kommunistischen Partei Deutschlands mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg an der Spitze kämpfen die revolutionären Arbeiter Berlins für den Sturz des Kapitalismus. Unser Bild zeigt Spartakisten im Berliner Zeitungsviertel.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....
○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich **DM 30,00** ○ halbjährlich **DM 15,00** ○ vierteljährlich **DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Besuchen Sie die Parteibüros der KPD/ML!

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35. Öffnungszeiten: Mo, Mi u. Fr 16.30-18.30, Sa 10.00-13.30 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521 / 17 74 04. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde) Buchladen „Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 u. 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-12 u. 14-18, Sa 9-14 Uhr.

4100 **DUISBURG** 1 (Hochfeld), Buchladen „Roter Morgen", Paulusstr. 36, Tel.: 0203 / 6 47 96. Öffnungszeiten: Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

4300 **ESSEN** (Altendorf), Buchladen „Roter Morgen", Helenenstr. 35, Tel.: 0201 / 62 42 99. Öffnungszeiten: Mi u. Do 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16.30-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4 30 07 09. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02. Öffnungszeiten: Mo-Do 9-13 u. 15-18, Fr 9-13 u. 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 69 71 09. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 7 89 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi u. Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 WESTBERLIN 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030/4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.